



VERSUCHE DER STADT AUGSBURG UM DAS WIEDERAUFLEBEN DER  
FRESKOTECHNIK ZUR AUSFÜHRUNG BEMALTER HAUSFASSADEN.  
DAS WEBERHAUS. \* OSTGIEBEL MIT DER HUNNENSCHLACHT.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

\*\*\*\*\* 50. JAHRGANG 1916. \* NO. 45. \* \*



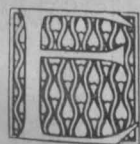
Neu bemalte Fassade des Schaur'schen Hauses in Augsburg. Gemalt 1914 von Frey & Steuernagel in Augsburg in Verbindung mit Kunstmaler Kögel in München.  
Versuche der Stadt Augsburg um das Wiederaufleben der Freskotechnik zur Ausführung bemalter Hausfassaden.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N<sup>o</sup> 45. BERLIN, DEN 3. JUNI 1916.

## Der Gesetzentwurf für das öffentliche Verdingungswesen.

Von Magistratsbaurat Hans Winterstein in Charlottenburg.



Erst im Sommer 1915 ist durch die Herausgabe eines Buches („Das Submissionswesen“ von Beutinger) ein Gesetzentwurf allgemeiner bekannt geworden, der das öffentliche Verdingungswesen regeln soll und bereits am 30. April 1914 durch einen 28köpfigen Ausschuß dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt worden war.

Zu diesem Beschluß ist es zwar innerhalb der damaligen Tagung nicht gekommen, der Entwurf ist damit „unter den Tisch gefallen“. Er kann aber jederzeit wieder aufgegriffen und, da die Vorarbeiten schon in vollem Umfang erledigt sind, nach einem erneut gestellten Antrag leicht in kurzer Zeit von der Gesamtheit des Reichstages als Gesetz beschlossen werden. Bei dem allgemeinen Anteil, den anscheinend alle Parteien des Reichstages dem Gesetzentwurf entgegen gebracht haben, hauptsächlich wohl, um dadurch ihr Wohlwollen für den sogenannten Mittelstand zu bekunden, dürfte sogar ein solcher Beschluß gar nicht so unwahrscheinlich sein, sobald nur der erst nach dem Entstehen des Gesetzentwurfes ausgebrochene Krieg beendet und für wirkliche Friedensarbeit nicht mehr hinderlich ist. Eine weitere Frage ist dann allerdings, ob nach dem Beschluß des Reichstages auch die Reichsregierung ihre Zustimmung geben wird. Die Bejahung dieser Frage ist zum mindesten unwahrscheinlich. Hat doch der Staatssekretär des Inneren Dr. Delbrück — der allerdings inzwischen aus dem Amt geschieden ist — in der Sitzung des Reichstages am 16. Januar 1913 seine ein Jahr früher bereits zum Ausdruck gebrachte Meinung nochmals ausdrücklich

wiederholt, daß er es für „undurchführbar halte, auf dem Gebiete des Submissionswesens mit einer reichsgesetzlichen Regelung zum Ziel zu kommen.“

Man könnte es deshalb vielleicht für unnötig halten, sich mit dem Gesetzentwurf zu beschäftigen, wenn nicht gerade diese Äußerung erkennen ließe, daß nur die Art und Weise, wie man zum Ziel kommen will, eine ungeeignete ist. Ist es aber lediglich der Weg, so wird mindestens mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß ein fester Wille zur Erreichung des Zieles schließlich auch einen gangbaren Weg wird ausfindig machen können.

Aus diesem Grunde erscheint es notwendig, daß sich die Öffentlichkeit mit dem Gesetzentwurf beschäftigt, um noch rechtzeitig genug das Für und Wider bis an diejenigen Stellen gelangen zu lassen, die bei der Beschlußfassung mitzusprechen haben. Ueber den Rahmen dieses Aufsatzes würde es weit hinausgehen, wollte er alle Einzelfragen, selbst nur soweit sie den verdingenden Techniker angehen, einer Erörterung unterziehen, wohl aber soll versucht werden, wenigstens einige Hauptpunkte von diesem Standpunkt aus näher zu beleuchten, um eine weitere Aussprache innerhalb unseres Faches damit anzubahnen.

Wie dringend nötig es ist, daß gerade von der verdingenden Partei her eine Beleuchtung der Frage erfolgt, geht schon allein aus der Tatsache hervor, daß der Gesetzentwurf eine vollständig einseitige Arbeit der bei Verdingungen anbietenden Partei ist, während die verdingende Partei bis jetzt so gut wie gar nicht zu Wort



gekommen ist. Die Regierung, als die gegebene Vertreterin der verdingenden Partei, hat es bei den Beratungen des Reichstags-Ausschusses ausdrücklich abgelehnt, sich an der Ausgestaltung des Gesetzentwurfes durch Mitarbeit zu beteiligen, weil es nicht angängig ist, den späteren Beschlüssen des Bundesrates durch eine derartige Mitberatung schon vorzugreifen. Andererseits steht es aktenmäßig fest, daß den Beratungen des Ausschusses ein Vorschlag des Hansabundes zugrunde gelegen hat und daß sechs Mitglieder des Ausschusses diesen Vorschlag als ihren eigenen Antrag zur Beratung gestellt haben.

Von den 62 Paragraphen dieses Hansabund-Vorschlages sind 34 vollständig unverändert in den endgültigen Gesetzentwurf übernommen, 9 sind unwesentlich, 14 wesentlich abgeändert, 3 sind abgelehnt und 7 neu hinzugefügt. Schon diese rein äußerliche Feststellung beweist,

tungen, etwa den „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ als die Vertretung der die Ausschreibungen der Behörden handhabenden Beamten oder etwa sonst irgend eine Vertretung als Sachverständige zu ihren Beratungen zugezogen?

Der Inhalt des Gesetzentwurfes läßt die Bejahung einer derartigen Frage leider nicht erwarten. Denn man vermißt in demselben Schritt für Schritt diejenige Sachkenntnis, die ein mit der Abwicklung von Verdingungen einigermaßen vertrauter Beamter mitbringt und durch die zum Mindesten eine große Zahl von Lücken und Unmöglichkeiten aus dem Gesetz ferngehalten wären.

Wenn wir nun die hauptsächlichsten Bestimmungen aus den vielen Gesetzesvorschriften herauszuschälen versuchen, so fällt die gleich im § 1 zum Ausdruck gekommene Absicht auf, das Verdingungsverfahren in weit



Moschelhaus in Augsburg.

Versuche der Stadt Augsburg um das Wiederaufleben der Freskotechnik zur Ausführung bemalter Hausfassaden.

daß wir es auch bei dem Gesetzentwurf im Wesentlichen mit einem Vorschlag des Hansabundes zu tun haben, also einer Interessengemeinschaft, die nur die eine Seite vertritt. Dieser Standpunkt geht auch aus der ganzen Haltung des Entwurfes hervor. So ist z. B. eine der Hauptforderungen, die gestellt wird, die Zuziehung von Sachverständigen aus dem Kreise der Unternehmer. Wenn dieser Grundsatz aber in so weitgehender Weise selbst bei den unwichtigsten Gelegenheiten durchgeführt werden soll, wie der Entwurf vorschlägt, hätte da nicht bei einer so wichtigen Sache, wie es die Beratung eines so einschneidenden Gesetzes ist, auch die andere Partei, also die Vertretung der verdingenden Partei, mindestens gehört werden müssen? Oder hat der Hansabund etwa den „Deutschen Städtebund“ als eine Vertretung der eine Unzahl von Verdingungen ausschreibenden Stadtverwal-

größerem Umfang zwangsweise bei allen Behörden zur Geltung zu bringen.

Entspricht das den heutigen Zeitverhältnissen? Es ist noch gar nicht so lange her, daß man sich schon ernstlich die Frage vorlegen konnte, ob nicht das Verdingungsverfahren sich überhaupt überleben würde. Jedenfalls ist an der Tatsache nicht zu rütteln, daß in den letzten Jahrzehnten die zahlreichen Ringbildungen das Verdingungs-Verfahren schon oft genug zu einem überflüssigen Scheinverfahren herabgedrückt haben. Die Berechtigung von Ringbildungen einerseits und die Notwendigkeit andererseits, sie durch Gesetze in unser wirtschaftliches Leben einzugliedern, soll und kann natürlich an dieser Stelle nicht erörtert werden. Noch weniger kann man von einem Verdingungsgesetz verlangen, daß es die überaus schwierigen Aufgaben, welche die Ring-

bildungen noch an die Gesetzgebung stellen werden, so nebenbei mitlöst. Wohl aber ist die Frage berechtigt, ob es dem Ansehen eines Gesetzes dienlich ist, wenn es unter vollständiger Nichtbeachtung einmal bestehender Zustände Behörden zu Amtshandlungen zwingen will, die wie gesagt, oft auf ein Scheinverfahren hinauslaufen müssen. Will man z. B. wirklich den Eisenbahnminister zwingen, von seinem seit einigen Jahren eingeschlagenen Verfahren beim Beschaffen von Eisenbahnschienen, das sich den neuzeitlichen Verhältnissen wohl oder übel angepaßt hat, Abstand zu nehmen und ihn zu einer Anzahl

Grundsatz zu sehr durchlöchern könnten und zu übermäßiger Ausnutzung der Ausnahme-Vergünstigung verleiten? Als Erklärung bleibt dafür nur übrig, daß man im Gesetz auch keine Ausnahme von der öffentlichen Verdingung gestattet hat, wenn nur eine beschränkte Zahl von Bewerbern vorhanden ist. Ein solcher Fall ist aber häufig genug. Ich erinnere nur an die Verhältnisse in kleinen und kleinsten Gemeinden, namentlich wenn in solchen mehr oder weniger plötzlich behördliche Anstalten, Erziehungsanstalten, Strafanstalten, Genesungs- oder Altersheime usw. untergebracht werden. Müssen solche An-



Altes Rentamt in Augsburg.

Versuche der Stadt Augsburg um das Wiederaufleben der Freskotechnik zur Ausführung bemalter Hausfassaden.

leerer, äußerer Formhandlungen veranlassen, um im Endzweck genau dasselbe zu erreichen, was jetzt auf viel einfacherem und sachgemäßerem Weg erzielt wird?

Oder sollte etwa der Reichstags-Ausschuß mit Absicht auch Ringbildungen gegenüber das Verdingungsverfahren aufrecht erhalten wollen? Gewiß ist auch da manchmal eine Verdingung nicht überflüssig: was bedenklich erscheint, ist auch nur der Umstand, daß das Gesetz für alle Fälle den Zwang vorschreibt und die Nichtbeachtung sogar unter Strafe stellt.

Oder sollte allein die Befürchtung maßgebend gewesen sein, daß allzu viel Ausnahmen den eigentlichen

stalten nicht in hunderten von Fällen froh sein, wenn sie für jedes Handwerk oder Gewerbe einen leistungsfähigen Vertreter am Ort haben, der für zwei nicht genügend Verdienst abwerfen würde? Und da soll nun lediglich, um dem Buchstaben des Gesetzes zu genügen, immer wieder eine Verdingung abgehalten werden, und sogar eine öffentliche?

In den Mittelstädten ist es mit den Vertretern seltenerer Berufszweige nicht anders. Sicherlich haben diese Städte vielfach ein großes Interesse daran, daß sie Unternehmer von Zentralheizungs-, Blitzableiter-Anlagen, Kunststein-Erzeugnissen, Klavieren usw. am Platz haben.



Die Stadtverwaltung wird deshalb auch diese Unternehmungen unterstützen müssen. Dem steht aber die Vorschrift des Gesetzes nur hindernd entgegen, indem es zu Verdingungen zwingt, falls es sich nicht um künstlerische oder kunstgewerbliche Leistungen handelt.

Ich erwähnte oben Klaviere. Wie beschafft man heute ein Klavier für den Gesangsaal einer Schule? Man sucht zusammen mit dem Gesanglehrer in einigen Klaviergeschäften unter den auf Lager befindlichen Klavieren durch Probespielen das geeignetste und preiswerteste aus. Vielfach wird man durch Zufall ein schon auf Konzerten eingespieltes, also gebrauchtes Klavier zu billigerem Preis erhalten.

Nach Einführung des Gesetzes würde dieses so einfache und zweckmäßige Verfahren nicht mehr gestattet sein, da schon bei einem Betrag von mehr als 500 M. (§ 2) für Behörden (§ 1) — wie weit reicht übrigens der Begriff Behörde? — öffentliche Verdingung unerlässlich ist. Oder man müßte das Klavier schon als eine kunstgewerbliche Leistung ansehen, für die im § 2, 4 Ausnahmen vorgesehen sind. Nun ist der Begriff „kunstgewerblich“ ja allerdings ziemlich dehnbar, aber wenn ich unter kunstgewerblicher Leistung die Veredelung der äußeren Form nach künstlerischen Gesichtspunkten verstehe, so kann ich doch höchstens nur das Nebensächliche am Klavier, die Gestaltung seiner Umhüllung als eine kunstgewerbliche ansehen, während die Hauptsache, die innere Einrichtung des Klaviers, mit Kunstgewerbe kaum etwas zu tun hat.

Ich muß also verdingen. Da es sich um eine handwerksmäßige Herstellung handelt, muß ich nach § 28 u. 30 zunächst einen Sachverständigen zuziehen und einen Kostenanschlag für sage und schreibe ein Klavier aufstellen lassen. Wer hier als Sachverständiger zu gelten hat, ist eine weitere, schwierige Frage. Ist es ein Musiksachverständiger, oder ein Klavierverfertiger, oder ein Klavierhändler? Ob auch nur einer von diesen dreien zur Aufstellung eines Verdingungs-Kostenanschlages nach allen Regeln der Verdingungskunst geeignet ist, ist eine weitere Frage. Wie ich den richtigen Mann finde, eine dritte. Das hilft aber nichts, der Kostenanschlag muß aufgestellt werden, es müssen also Abmessung, Form, Ausführungsweise, der Werkstoff aller einzelnen Teile usw. genau beschrieben werden, damit alle Bieter dasselbe an-

bieten und nicht einer durch Anbieten schlechterer Ware den Preis drücken kann.

Nun wird ausgeschrieben. Die Unternehmer müssen nach § 22 vier Wochen Zeit haben, um den einen Preis für das Klavier sich zu überlegen. Während dieser Zeit muß ein zweiter Sachverständiger, der nach § 39 ein in selbständiger Stellung befindlicher Handwerker, Industrieller oder Kaufmann sein muß — der Musiksachverständige scheidet also aus — den angemessenen Preis festlegen. Was zu geschehen hat, wenn überhaupt keine Angebote eingehen, in Zeiten guten Geschäftsganges kommt das oft genug vor, oder wenn alle eingegangenen Angebote auf Grund der §§ 38–40 ausfallen oder wenn sie alle unter dem angemessenen Preis sind, darüber hat man sich noch nicht den Kopf zerbrochen: Ausnahmen für diese Fälle sind nirgends vorgesehen.

Dagegen ist der Hansabund-Vorschlag dahin erweitert worden, daß laufende Unterhaltungsarbeiten ohne jede Verdingung an die ortsansässigen Gewerbetreibenden zu festen Preisen vergeben werden sollen, und zwar auf Grund der mit den Handwerks- und Gewerbekammern behördlich festgesetzten Preisverzeichnisse (§ 4b).

Diese Vorschrift enthält also zwei tatsächliche Neuerungen, einmal die amtliche Einführung von Preisverzeichnissen, andererseits die gleichmäßige Verteilung an alle Beteiligten. Gegen die Einführung der Preisverzeichnisse, die offenbar die Unterbietungen bei den Verdingungen verhüten sollen, wäre an und für sich nichts einzuwenden, so lange es gelingt, Preisübertreibungen zu verhüten. Sie erfordern eine umfangreiche gewissenhafte Arbeit, trotzdem ist ihr Anwendungsgebiet nur beschränkt, da der größte Teil der Unterhaltungsarbeiten trotz umfangreichster Preisverzeichnisse doch nur im Tagelohn ausgeführt und abgerechnet werden kann.

Immerhin wäre eine allgemeine Einführung solcher Preisverzeichnisse eines ersten Versuches wert, wenn dieser nicht mit der zweiten Neuerung, der gleichmäßigen Verteilung auf alle Anspruchsmachenden, unzertrennbar wäre. Ueber die Unmöglichkeit, hierbei Gerechtigkeit zu üben und mehr Zufriedenheit zu erreichen, habe ich mich bereits früher an dieser Stelle ausgelassen (1915, S. 538). Ich brauche also nicht noch einmal näher darauf einzugehen. — (Schluß folgt.)

### Vermischtes.

Zur Besetzung des Meisterateliers für Architektur an der kgl. Kunstakademie in Dresden. Die guten Nachrichten, die in den letzten Tagen von der Kunstakademie in Dresden kommen, die Berufung von Louis Tuillon in Berlin und Gustav Klimt in Wien unter ihre Mitglieder, und von Ludwig v. Hofmann in Weimar, Georg Lührig in Dresden und Robert Breyer in Stuttgart in ihren Lehrkörper lassen hoffen, daß nunmehr auch das Meisteratelier für Architektur nicht mehr lange unbesetzt bleibt. Bei der Bedeutung dieser ausgezeichneten Hochschule für das deutsche Kunstleben der Gegenwart wird man auch dieser Besetzung die größte Sorgfalt zuwenden müssen. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß Kunstübung, losgelöst von den realen Fächern und nicht beschwert durch sie, eine Notwendigkeit in unserem Kunstunterricht ist. Dadurch unterscheidet sich der Unterricht an den technischen Hochschulen von dem an den Akademien und soll sich von ihm unterscheiden, daß an letzteren die Kunst als Lehrgegenstand nur um ihrer selbst willen, nur im Zusammenhang mit dem, was unbedingt zu ihr gehört, getrieben wird. Und daß sie in idealer, nicht durch die Forderungen des Lebens beschränkter und beschwerter Weise betrieben werden kann. Dem Können und der Phantasie werden keinerlei Fesseln angelegt; der Zögling der Akademie, möge er auch seine Vorbildung woher immer haben, ist Künstler, ist freier Künstler, der zunächst nur seinem heiligen inneren Drang zu folgen hat. Das Leben wird später seine reale Einwirkung schon nicht verleugnen. Das ist in unserer Kunst in den letzten Jahren an manchen Stellen und vielfach vergessen worden. Die Kunst-Akademie in Dresden aber hat es noch in der Hand, der Kunst der akademischen Jugend wieder ihre alte Stellung zu geben. —

München und die Industrie. Es war bisher eine stetige Klage im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung von München, daß diesem die Industrie fehle, und nicht ohne ein gewisses Gefühl des Neides blickte die Landeshauptstadt stets auf Nürnberg, dessen industrielle Entfaltung im Lauf der letzten 3 Jahrzehnte einen bedeutenden Umfang angenommen hatte. Nunmehr aber scheinen als eine Folge des Krieges für München, das an der neuen Durchgangsstraße nach dem nahen Orient liegt, in industrieller Beziehung bessere Zeiten anbrechen zu wollen, denn zwei

sehr bedeutende industrielle Unternehmungen, die Maschinenbau-A.-G. Augsburg-Nürnberg, sowie die Stadt München und vor allem die A.-G. Friedrich Krupp haben im Norden und Nordosten der Stadt sehr bedeutende Gelände-Ankäufe unternommen, sodaß hier ein neues Industrieviertel entsteht. Ueber die Ankäufe der erstgenannten Gesellschaft fehlen uns noch die Angaben. Die Stadt München erwarb rechts der Landstraße nach Freising und nördlich von Freimann Gelände im Ausmaß von etwa 360 Tagwerk und zwar das Schloßgut Großlappen mit 160 Tagwerk, den Besitz Kleinlappen mit 95 Tagwerk und kleinere Teile aus verschiedenem Besitz. Der Kaufpreis für das gesamte Gelände wird mit 1,3–1,4 Mill. M. angegeben. Außer diesem Gelände besitzt die Stadt München noch eine Fläche von 290 Tagwerk unmittelbar am Ringbahnhof Freimann. Diesen ganzen Besitz stellt München industriellen Unternehmungen zur Verfügung.

Erheblich umfangreicher ist der Grunderwerb der Akt.-Ges. Friedrich Krupp in Essen. Er liegt links der Landstraße nach Freising, umfaßt 1100 Tagwerk und beansprucht eine Summe von gegen 7 Mill. M. Es verdient bemerkt zu werden, daß alle diese Gelände einstmals dem Grundstücks-Unternehmer Höch gehörten, der, in der Erwartung einer großen industriellen Entwicklung Münchens, im Norden der Stadt sehr umfangreiche Gelände von einer Reihe von Besitzern erwarb, dann aber zum Zusammenbruch kam, als die erwartete Entwicklung ausblieb. Es war eine der größten wirtschaftlichen Katastrophen, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts über München hereinbrach und den Grundstücksmarkt eigentlich bis heute lähmte. Das Krupp'sche Gelände, auf dem Bauten für den Heeresbedarf errichtet werden, steht in Verbindung mit dem Gelände der Stadt München, sodaß sich hier ein geschlossenes Industriegebiet von etwa 1750 Tagwerk (zu 3600 qm) ergibt. —

Inhalt: Der Gesetzentwurf für das öffentliche Verdingungswesen. — Vermischtes. — Abbildungen: Versuche der Stadt Augsburg um das Wiederaufleben der Freskotechnik zur Ausführung bemalter Hausfassaden. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Weberhaus in Augsburg. Ostgiebel mit der Hunnenschlacht.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Lith. Druckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



# DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 46. BERLIN, DEN 7. JUNI 1916.

FUER DAS



VATERLAND

„Der rasche Kampf verewigt einen Mann:  
Er falle gleich, so preiset ihn das Lied.  
Allein die Thränen, die unendlichen,  
Der überbliebenen, der verlassenen Frau,  
Zählt keine Nachwelt, und der Dichter schweigt  
Von tausend durchgeweineten Tag und Nächten,  
Wo eine stille Seele den verlor'nen,  
Rasch abgeschiednen Freund vergebens sich  
Zurück zu rufen bangt und sich verzehrt.“

(Goethe, Iphigenie auf Tauris).

uf dem Felde der Ehre sind im Kampf für das Vaterland aus dem Kreise  
unserer Fachgenossen gefallen oder den auf dem Schlachtfeld erhal-  
tenen Wunden erlegen:



Wilhelm Andrae, Dipl.-Ingenieur von Zittau. — Wilhelm Angres, Dipl.-Ingenieur von Magdeburg. — Georg Bade, Reg.-Baumeister aus Fürstenwalde a. Spree. — Max Beckmann, Reg.-Baumeister a. D. aus Parchim, Vorst. der Bauabt. Wanne der Emschergenossenschaft. — Hans Benckendorff, kgl. Eisenb.-Betr.-Ing. in Potsdam. — Ernst Behrens, stud. arch. aus München. — Paul Berkenkamp, Baurat in Düsseldorf. — Martin Besser, Dipl.-Ing. — Wilhelm Braun, Dipl.-Ingenieur in Hannover. — Max Broecker, Dipl.-Ingenieur von Köln a. Rh. — Albert Broemel, Ingenieur von Wernigerode. — Hans Constabel, Ing. bei Gebr. Körting, A.-G. Linden bei Hannover. — Bruno Dannenberg, Landmesser von Neuruppin. — Gerhard ten Doornkaat-Koolmann, Dr.-Ing. in Hannover. — Karl Drees, Dipl.-Ingenieur von Frankfurt a. M. — Richard Dreßler, Ingenieur aus Charlottenburg. — August Eckert, Dipl.-Ing., Geometerprakt. in Hersbruck. — Bruno Enes, Stud. rer. techn. von Berlin. — Rudolf Engel, Dipl.-Ing., Ob.-Ing. in Hannover-Linden. — Herbert Engelhard, Ing. bei Phil. Holzmann & Cie. in Frankfurt a. M. — Eugen Engelhardt, Kreis-Baumeister in Danzig. — Erich Felsch, Ingenieur von Neunkirchen a. d. Saar. — Iwan Fontheim, Oberingenieur von Diepholz. — Karl Friderichs, Dipl.-Ingenieur von Kyllburg. — Emanuel Frobenius, cand. arch. aus Charlottenburg. — Egon Gaster, Dipl.-Ingenieur von Mülheim a. Ruhr. — Josef Gatterbauer, Dr.-Ing., Zollkontrollleur in München. — Rudolf Gottschalk, Architekt von Breslau. — Albrecht Grieb, cand. ing. von Stuttgart. — Walther Großmann, Baumeister von Dresden. — Rudolf Gulich, Dipl.-Ingenieur von Berlin. — Rud. Walter Haase, Reg.-Bauführer von Dresden. — Fritz Harriefeld, Reg.-Bauführer von Hamburg. — Alfons Hauber, Dipl.-Ingenieur von Leutkirch. — Ludwig Henle, Dipl.-Ing. von München. Bauprakt. in Schon-



gau. — Egon Himmel, Reg.-Bauführer von Salzbrunn. — Paul Himmel, Arch., Prof. an der kgl. Baugewerkschule in Stettin. — Ludolf von Jacobi, Reg.-Baumeister aus Schmargendorf. — Jonny Jöhnke, Ingenieur aus Hamburg. — Karl Kesselring, Bauamtsassessor in Rosenheim. — Walter Kirchhoff, Reg.-Baumeister aus Fulda. — Ferdinand Klostermann, Ob.-Ing. der Felten & Guillaume A.-G. Karlsberg in Köln-Mülheim. — Fritz Köberlein, Dipl.-Ing., Staatsbaupraktikant von München. — Bruno Krause, Ingenieur von Berlin. — Heinrich Kübler, Dipl.-Ingenieur aus Ludwigsburg. — Walter Kurth, Reg.-Baumeister aus Berlin. — Langelüddecke, Stud. der Ingenieurwissenschaften von Cuxhaven. — Fritz Lasser, Ingenieur von Berlin. — Kurt Lemke, Dipl.-Ing., Reg.-Bfhr. von Berlin. — Bruno Levi, Dipl.-Ingenieur von Stuttgart. — Fritz Leybold, Stud. der Ingenieurwissenschaften von Bonn. — Willy Liedemit, Ingenieur der A.-G. Zehlendorf-West. — Rudolf Linnemann, Arch. und Glasmaler von Frankfurt a. M. — Heinrich Lothes, Landes-Bauinspektor in Liegnitz. — Max Matthes, Architekt von München. — Otto Mayer, Ingenieur aus Arheilgen. — Horst Meyer, Architekt von Leipzig-Gohlis. — Hanns von Miller, Dipl.-Ing. und Erzgießer aus München. — Paul Morenz, Dipl.-Ingenieur von Köln a. Rh. — Adolf Morlock, Architekt von Pforzheim. — Paul Mundt, Dipl.-Ingenieur aus Hannover. — Max Mynarek, Architekt aus Berlin-Friedenau. — Rudolf Natorp, Dipl.-Ing., Mil.-Bmstr. a. D. aus Menden. — Rudolf Ott, Dipl.-Ing. von München, Bauprakt. in Nürnberg. — Fritz Pitthan, Dipl.-Ingenieur aus München. — Karl Plagemann, Ingenieur aus Magdeburg. — Christian Priemer, Dipl.-Ingenieur von Dortmund. — Wilhelm Ratz, Architekt von Berlin-Wilmersdorf. — Johannes Recht, Architekt von Hamburg. — Albert Richter, fürstl. Stollbergischer Bauinspektor aus Bad Kösen. — Georg Karl Ringelgen, Ingenieur aus Stuttgart. — Hans Rochow, Ingenieur von Hamburg. — Gustav Roemer, Ingenieur von Dresden. — Willy Rohde, Oberingenieur von Paunsdorf. — Gustav Ruhrberg, Dipl.-Ingenieur aus Dortmund. — Adolf Sandrock, Ingenieur von Frankfurt a. O. — Wilhelm Scharmann, Dipl.-Ingenieur aus Rheydt. — Ernst Schlanstein, Architekt aus Steele. — Mathias Schneider, Dipl.-Ing., Architekt aus München. — Otto Schumann, Ingenieur aus Dresden. — Otto Senff, Ingenieur aus Halle a. S. — Adolf Seydel, Ob.-Ing. der Gesellschaft Harkort in Duisburg. — Joseph Seyfried, Architekt in Weissenau. — Fritz Sievers, Architekt von München. — Hans Simon, Reg.-Baumeister in Altona a. E. — August Sollinger, Dipl.-Ing., Katastergeometer von München. — Fritz Stiefvatter, Dipl.-Ingenieur aus Mühlheim i. B. — Rudolf Stutzer, Dipl.-Ingenieur von Langebrück. — Jakob Treiber, Ingenieur von Eppolheim. — Stanislaus Tylewitz, Dipl.-Ingenieur von Breslau. — Willy Volm, Dipl.-Ingenieur von Nürnberg. — Karl Waldhelm, Dipl.-Ing., Reg.-Bfhr. in Berlin. — Arnold Westphal, Dipl.-Ingenieur von Göttingen. — Ad. L. Westphalen, Branddirektor in Hamburg. — Friedrich Wiesend, Staatsbaupraktikant in München. — Ernst Winther, Architekt von Swinemünde (?). — Michael Woerner, Dipl.-Ingenieur von München. — Otto Wüst, Architekt von Karlsruhe i. B. — Rudolf Zahn, herzogl. sächs. Hofbaurat in Berlin. — Franz Etienne Zierold, Reg.-Bauführer von Wilmersdorf.

Studierende der Techn. Hochschule in Berlin: Paul Behrend, Bruno Deichsel, Karl Hesse, Heinrich Igel, Otto Mülwert, Gustav Scharf, Max Schulze, Ottmar Wilinski, Wilhelm Winter.

Studierende der Techn. Hochschule in Braunschweig: Otto Brose, Kurt Engelhardt, Artur Löscher, Arnold Poehling.

Studierende der Techn. Hochschule in München: Otto Eymann, Otto Göppel, Adam Hummer aus Hallstadt, Walter Schwietzke.

Studierende der Techn. Hochschule in Stuttgart: Alfred Bache, Rudolf Beeh, Ottmar Bauer, Wilh. Böpple.

Liste I Jahrgang 1914 in No. 78, II in 81, III in 85, IV in 90, V in 96, VI in 89, VII in Jahrgang 1915, No. 5, VIII in 13, IX in 23, X in 43, XI in 55, XII in 67, XIII in 79, XIV in 99, XV in Jahrgang 1916, No. 10, XVI in No. 19. —

### Wettbewerbe.

Ein künstlerischer Notstands-Wettbewerb in Frankfurt am Main wird vom städt. Hochbauamt daselbst in nichtgenuganzuerkennender Würdigung der für die Künstlerschaft entstandenen schweren Zeit ausgeschrieben. Es handelt sich um Entwürfe für die Bemalung von Wandflächen städtischer Schulen in Frankfurt. Für die Schmückung in Aussicht genommen sind Wandflächen der Aula der Herder-Schule, der Liebig-Oberrealschule und der Flurhalle der Brüder Grimm-Mittelschule.

Frist: 15. August 1916. Am Wettbewerb können in Frankfurt ansässige oder einer Frankfurter Künstlervereinigung angehörende Künstler teilnehmen. 3 Preise von 500, 300 200 M. Außerdem sind 10 Künstler gegen festes Honorar unmittelbar eingeladen. Unterlagen unentgeltlich durch das städt. Hochbauamt, Bethmann-Str. 3 in Frankfurt. —

Ein Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwurfs-Skizzen für den Neubau von Kirche, Gemeindehaus und Pfarrhaus für die evangelische Kirchengemeinde Ickern, Kreis Dortmund, wird vom Vorsitzenden des Presbyter-

### Ludwig Neher †.

Am Abend des 17. Mai 1916 ist in Frankfurt am Main Ludwig Neher einem schon länger ihn verfolgenden Herzleiden, das sich teilweise besserte, in dem aber in den letzten Tagen vor dem Tod ein schwerer Rückfall eintrat, gleichwohl unerwartet erlegen. Ein vornehmer Künstler, in seiner Kunst ganz aufgehend in deutscher Art und deutscher Gesinnung, ist mit ihm dahingegangen.

Ludwig Franz Michael Neher wurde am 9. Juli 1850 als Sohn des Galerie-Direktors und Historienmalers Bernhard v. Neher in Stuttgart geboren. Der Vater war ein Schüler von Cornelius, die Mutter Marie eine Tochter des Oberbaudirektors Coudray in Weimar, eines Freundes von Goethe, der viel in der Familie verkehrte und an den die Familie zahlreiche Erinnerungen bewahrte. Die Mutter war sehr begabt und hatte ein reiches Gemütsleben, der Vater war sehr streng gegen sich und Andere. Seine vielseitige künstlerische Bildung, die ihn als Cornelius-Schüler zum Monumentalmaler befähigte und durch die er seine Kunst auch an einer Reihe von Bauwerken ausübte — so schuf er unter Anderem den Freskofries am Isar-Tor in München mit der Darstellung des Einzuges Kaiser Ludwigs des Bayern nach der Schlacht bei Ampfing — übertrug auf den Sohn die Liebe zur Baukunst, die dieser mit einer ausgesprochenen Empfindung für das Malerische in dieser Kunst verband. Die weit verzweigten künstlerischen Verbindungen des Vaters, der seit 1854 auch Direktor der Kunstschule in Stuttgart war, bestimmten den Vater, den Sohn seine baukünstlerischen Studien am Polytechnikum seiner Vaterstadt ablegen zu lassen, an dem zu jener Zeit, in den Studienjahren 1869—1873, Sterne wie Christian Leins und Adolf Gnauth wirkten, die beide in der Vollkraft ihres schöpferischen Dranges standen. Leins lehrte bereits seit 1848, Gnauth seit 1870 an der Polytechnischen Schule. Hatte Neher hier das Glück, unter zwei Meistern

der Baukunst zu arbeiten, die in den besten Schaffensjahren und inmitten schönster Aufträge standen, so blieb ihm das Glück in dieser Beziehung auch nach seiner Studienzeit hold, als es ihm gelang, im Frühjahr 1873 nach Frankfurt am Main zu Paul Wallot (Firma Knabenschuh & Wallot) und im Oktober des gleichen Jahres zu Mylius & Bluntschli zu kommen. Nach dreijähriger Tätigkeit auf dem Büro, in dem er als selbständige Werke Haus Lucius in Frankfurt und das Palais Espenschied in Koblenz im Rohbau bearbeitete, ging er im Auftrag der Architekten nach Turin, um dort von 1876—1879 umfangreiche Bauten für die Firma zu leiten. Nach Abschluß dieser Tätigkeit bereiste Neher Italien und ließ sich im Frühjahr 1881 dauernd in Frankfurt nieder, wo er bis 1883 mit Mylius arbeitete, nachdem Bluntschli einem Ruf als Professor an das Eidgenössische Polytechnikum in Zürich gefolgt war. Von 1884—1896 hatte er sich mit A. von Kauffmann zu gemeinsamer Arbeit verbunden. Von da ab war er im Allgemeinen ohne Gesellschafter tätig, nur bei den Rathaus-Neubauten für Frankfurt war er mit Franz von Hoven verbunden. In die Jahre 1884—1896 fallen außer Innendekorationen für das Palais Espenschied in Koblenz von Frankfurter Bauten die Villen Kom.-Rt. W. Braun, Geh. Rt. Dr. Varrentrapp, Geh. Kom.-Rt. O. Braunsfeld, das Geschäftshaus der Bank für Handel und Industrie, das Verwaltungsgebäude der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, die Wohnhäuser Grüder und Minoprio usw. Ein bedeutendes Werk aus der Zusammenarbeit mit v. Kauffmann ist das Schloß Pflugensberg bei Eisenach (1890—91). Diese Periode des gemeinsamen Schaffens war auch durch Erfolge bei Wettbewerben ausgezeichnet, an deren Spitze der siegreiche Wettbewerb für das Rathaus in Stuttgart steht, der den beiden Künstlern den I. Preis einbrachte, wenn es ihnen auch nicht gelang, mit der Ausführung betraut zu werden. In der Periode von 1897—1904 arbeitete Neher allein, und es wurde auch diese Zeit sehr fruchtbar für ihn, denn es entstanden allein in

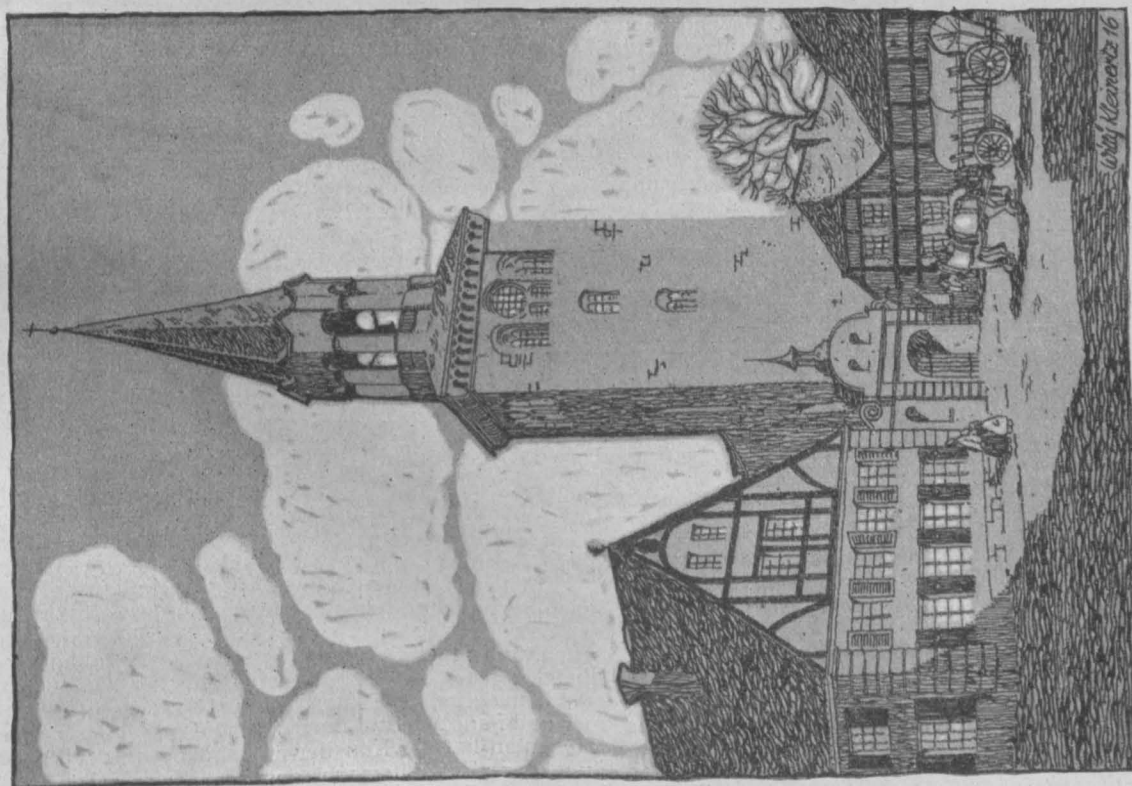
Fortsetzung Seite 240.

riums zum 10. Aug. 1916 bei 3 Preisen von 1500, 1000 und 500 M. für Bewerber Westfalens und Rheinlands erlassen. Der Wettbewerb soll zur Gewinnung von Gedanken über die Anordnung der Gebäude und die Aufteilung des Bau-

Wettbewerb Gesellschaftshaus der Bürger-Ressource in Stralsund. Der Träger des I. Preises, Hr. Arch. Hans Heinr. Grotjahn in Chemnitz, ist aufgrund seines Entwurfes mit der Ausführung des Bauwerkes betraut worden. —



Am Njemen-Ufer in Kowno.  
• Nach Zeichnungen von Architekt Willy Kleinertz in Hannover.



St. Trinitatis-Kirche in Mitau.

platzes dienen. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. kgl. Bt. Siebold in Bethel, Stadtb. Strobil in Dortmund, Stadtbmstr. Elkart in Bochum und Bmstr. Liekweg in Ickern. Unterlagen gegen 5 M., die zurück erstattet werden, durch Pfarrer Hoyer in Ickern. —

7. Juni 1916.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Bankgebäudes der Kantonal-Bankfiliale Burgdorf erläßt die Kantonalbank von Bern für die im Kanton Bern niedergelassenen schweizerischen Architekten zum 1. August 1916. —



Frankfurt der Umbau des großen Saales im Palmengarten, die Villen Stroof, Neher, Kotzenberg, das Palais der Gräfin v. Reichenbach-Lessonitz an der Gallus-Anlage, sowie mehrere Geschäftshäuser in Aschaffenburg.

Die bedeutendsten Arbeiten des Künstlers jedoch fallen in seine dritte Schaffensperiode, zugleich die letzte seines Lebens; diese Zeit war der Planung und Ausführung der großen städtischen Bauten gewidmet, die der anregenden Kraft des Oberbürgermeisters Adickes entsprangen: Der neuen Verwaltungsgebäude im Anschluß an die Römerbauten, sowie der neuen Gebäude der Senckenbergischen Stiftung, welche die Grundlage bilden für die Universitätsbauten der Universität Frankfurt am Main. Der Sitz der städtischen Verwaltung Frankfurts war seit Alters der Römer und stets auch die Stätte großer politischer Ereignisse Deutschlands. Erst seit 1866 wird der Römer nur das Rathaus der Stadt. Aber wie die Rathäuser fast aller größeren deutschen Städte, so hatte sich auch der Römer im Lauf der Zeit und bei dem zunehmenden Wachstum der Stadt besonders nach den Ereignissen der Jahre 1870/71 als Sitz der Gemeinde-Verwaltung als zu eng erwiesen. Verhandlungen hierüber gehen bis 1842 zurück und hatten im nächsten Jahre den Ankauf der beiden sich nördlich an das Haus Löwenstein anschließenden Gebäude Frauenstein und Salzhaus zur Folge. Außer diesen gehörten zur Römergruppe noch die Häuser Laderam-Alt-Limpurg und Silberberg, das Haus Wanenbach, der „Goldene Schwan“, das Haus Frauenrode, Haus Viole und Haus Schwarzenfels. Mehrjährige Studien und Verhandlungen waren erforderlich, um den Gedanken der Errichtung einheitlicher neuer Rathäuser im Westen des alten Römer und im Anschluß an den alten Hallenbau, das Kurfürstenzimmer und die Rotunde zur Reife zu bringen. Es waren diese Pläne nicht ausführbar, ohne wertvolle alte Bauteile in den Häusern Frauenrode, Viole und Schwarzenfels, sowie einen Teil des „Goldenen Schwan“ zu beseitigen. Nachdem vom damaligen Stadtbauinspektor Dr. C. Wolff, von Prof. F. Luthmer und von den Architekten Franz von Hoven, Ludwig Neher und H. Th. Schmidt eine Reihe von Entwürfen für die städtischen Neubauten aufgestellt worden waren, legte der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung am 21. Jan. 1898 umfassende, gemeinsam angefertigte Entwürfe der Hrn. v. Hoven und Neher vor, die jedoch erst nach wiederholter Umarbeitung den Beifall der Stadtverordneten fanden, sodaß die beiden Baukünstler mit Beschluß vom 28. Juni 1898 mit der Ausführung dieser Entwürfe betraut wurden. Das war ein großer Erfolg auch für Ludwig Neher. Es war ein Sieg gegen mannigfache, nicht gering zu schätzende Einflüsse, die das neue Rathaus in anderer Form und an anderer Stelle sehen wollten. Wiederholt war im Lauf der Erörterungen der Gedanke aufgetaucht, auf einem freien, von allen Seiten sichtbaren Platz ein in sich geschlossenes, neues Rathaus zu errichten, sei es am Main, an der Börne-Straße oder auf dem Platz des heutigen Schauspielhauses. Immer wieder jedoch war die Ueberzeugung Ausschlag gebend, daß es mit geschichtlicher Treue unvereinbar sei, den alten Römer zu verlassen und an neuer Stelle ein neues Haus zu bauen. Zu diesen Anschauungen hat die deutsche Eigenart der Entwürfe von Hovens und Nehers sehr viel beigetragen, weshalb die beiden Architekten den Sieg dieses Gedankens zu einem guten Teil auch sich selbst zuschreiben konnten; sie gaben, wie es in einem Sinnspruch des Hauses heißt, „Dem Wirken kraftvoll Gelingen zu herrlichem Blühen der Vaterstadt“.

Während nun am Rathausbau Neher und von Hoven alles gemeinschaftlich entwarfen und ausführten, waren die Universitätsbauten unter beide Künstler so geteilt, daß jeder seine Bauten allein und selbständig ausführte. Ludwig Neher fielen dabei das Museum der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft und das Jügelhaus zu. Letzteres, das Neher als Akademie für Sozial- und Handelswissenschaft erbaute, bildet den Kern der heutigen Universitäts-Gebäude, welche durch Vergrößerung des Jügelhauses und durch Verbindungsbauten mit dem Naturhistorischen Museum entstanden sind. Die Planung dieser Vergrößerung rührt noch von Neher her; jedoch wegen seiner schon damals geschwächten Gesundheit konnte er die Bauleitung nicht mehr übernehmen, die dem Architekten Alfred Günther übertragen wurde. Von der Gruppe der Universitätsbauten führte v. Hoven damals das Gebäude des Physikalischen Vereins und das der Senckenbergischen Bibliothek aus, beide durch Bogengänge mit dem Naturhistorischen Museum verbunden. Lediglich eine gewisse Harmonie in den Baumassen und im Aufbau und einige Höhenbeziehungen haben beide Baugruppen gemeinsam, im Uebrigen aber sind sie selbständige, von einander unabhängige Werke ihrer Urheber.

Es war wieder der Sieg in einem Wettbewerb unter 6 Architekten Frankfurts, durch welchen Ludwig Neher im Mai 1899 nach einer Entscheidung von Paul Wallot den Auftrag zur Ausführung des Naturhistorischen Museums und zugleich zum Gesamtplan einer Verteilung der in Aussicht genommenen wissenschaftlichen Bauten auf einem Gelände an der Victoria-Allee, zwischen Kettenhof-Weg und Jordan-Straße erhielt. Es war Adickes gelungen, dieses Gelände zu erlangen und einen früheren Gedanken, die geplanten Neubauten auf dem an Frankfurter Erinnerungen reichen alten Grundstück der Dr. Senckenbergischen Stiftung am Eschenheimer Tor zu errichten, zu beseitigen. Er mag schon damals, 1902, den Universitätsgedanken, der ihn von dem Augenblick an begleitete, in dem er warm in Frankfurt geworden war und von dem er schrieb, er sei immer der leuchtendste aller der Sterne gewesen, die ihn lockten und seinen Weg erhellten, energischer verfolgt haben, denn in seinen „Erinnerungen zur Vorgeschichte der Universität Frankfurt a. M.“ schrieb er kurz vor seinem Tode, er habe zwar den Plan der Errichtung der Gebäude auf dem alten Platz vertreten, es sei ihm aber immer klarer geworden, daß die Errichtung der Neubauten auf dem alten Platz einen nicht wieder gut zu machenden Fehler bedeuten würde. Sowohl die Naturforschende Gesellschaft als der Physikalische Verein zeigten ein dringendes Bedürfnis nach immer weiterer Ausdehnung, welches auf dem alten Grundstück keine Befriedigung finden könne. Ebenso sei zu hoffen und zu erwarten, daß die Akademie, welcher seit ihrer Gründung immerfort neue Zuwendungen zugeflossen seien, einen starken inneren Trieb nach weiterer Vergrößerung haben werde. Es werde die ganze zukünftige Entwicklung dieser Anstalten auf eine glücklichere Basis gestellt, wenn das alte Stiftungsgrundstück verkauft und der Erlös den neuen Anstalten zugewendet werden könne. So wäre für Frankfurt und sein wissenschaftliches Leben weit Bedeutenderes und Größeres zu erreichen, als auf dem alten Gelände. Es gelang Adickes, die Vorsteher der Senckenberg-Stiftung hiervon zu überzeugen und er fand in Ludwig Neher einen verständnisvollen Verwirklicher seiner großen Pläne.

Mit diesen Bauten wurde die Tätigkeit Neher's für Frankfurt a. M. eine so vielseitige und bedeutende, wie sie selten einem Privatarchitekten zuteil wurde. In seinen Ausführungen aber blieb der Verstorbene stets nur der Vollender der Eindrücke seiner Entwicklungsjahre. Man darf sagen: er blieb sich selbst treu und verriet in allem, was er schuf, auch eine reine deutsche Gesinnung. Von starkem Subjektivismus wurde er nicht getrieben und von überstürzten Bestrebungen ließ er sich nicht hinreißen. Es hat ihm deshalb auch zeitweilig nicht an Anfechtungen gefehlt, deren Beweggründe jedoch häufig genug als nicht allein in der Sorge für die Weiterentwicklung der Baukunst liegende erkannt werden konnten.

Diese reiche praktische und künstlerische Tätigkeit, der er sich mit voller persönlicher Hingabe widmete, ließ ihm noch Muße, auch wissenschaftlich zu arbeiten. Mit liebevollem Eifer ging er dem Bau der Michaels-Kirchen in ihren frühesten Anfängen in Deutschland nach, von denen er nachwies, daß sie zuerst in deutschen Landen meist als befestigte Bergkirchen die Kultstätten der alten germanischen Götter verdrängten.

Das hohe Ansehen, das sich Neher als Baukünstler erworben hatte, kam zum Ausdruck, als er 1903 zum kgl. preuß. Baurat ernannt wurde und 1904 gemeinsam mit Franz von Hoven auf der Großen Berliner Kunstausstellung die kleine Goldene Medaille erhielt. 1907 wurde er zum „honorary corresponding Member“ der kgl. „Institution of British Architects“ ernannt und für die Jahre 1903–1905 zum Vorsitzenden des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ gewählt. In Frankfurt war er außerhalb seines Berufes ein eifriger Förderer aller künstlerischen Bestrebungen und als solcher auch Vorsitzender des Städel'schen Museums-Vereins.

Mit dem Heimgang Neher's hat das Frankfurter Kunstleben auch dadurch einen schweren Verlust erlitten, daß der Tod des Künstlers zugleich die Ueberlieferung unterbrach, welche die Gegenwart mit der Zeit Frankfurts verbindet, dieses im lebhaftesten baulichen Aufschwung stand, an den u. a. die Namen Mylius & Bluntschli, O. Sommer und Paul Wallot erinnern. Und durch seine Universitätsbauten hat der Künstler mitgeholfen an der Begründung der „Zukunftsmacht des deutschen Volkes“. Das festigt sein Andenken bei uns für alle Zeiten. — H. —

Inhalt: Für das Vaterland. — Wettbewerbe. — Ludwig Neher †. — Zeichnungen von Kleinertz. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



ERSUCHE DER STADT AUGSBURG UM DAS  
 WIEDERAUFLEBEN DER FRESKOTECHNIK  
 ZUR AUSFÜHRUNG BEMALTER HAUS-  
 FASSADEN. \* DAS WEBERHAUS IN AUGS-  
 BURG. \* ANSICHT VON DER BÜRGER-  
 MEISTER FISCHER-STRASSE. \* \* \* \* \*  
 DEUTSCHE BAUZEITUNG  
 \* \* \* 50. JAHRGANG 1916. \* NO. 47. \* \* \*





Neu bemalte Fassade des Schaur'schen Hauses. Maler: Frey & Steuernagel in Augsburg mit Kögel in München i. J. 1914.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N<sup>o</sup> 47. BERLIN, DEN 10. JUNI 1916.

## Die Versuche der Stadt Augsburg um das Wiederaufleben der Freskotechnik zur Ausführung bemalter Hausfassaden. Von Stadtbaurat Otto Holzer in Augsburg.

(Schluß aus No. 43.) Hierzu eine Bildbeilage, die Abbildungen S. 244 und 245, sowie die Abbildungen und Bildbeilage in No. 45.



inen zehnjährigen Bestand hat nunmehr die gleichfalls von Brandes im Jahre 1905 nach alten Fragmenten in Freskomalerei bemalte Fassade des sogen. Moschelhauses am Obstmarkt D 101 hinter sich (S. 234). Die gegen Süden gerichtete Hauswand zeigt die Bemalung noch in bestem Zustand. Bei der Herstellung durch den Hausbesitzer hatte sich die Stadtverwaltung verpflichtet, die 2000 M. übersteigenden Kosten zu tragen. Die Herstellungskosten betragen 2500 M.

Schräg gegenüber, Ecke der oberen Maximilians-Straße und des Obstmarktes, liegt das sog. Siegle-Haus, ein altes Zunfthaus, das nach einem Umbau im Jahre 1909 sein altes, schmuckes, farbiges Gewand gleichfalls durch die Hand des Kunstmalers Brandes wieder erhielt (S. 245). Hier wurde dem Unterputz etwas Portlandzement beigemischt. Diese nach Osten und Norden gewendeten Fassaden haben sich bisher gleichfalls gut gehalten; nur an Stellen, an denen den Abdeckungen nicht genügend Sorgfalt gewidmet wurde, sind Zerstörungsspuren bemerkbar. Die Herstellungskosten, zu denen die Stadtverwaltung 500 M. zuschoß, betragen 6000 M. Ich führe in jedem Fall die Kosten absichtlich an, weil ich glaube, daß in

Kollegenkreisen gerade über diesen Punkt viel Unklarheit besteht. Wie man sieht, sind sie keinesfalls so hoch, daß man grundsätzlich auf die Anwendung der Farbe verzichten müßte. Man bedenke, daß in allen Fällen die Putzkosten mit inbegriffen sind.

Eine besonders glückliche Freskofassaden-Instandsetzung scheint die des alten Schaurhauses am Metzger-Platz C 253, gewesen zu sein, die im Sommer und Herbst 1914 durch die Dekorationsmaler Frey & Steuernagel aus Augsburg in Verbindung mit dem Münchener Kunstmaler Kögel vorgenommen wurde (S. 233, 244 u. oben). Die gegen Osten und Norden gelegenen Hausseiten sind durch die Tiefenlage des Hauses am Fuße des Perlach-Berges und durch hohe gegenüber stehende Baulichkeiten gegen starken Witterungsanfall ganz besonders geschützt. Kein Geringerer als Bergmüller jr. malte die Bilder etwa um 1780. Wie festgestellt werden konnte, warf Bergmüller seiner Zeit auf den vorhandenen guten alten Unterputz lediglich einen neuen dünnen Malgrund auf, der sich bis in die neueste Zeit hinein verhältnismäßig gut erhalten hat. Im Laufe der Zeit war aber auch der alte Unterputz so schadhafte geworden, daß er bei der neuesten Instandsetzung vollständig neu aufgeworfen werden mußte. Auch diese Malarbeit überwachte das kgl. Generalkonservatorium nach den beim Weberhaus geschilderten Regeln; also auch hier wurde ausschließlich mit Holzkohlen

gebrannter Kalk verwendet. Auf das Gewissenhafteste wurden alte, feuchte Wandstellen durch einen Wasser-  
glasüberzug gegen den Putz isoliert. Der tadellose  
Zustand der Wandflächen nach 1½ Jahren läßt eine  
durchaus gelungene Instandsetzung erhoffen. Die  
gesamten Instandsetzungskosten beziffern sich auf  
8500 M., von denen die Stadtverwaltung 4000 M.  
übernahm.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch die  
Staatsbaubehörde bereit zu sein scheint, die Be-  
strebungen der Stadt Augsburg um die Förderung  
der Freskotechnik werklätig zu unterstützen. Sie  
ließ im Jahre 1915 ein sehr wirkungsvolles größeres  
Wandgemälde am alten Rentamtsgebäude am  
Kesselmart durch Kunstmaler Kögel in München  
nach einem alten Vorbild ausführen (S. 235). Das  
Original malte etwa um 1750 Peter Drümmer. Das  
Gemälde ist gegen Osten gewendet und läßt bislang  
keinerlei Spuren von Verwitterung bemerken. Zum  
Putz wurde auch hier wieder mit Holzkohlen ge-  
brannter Kalk verwendet. Der Künstler übernahm  
den Auftrag um 1800 M.

Alle diese Ausführungen zeigen, in welcher  
außerordentlichen Weise sich durch die farbige Be-  
handlung von Fassaden die Straßenbilder beleben

lassen. Allerdings muß man sich hier auch vor  
einem „zu Viel“ hüten, denn in der Abwechslung  
und in den Gegensätzen der Straßenwand-Behand-  
lung liegt ein ganz besonderer Reiz. Es geht hier  
wie in einer Kunstausstellung, in der das beste Werk  
durch ein zu enges Aneinanderhängen der Bilder  
verliert.

Mit dieser Schilderung sind die Augsburger  
Versuche noch keineswegs erschöpft. Eine Anzahl  
kleinerer Ausführungen gingen nebenher. Wo die  
Mittel für die Instandsetzung nicht vorhanden sind,  
da werden schon seit Jahren die vorhandenen Frag-  
mente aufgenommen. So werden für die spätere  
Erneuerung heute schon die Grundlagen geschaffen.  
Die Sammlung dieser Aufnahmen bildet aber auch  
eine wertvolle Quelle und ein ausgezeichnetes  
Studienmaterial für Neuschöpfungen. —

(Nachschrift der Redaktion: Der Aufsatz  
kann nicht geschlossen werden, ohne die großsin-  
nige Auffassung der Stadtverwaltung, ihr vorbildliches  
Vorgehen und ihren Opfermut in dieser im Interesse  
der Stadtverschönerung gelegenen Angelegenheit  
ganz besonders hervorzuheben! Zwei weitere Teil-  
ansichten der Südseite des Weberhauses folgen als  
Bildbeilagen zu den Nrn. 51 und 53.)

## Der Gesetzentwurf für das öffentliche Verdingungswesen.

Von Magistratsbaurat Hans Winterstein in Charlottenburg. (Schluß aus No. 45.)

**W**egen der Sachverständigen, deren ge-  
setzliche Einführung als einer der  
wichtigsten Punkte des Gesetzent-  
wurfes zu betrachten sein dürfte, muß  
dagegen zu meinen früheren Ausführungen  
(Jahrg. 1914 S. 826) noch Einiges nachgeholt  
werden und zwar hauptsächlich wegen der Unklarheiten,  
die der Entwurf in dieser Beziehung enthält. Zunächst wird  
nach § 28 gefordert, daß „Behörden, denen keine Fachleute  
des betreffenden Sonderfaches (wie weit geht da der Begriff

Sonderfach?) zur Verfügung stehen, bei der Ausschrei-  
bung Sachverständige zuziehen, wenn zur sachgemäßen  
Vergebung besondere Fachkenntnisse in dem betreffen-  
den Zweig des Handwerkes oder der Industrie oder ein-  
gehende Warenkenntnisse erforderlich sind.“

Diese Vorbedingung trifft wohl nahezu für alle bau-  
lichen Verdingungen zu. Umgekehrt könnte man aber  
auch annehmen, daß der für jede größere technische Aus-  
führung erforderliche beamtete oder angestellte Techniker  
als ein Fachmann anzusehen ist, der die Zuziehung eines

## Bruno Schmitz †.

(Schluß aus No. 38.)

**D**as, was in der dritten Periode der Entwicklung  
der Kunst von Bruno Schmitz, in den beiden  
Jahrzehnten um die Wende des Jahrhunderts,  
zum Ausdruck kam, war die künstlerische  
Verklärung dessen, was schon seit der Mitte  
des XVIII. Jahrhunderts in Deutschland sich  
regte. Mit dieser Zeit ist eine Bewegung wahrzunehmen,  
in welcher nach einem Worte von Wilhelm Scherer  
„die Deutschen sich zur bewußten Erfüllung ihrer Be-  
stimmung unter den Nationen zu erheben trachten“. Herder  
schreibt seine Gedanken über Natur und Geschichte  
nieder und hält mit ihnen die gebildete Welt im Bann.  
Lessing verfaßt das Drama von der menschlichen Duld-  
samkeit; Goethe und Schiller gehen als glänzende Gestirne  
auf. Das Werk des Königsberger Philosophen bringt eine  
Umwälzung im Denken hervor; es verkündet theoretisch  
den kategorischen Imperativ der Pflicht, den Friedrich  
der Große praktisch lebt. Fichte, Schelling und Hegel  
folgen den Spuren Kants. Schleiermacher entwickelt die  
Religion aus der reinen Innerlichkeit des Seelenlebens.  
Friedrich August Wolf gibt dem Studium des Altertums  
sowie der gelehrten Bildung neue Impulse, die Schinkel,  
Drake und Thorwaldsen in Wirklichkeit übertragen. „Man  
ist“, wie Eucken in „Die Lebensideale zu Beginn und am  
Schluß des 19. Jahrhunderts“ ausführt, freudig gestimmt,  
ja enthusiastisch gehoben in glücklichem Schaffen und  
fühlt sich dabei auf der Höhe aller bisherigen Leistung“. Dieser  
Geistesfrühling und die mit ihm verbundene Rück-  
kehr zum Selbstbewußtsein stärken die Entwicklung des  
nationalen Gedankens. Es kommt das Zeitalter der  
deutschen Erhebung, in dem das Volk Sieger blieb. Durch  
eine Reihe aus dem zentralistischen Verwaltungsprinzip  
Frankreichs übernommener praktischer Verwaltungs-  
Maßnahmen und durch die Abrundung und Festigung der  
süddeutschen Staaten wurde der Gedanke der deutschen  
Einheit, der stets in der Seele des Volkes latent lag, ge-  
fördert. Aus den einzelnen Staaten wurden die Pfeiler,  
die das Gewölbe der nationalen Zusammengehörigkeit  
mit einander verband. Preußen tritt an die Spitze der  
kommenden Bewegung. Schon im Frühjahr 1813 forderte  
Fichte für Preußen die Führung in Deutschland, das sich  
zu einem „Reiche der Vernunft“ erweitern müsse. In der

langen Zeit von 1814—1870 ist der Gedanke der Einheit  
nicht aus der Sehnsucht des Volkes verschwunden; man  
schwankte nur, ob man ihn mit oder ohne Oesterreich,  
welches das Volk als den deutschen Kaiserstaat betrachtete,  
verwirklichen wollte. Die Romantiker wiesen mit Be-  
geisterung auf die Nation hin, die ein Jahrtausend hin-  
durch auf unzählige Schlachtfelder der Waffen, des Ge-  
dankens und der Arbeit ihre Siegesmale gepflanzt habe.  
Sie hatten damit freilich wenig Glück bei der damals  
herrschenden Reaktion, denn 1835 erging ein Bundestags-  
Beschluß, der alle Schriften des „jungen Deutschland“  
verbot und damit viele glühende Verehrer des deutschen  
Gedankens, unter ihnen auch Heine, brotlos machte, sie  
in die Fremde trieb und sie zu nicht minder glühenden  
Hassern des damaligen politischen Deutschland werden  
ließ. Dem Deutschland ihrer Seele aber blieben sie treu;  
sie besangen die Schönheiten des Vaterlandes, den grünen  
Rhein mit seinen sagenumwobenen, altersgrauen Burgen,  
wo die Traube reife und das deutsche Lied erschalle.

Das deutsche Mittelalter mit seinen Gesängen und  
Gestalten wurde wieder lebendig; die Nibelungen erwach-  
ten; im Kyffhäuser regte sichs. Die deutsche Volks- und  
Kaisersage trat immer lebendiger auch vor das Volk und  
barg ein gutes Teil deutscher Geschichte, aufgezeichnet  
vom Volksgeist selbst und am Herzen des deutschen  
Volkes erlauscht. Sie wurde die Trägerin der geheimen  
Sehnsucht der Jahrhunderte. 1070 Jahre nach Karl dem  
Großen erstand in der Weihnachtszeit des Jahres 1870 das  
deutsche Kaisertum. „Mit tiefem Erstaunen betrachtet  
wohl jeder Zeitgenosse die Unzerstörbarkeit und Konti-  
nuität der Reichsidee und ihre Transformation durch das  
moderne Prinzip der Gewissensfreiheit und der Nationali-  
tät.“ (Gregorovius.)

In diesem Werden steht Kaiser Wilhelm I. Sein Leben  
fällt zusammen mit der Entwicklung des Einheitsgedan-  
kens seit dem Ende des XVIII. Jahrhunderts. Seine Er-  
ziehung, sein Wirken sind Ergebnisse dieser Entwicklung;  
er gehört dem XIX. Jahrhundert an, „dessen Ideale  
und Probleme innerhalb dieses Zeitraumes politisch,  
künstlerisch und wissenschaftlich erfüllt wurden.“ (Karl  
Frenzel.) Diesen Idealen sichtbaren Ausdruck zu geben,  
forderte Hermann Grimm die Errichtung eines deut-  
schen Pantheons. „Das deutsche Volk bedarf“, schrieb  
er 1896 in der „Deutschen Rundschau“, „einer Stelle, wo  
die ruhmreichsten Vollbringer seiner geistigen Arbeit in



weiteren Sachverständigen überflüssig macht, wenn nicht aus dem ganzen Gesetzentwurf allzu deutlich hervorginge, daß man gerade durch das Gesetz beabsichtigt, das ganze Verdingungsverfahren den Händen der Beamten zu entwenden und den Bieter selbst die entscheidende Rolle zuzuweisen.

Auch die Bestimmung des § 30, nach der der Kostenvoranschlag unter Zuziehung des Sachverständigen von der Behörde aufgestellt werden soll, beweist, daß die fachkundigen Beamten nicht als Sachverständige im Sinne des § 28 aufzufassen sind. Dann sollte man aber doch wirklich schon in unzweideutiger Ausdrucksweise die Beamten von vornherein ausschließen, schon um zu vermeiden, daß in jedem Fall erst darüber zu Gericht gegessen werden muß, ob der Beamte auch wirklich als Sachverständiger zu betrachten ist oder nicht.

Freilich, die Mißstände, die die Einsetzung von Sachverständigen mit sich bringt, werden dann auch um so deutlicher zu Tage treten. Es wird die größten Schwierigkeiten machen, die Tausende und aber Tausende von Sachverständigen, die dann nötig werden, überhaupt aufzutreiben, und noch schwieriger wird es werden, möglichst gute Sachverständige in der nötigen Zahl zu erhalten, denn darüber möge man sich doch bei Zeiten klar werden, daß auch ein solches Amt eines brauchbaren Sachverständigen große Erfahrung nicht nur in dem betreffenden Handwerkfach voraussetzt, sondern auch vor allem im Verdingungsverfahren selber. Ebenso wie sich in dem Gesetzentwurf ein Mangel an Erfahrung im Verdingungswesen in betäubender Weise geltend macht, ebenso wird sich auch bei hunderten von tüchtigen Handwerksmeistern oder Gewerbetreibenden sehr bald zeigen, daß ihnen trotz ihrer Fachtätigkeit jegliche Fähigkeit zum Amt eines Sachverständigen abgeht. Denn zur Aufstellung einer Verdingung gehören die Kenntnisse und Erfahrungen eines Mannes, der im Verdingungswesen geschult ist. Bei Abfassung einer Ausschreibung besteht ferner die Hauptaufgabe darin, dem unlauteren Wettbewerb von vornherein den Boden abzugraben. Wird der ehrliche Unternehmer, und nur solche wird man ja als Sachverständige heranziehen wollen, in dieser Beziehung dem Beamten viel nutzen können, der jahrein jahraus im Kampf gegen den unredlichen Unternehmer mit den

Kniffen des letzteren leider viel besser Erfahrung bekommt, als der gewissenhafte Unternehmer, der nur auf die Güte seiner Arbeit bedacht ist?

Also mit anderen Worten: besondere Kenntnisse im Verdingungswesen gehen dem sachverständigen Handwerksmeister oder Gewerbetreibenden von vornherein ab. Aber auch seine fachlichen Kenntnisse werden im Baufach in den meisten Fällen nur auf einer weit kleineren Grundlage sich bewegen, als die der auf einer Hochschule gut vorgebildeten Baubeamten. Wenn in irgend einer Gegend ein Baubeamter aus dem reichen Schatz seines Wissens eine Bauweise zur Anwendung bringen will, die dort entweder nicht heimisch oder die nur in früheren Zeiten geübt wurde, z. B. ein Schindeldach, ein neues Lasurverfahren usw., wo wird er dort gleich den Sachverständigen finden, der ihm selbst über ist? Dutzende von alten Arbeitsweisen sind durch Baubeamte und Architekten wieder zu neuem Leben geweckt worden, ich erinnere an die Verdienste eines Schäfer, Petersen, Olbrich usw. Wo waren die sachverständigen Handwerker, die man diesen Männern zum wirklichen Nutzen der Sache hätte überordnen können?

Ist es also schon im höchsten Grade fraglich, ob die Sachverständigen ihrer Aufgabe stets gewachsen und einen Nutzen zu leisten im Stande sein werden, so muß andererseits einmal darauf hingewiesen werden, welcher großer Schaden durch die Einführung von Sachverständigen angerichtet werden würde.

Gewiß, es sind manche Fehler bei Ausschreibungen und bei Abnahmen vorgekommen. Ob stets dort, wo es den Anschein hatte, auch wirklich die mangelhafte Sachkenntnis des betreffenden Beamten schuld daran gewesen, oder ob nicht vielfach lediglich die Unmöglichkeit, jeden Betrug zu vereiteln, die letzte Ursache war, ist wohl nicht immer untersucht worden. Man will nun in scheinbar wohlmeinendster Absicht die Fehler, die durch Unkenntnis der Beamten entstehen können, dadurch vermeiden, daß man ihnen einen Sachverständigen zur Seite setzt; aber man bedenkt dabei nicht, daß je mehr man sie von der Tätigkeit mit dem Handwerksmäßigen löst, sie gleichzeitig auch dadurch um so untüchtiger im Entwerfen werden. Die weitere Folge wäre selbstverständlich dann die, daß man ihnen auch beim Entwerfen einen Stab von Sach-

Bildnissen und Büsten zusammen stehen. England hat seine Westminster-Abtei, Frankreich sein Pantheon. In der Umgegend von Berlin sollte der Tempel von Olympia neu errichtet werden, wie er einst in Olympia stand, und sein Inneres den Dichtern und Denkern des Volkes geweiht sein.“

Mit solchen Gedanken war die Stimmung der Zeit geschwängert, als Schmitz um die Wende des Jahres 1890 in den Wettbewerb um Entwürfe für ein Nationaldenkmal für den ersten Kaiser des neuen Reiches in Berlin und die Bebauung der Schloßfreiheit eintrat und den I. Preis errang. Es sollte ein Denkmal der ersehnten und erreichten Ideale des deutschen Volkes sein, das Werden des neuen Reiches und in der Geschichte dieses Werdens zeigen, daß „niemals die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört hat, daß die Geschichte unserer Zeit und der ihr voraus gehenden erfüllt ist, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen.“ Es war Schmitz nicht vergönnt, bei diesem Denkmal einen über den Siegespreis hinausgehenden Erfolg zu erringen. Vielleicht auch hätte das Denkmal an dieser Stelle, selbst wie er es geplant hatte, nicht dem Denken und Fühlen des Volkes entsprechen können, von dem dieses seit Jahrzehnten erfüllt war. Das war jedoch bei dem 1896 enthüllten Kaiser Wilhelm-Denkmal auf dem Kyffhäuser der Fall. Diesem Werk gegenüber war man zur Zeit seiner Entstehung berechtigt zu sagen, sein Urheber sei ein Künstler, von dem man, wie Leo Battista Alberti in seinem „Traktat von der Malerei“ von Brunelleschi, dem Meister der Florentiner Domkuppel ausführt, sagen könne, er zähle zur winzigen Reihe der Menschen, in denen die Natur seit dem Untergang der Antike ihre edle Kraft, „Riesen und Genies zu schaffen“, von neuem bewährte. Der Wanderer, der auf seinen Pfaden durch die fruchtbare Ebene auf den sagenumwobenen Kyffhäuser kommt, findet dort ein Denkmal, in welches die Sage und der Künstler alle Zauberkraft bannten, die das Herz des letzten Hirten der weiten Gefilde der goldenen Aue höher schlagen läßt. Denn es ist mehr als eine tote Bildsäule, mehr als ein kaltes Gedenkzeichen einer geschichtlichen Vergangenheit, mehr als ein bloßes Denkmal inmitten des materiellen Stromes des Lebens, mehr als eine äußerliche figurenreiche Gruppe, wie sie in Bronze und Stein unsere Plätze und Märkte bevölkern. Im Herzen Deutschlands, zwischen Harz und Thüringer

Wald, weithin die Lande beherrschend und allenthalben auf Erinnerungsstätten historischer Begebenheitenweisend, steht das Denkmal da, ein stolzer trotziger Turmbau mit Vorhof und Terrasse, ein dem ewigen Felsen abgerungenes dauerndes Wahrzeichen deutscher Treue und deutscher Kraft. In seinem Vorhof ruht in reich geschmückter Bogennische Barbarossa, die glanzvolle Zaubergestalt der deutschen Volksage: die Seele der Sage in ihrem ganzen Reichtum deutscher Gemütsstiefe hat hier Stift und Meißel geführt.

Im Anschluß an das Denkmal hatte Schmitz im Verein mit Wilhelm Böckmann bald nach der Enthüllung einen Plan verfolgt, dem Kyffhäuser eine Feststätte für deutsche Nationalfeste anzugliedern. In einer 1897 erschienenen Veröffentlichung verfolgten sie den Plan zur Stärkung des nationalen Bewußtseins im Walde unterhalb des Denkmals durch großartige Bauten eine Stätte für Nationalfeste zu schaffen, die, „soweit die veränderten Verhältnisse das zulassen, unserem Vaterlande das werden könnte, was Olympia den Griechen war.“ Dem Kyffhäuser-Denkmal folgten die Denkmäler an der Porta Westphalica (1896), am Deutschen Eck bei Koblenz (1897) und in Halle an der Saale (1901). Dazwischen entstand das Kaiserin Augusta-Denkmal in Koblenz (1896). Alle diese Werke setzten den im Kyffhäuser-Denkmal angeschlagenen Akkord, wenn auch in kleineren Verhältnissen, fort. Alle diese Werke zeigen aber auch die auf den amerikanischen Studienreisen gewonnenen und an ihnen verarbeiteten Einflüsse. Namentlich waren es die Werke von Richardson, die auf Schmitz tiefen Eindruck machten und eine nachhaltige Wirkung auf seine spätere Kunstweise übten.

Auch kleineren Denkmal-Arbeiten widmete sich Schmitz mit der gleichen Liebe und Hingabe, wie den großen Werken. Für das Kaiser Wilhelm-Denkmal in Münster in Westfalen schuf er 1897 den Sockel; für das Denkmal des Kurfürsten Johann Sigismund in der Sieges-Allee in Berlin 1898 die Bank. 1899 entstand ein Grabmal Wolff, 1904 eine Bismarck-Säule bei Unna. Für die Aufstellung eines Denkmals für Großherzog Friedrich I. von Baden auf dem Friedrichs-Platz in Mannheim hatte er im Verein mit dem Bildhauer Prof. Volz in Karlsruhe die Arbeiten nahezu vollendet. Einstweilen Entwurf geblieben ist das großgedachte Bismarck-Denkmal für Charlottenburg.

(Fortsetzung Seite 246.)

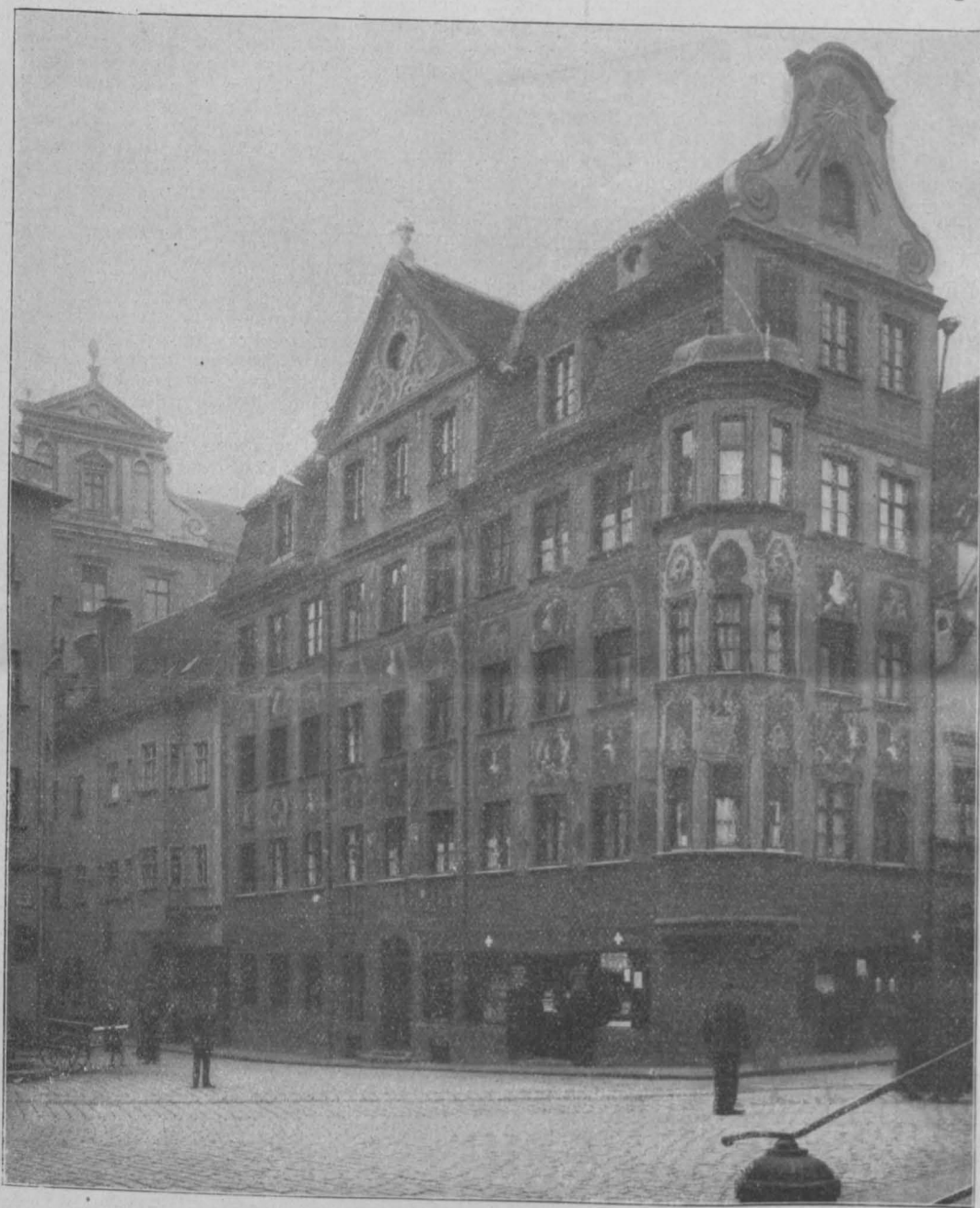
verständigen beigelegt, die mehr oder weniger selbstständig die Entwürfe für die einzelnen Teile eines Baues bearbeiten. Nun wird selbst der erfahrenste und tüchtigste Baumeister sich immer wieder die besonderen Fachkenntnisse einzelner Handwerker gern zu Nutze machen, dadurch wird der Sache stets nur gedient, aber eine gesetzliche Festlegung, nach der überall eine Hinzuziehung von Sachverständigen verlangt wird, führt notgedrungen zu einer Entmündigung und damit zu einer Schädigung des gesamten Standes nicht nur, sondern auch der ganzen Baukunst.

In den letzten Jahrzehnten ist die Persönlichkeit wieder in der Baukunst zu dem ihr gebührenden Recht

langen Versuchen hergestellten Probe auch wirklich ausgeführt sind?

Es ist schlechterdings unmöglich, ein guter Baumeister, ein guter Techniker zu sein, ohne daß man die einschlägigen Handwerkszweige beherrscht. Ihm auch nur einen Teil seiner Aufgaben, so die sachliche und fachliche Beurteilung der geleisteten Arbeiten entziehen, heißt ihn gerade in der Tätigkeit lahm legen, die ihm immer wieder die für seinen Beruf erforderliche Erfahrung heranbringt und vermehrt, heißt also letzten Endes ihn und seinen ganzen Beruf derart schädigen, daß auch die Werke seines Berufes darunter leiden.

Wenn sich gezeigt hat, daß die Erfahrungen der Tech-



Neu bemalte Fassade des Schaur'schen Hauses vom Jahre 1914.

Maler: Frey & Steuernagel in Augsburg in Verbindung mit Kögel in München.

Versuche der Stadt Augsburg um das Wiederaufleben der Freskotechnik zur Ausführung bemalter Hausfassaden.

gekommen. Man will längst nicht mehr die Sechsfüßungstür nach Fabrikmuster No. 217 mit dem Türsturzgesims, und beides schön deckend in Eichenholznachbildung mit aufgemalter Holzmaserung, man will nicht mehr das eiserne Gitter mit den Lanzenspitzen nach Musterbuch No. 72, sondern selbst die Oberflächenbehandlung einer Tür oder eines Eisengitters soll künstlerisch mit dem ganzen Bau in Einklang gebracht werden, um die Wirkung zu erzielen, die der Baumeister für das ganze Bauwerk im Auge hat. Und da soll nun später der sachverständige Handwerksmeister darüber entscheiden, ob die Oberflächenbehandlung und die sonstige Ausführung des Gitters nach der vorher womöglich nach

niker nicht genügen, so ist es doch das Falscheste, was man tun kann, ihm die Gelegenheit zum Sammeln von Erfahrungen zu entziehen, anstatt daß man diese Gelegenheit zu erhöhen versucht. Das Gesetz würde deshalb in dieser Beziehung in unserem gewerblichen und künstlerischen Leben einen Rückschritt anbahnen, der sich im Lauf der Zeit schwer fühlbar machen müßte.

Nun fordert aber, wie schon oben angedeutet, das Gesetz noch eine zweite Art von Sachverständigen, nämlich solche, die den angemessenen Preis vor der Verdingung ermitteln sollen.

War bei der ersten Art von Sachverständigen noch zweifelhaft, ob nicht die beamteten Techniker als solche



gelten konnten, so ist eine derartige Auffassung für die zweite Art der Sachverständigen von vornherein ausgeschlossen, denn der § 39 fordert von diesen, daß sie „selbständige oder in selbständiger Stellung befindliche Handwerker, Industrielle oder Kaufleute“ sein müssen.

Das liegt wohl auch schon in ihrer Aufgabe begründet. Ueber den angemessenen Preis, den sie ermitteln sollen, habe ich mich 1914 (S. 828) ausführlich geäußert. Hr. Dr. Eberle hat den großen Erfolg errungen, daß seine Vorschläge in unverfälschter Form in den Gesetzentwurf übergegangen sind. Ich kann trotzdem auch heute noch nur bei meiner Meinung bleiben, daß je eher der angemessene Preis allgemein eingeführt werden wird, um so schneller auch seine Unhaltbarkeit und Unbrauchbarkeit sich erweisen wird. Wie wenig die eifrigsten Anhänger

der Verfertiger oder der Zwischenhändler der richtige Sachverständige ist. Wenn man nun einmal daran geht, die ganze Weltordnung, die alle Preise nach Angebot und Nachfrage regelt, umzustößen, kann da der Gesetzgeber dabei stehen bleiben, nur dem einen, dem Zwischenhändler die Festsetzung der Preise selbst zu überlassen? Ist denn nicht dem Erzeuger auch recht, was dem Anderen billig ist?

So lange die Gesetzgebung nur einseitig sorgt, wird beispielsweise jeden Tag Folgendes sich ereignen können: Die Steinhändler drücken unter Ausnutzung der Marktlage den Preis der Hintermauerungssteine beim Einkauf unter die Herstellungskosten, sodaß die Verfertiger also statt Verdienst Schaden haben. Die Sachverständigen müssen natürlich den angemessenen Preis so bemessen, daß auch für den Verfertiger ein Verdienst eingerechnet



Das Sieglehaus.

Versuche der Stadt Augsburg um das Wiederaufleben der Freskotechnik zur Ausführung bemalter Hausfassaden.

des Hrn. Dr. Eberle sich über ihren eigenen Vorschlag klar zu werden vermögen, beweist mir ein Brief, den eine Submissionszentrale an die Schriftleitung der „Deutschen Bauzeitung“ gerichtet hat, und in dem sie allen Ernstes behauptet, daß der Beamte ja auch nach dem angemessenen Preis bezahlt werde, und daß er deshalb doch auch dem Unternehmer einen solchen zubilligen müsse.

Meinen damaligen Ausführungen über den angemessenen Preis habe ich sonst an sich nichts hinzuzufügen, wohl aber muß ich noch einmal auf die Sachverständigen zurückkommen, die diesen Preis festsetzen sollen. Wenn man nämlich dem Unternehmer durch den angemessenen Preis einen gesunden Gewinn zukommen lassen will, so kann man noch die Frage aufwerfen, ob dem eigentlichen Verfertiger oder dem Zwischenhändler der Gewinn gewährleistet werden soll, und demgemäß, ob

ist. Die Folge ist also, daß der Zwischenhändler einen übermäßig hohen Gewinn einheimst, während der Verfertiger leer ausgeht. Es geht hier also ähnlich, wie wenn eine städtische Behörde einen Einheimischen trotz seines höheren Angebotes mit dem Zuschlag bevorzugt, damit die Handwerker am Ort Arbeit bekommen, und wenn dann dieser Unternehmer nichts Besseres zu tun hat, als sich die Arbeit durch den Mindestfordernden anfertigen zu lassen.

Natürlich kann man sich gegen solche Machenschaften in jedem einzelnen Fall durch ein Verbot der Weiterübertragung schützen, aber es entstehen auch hierbei Schwierigkeiten, da beispielsweise bei der Anfertigung von Schränken durch den Tischlermeister gegen einen Bezug der Schrankschlösser von außerhalb selbstverständlich nichts einzuwenden ist. Die Tatsache bleibt

aber leider bestehen, daß die Forderung des Zuschlages auf den angemessenen Preis zu derartigen Machenschaften besonders anreizt. Das Gesetz müßte also hier schon vorbeugende Bestimmungen enthalten.

Kennzeichnend sind zwei andere Bestimmungen, nach denen einmal die Unternehmer zur Abgabe ihres Angebotes bei Werklieferungen mindestens 2 Wochen, bei solchen des Kunsthandwerkes und der Industrie mindestens 4 Wochen Zeit haben müssen (§ 22), während der Zuschlag selbst auf börsengängige Waren innerhalb 1 Woche, bei anderen Ausschreibungen 2 Wochen erfolgen muß (§ 43). Die beiden letzten Fristen dürfen auf 2 und 4 Wochen verlängert werden, wenn das in der Ausschreibung von vornherein bestimmt wird.

Also wenn ich schnell einen Bauzaun aufstellen will, muß ich dem Unternehmer 14 Tage Zeit lassen, um sich den einen einzigen Preis richtig zu überlegen; wenn ich 100 Tonnen Zement gebrauche, muß ich sogar sage und schreibe 4 Wochen auf den einen Preis warten, der gerade bei Zement heutzutage durch Ringabmachungen schon von vornherein festgelegt ist, sodaß ich nach dem heutigen Stand der Dinge mittels Fernsprecher in einer halben Stunde die 100 Tonnen Zement bestellt habe. Die gesetzliche Regelung wird deshalb vielfach eine Verschleppung herbeiführen.

Umgekehrt sind die Zuschlagsfristen viel zu eng begrenzt. Der Zahl nach werden sicherlich auch heute schon die meisten Verdingungen innerhalb 8 Tagen erledigt, es kommen aber auch eine ganze Menge von Fällen vor, bei denen selbst innerhalb 4 Wochen ein Zuschlag geradezu unmöglich ist. Hier hat sich auch wieder gezeigt, daß die Herren des Hansabundes und die Herren Reichstagsabgeordneten nur einseitig von ihrer Partei aus die Sache betrachten und die Schwierigkeiten der Verwaltung bei der Zuschlagserteilung entweder nicht kennen oder mindestens unterschätzen.

Es erscheint deshalb nicht überflüssig, hier einmal klarzustellen, was alles in der Zeit zwischen Abgabe der Angebote und Zuschlagserteilung geschehen muß. Zunächst sind sämtliche Angebote rechnerisch und technisch genau zu prüfen, eine Arbeit, die bei vielen Verdingungen allein mehrere Tage in Anspruch nimmt, zumal die technische Prüfung schon meist zur Klärung von Zweifeln

oder Irrtümern, Anfragen oder Rücksprachen unvermeidlich macht. Nun kommt aber die Hauptsache, daß namentlich bei öffentlichen Ausschreibungen — und diese sollen ja nach dem Gesetz die Regel bilden — sich unbekannte Unternehmer beteiligen, über die Auskunft eingezogen werden muß. Derartige Erkundigungen dauern oft allein 14 Tage.

Zu dieser Arbeit, die bisher schon vor jedem Zuschlag zu leisten war, kommt nun noch die neue Arbeit hinzu, die der Gesetzentwurf durch die Bestimmungen der §§ 38 und 40 fordert.

Nach diesen müssen von der Zuschlagserteilung ausgeschlossen werden:

1. Bewerber, die nicht selbst Gewerbe- oder Handeltreibende sind,
2. Bewerber, die sich nicht an die Lohntarife halten,
3. Bewerber, die ihren Mitbietern Zuwendungen versprochen haben,
4. Bewerber, die wiederholt gegen Arbeiterschutzbestimmungen oder gegen die Versicherungsgesetze verstoßen haben,
5. Bewerber, die nachweisbar ihre Verpflichtungen Anderen gegenüber nicht erfüllen und schließlich
6. Bewerber, die unter dem „angemessenen Preis“ anbieten.

Die letzte Frage soll der Sachverständige beantworten, wer die übrigen Fragen prüfen soll, sagt der Gesetzentwurf nicht; selbstverständlich ist es nicht anders möglich, als daß die ausschreibende Behörde sich jedesmal an die betreffenden Berufsvertretungen wendet und zwar genügt nicht die Vertretung der jedesmaligen Arbeitgeber, sondern auch die der Arbeitnehmer muß gehört werden. Wenn also 10 Unternehmer aus 10 verschiedenen Orten anbieten, müssen 20 Vertretungen gehört werden; denn auf die drei Mindestfordernden (§ 41) kann man sich nicht beschränken, schon um keine Zeit zu verlieren, wenn etwa über alle 3 schlechte Auskunft einlaufen sollte. Diese jedesmalige Auskunftseinziehung läßt sich auch nicht durch Führung einer sogenannten schwarzen Liste umgehen, denn diese würde weder vollständig noch laufend erhalten werden können.

Und wenn nun alle diese Vorarbeiten zum Abschluß gekommen sind, erst dann kann die ganze Verdingung

Zwischen die Denkmalarbeiten sind die Hausbauten des Künstlers gestreut; sie umfassen die vollständige Reihe vom kleinsten Einfamilienhaus, das er in den Entwürfen für die Sunlight-Gesellschaft bearbeitete, bis zum größten Saalbau. Von 1899 auf 1900 entstand ein Palais für Carl Stollwerck in Köln a. Rh.; 1902 folgte für die Firma ein großer Ausstellungspavillon. 1902 auf 1903 errichtete er für Heinrich Stollwerk eine Villa, gleichfalls in Köln. 1904 schuf er das Deutsche Haus für die Weltausstellung in St. Louis; im gleichen Jahr wurde das Geschäftshaus „Automat“ in der Friedrich-Straße in Berlin begonnen. 1906 erbaute er sich sein eigenes Wohnhaus in der Sophien-Straße in Charlottenburg, zur gleichen Zeit entstand das Goldenhaus „Papierhaus“ in der Desauer-Straße in Berlin. Nach 1908 schuf er einen Konzertpavillon für Luzern und Villenbauten in Nikolassee, Klein-Machnow und Tegel.

Zu den wenigen Aufträgen monumentaler Natur, die Schmitz für die Reichshauptstadt erhielt, zählte die Anlage der Berliner Gewerbe-Ausstellung des Jahres 1896 im Park von Treptow. Hier hatte der Verstorbene zum ersten Mal Gelegenheit, seine seltenen Fähigkeiten in der großartigen Bewältigung einer baulichen Gesamtanlage zu zeigen. Dauernden monumentalen Ausdruck fanden diese Fähigkeiten in der Gestaltung des Friedrichs-Platzes in Mannheim mit Erbauung des Rosengartens, der Arkadenhäuser und der Aufstellung des Großherzog-Denkmales. Was er hier am Schluß des vorigen und in der ersten Hälfte des ersten Jahrzehntes unseres Jahrhunderts geschaffen hat, gehört zum Bedeutendsten und Größten der deutschen Kunst der Gegenwart. Dieser Anlage folgt in einer Art Weiterbildung das Weinhaus „Rheingold“ der Aschinger-Gesellschaft in Berlin, in den Jahren 1905 bis 1906 mit zunächst anderen Grundgedanken, als Konzerthaus, zwischen Bellevue-Straße und Potsdamer-Straße als eine Saalfolge größten Stiles geplant, jedoch aus verkehrspolizeilichen Gründen nicht zugelassen und nunmehr als Weinhaus mit der schon vom Auftraggeber ausgesprochenen, vom Künstler begrüßten Absicht ausgeführt, in Anlage und Ausstattung alles bis dahin Dagewesene zu übertreffen. In der letzten Zeit beschäftigten den Künstler neben den wiederholt aufgeschobenen Arbeiten für das ringförmige Bismarck-Denkmal für Charlottenburg, das mit den dasselbe umgebenden Straßenzügen zu einer der größten Anlagen des Städte-

baues unserer Zeit werden könnte, wenn diese Entwürfe zur Ausführung kämen, die Entwürfe für den Ausbau des Domes in Freiberg, zu dem der Auftrag im siegreichen Wettbewerb erstritten wurde, sowie die Entwürfe für die Reis-Bauten für Mannheim. Vor allem die Entwürfe für das Reis-Museum, durch das der Friedrichs-Platz in Mannheim seinen endgültigen und harmonischen Abschluß erhalten haben würde, waren in den letzten Jahren der Gegenwart seiner steten, sorgenden Arbeit, besonders nachdem der Stifter selbst und seine Schwester gestorben waren und die Ausführung dadurch in unmittelbare Nähe gerückt war. In diesem Stadium nahm ihm der Tod den Stiften aus der Hand.

Das tiefe, sorgende Suchen nach der zweckmäßigsten Ausdrucksform und nach der persönlichsten, von allem Bestehenden abweichenden Kunstform war das Kennzeichen des Schaffens des Künstlers in seiner letzten Lebensperiode. Ein Beweis dafür ist die mehr als zehnjährige Arbeit für das Völkerschlacht-Denkmal in Leipzig, ein Werk das, ganz zu schweigen von den Vorarbeiten, noch während der Ausführung die verschiedensten Wandlungen durchmachte. Man darf es vielleicht als eine Eigenart des Künstlers bezeichnen, daß seine ersten Gedanken für eine Aufgabe selten schon die durchschlagende Form des fertigen Werkes besaßen; es war ein stetes, oft leidenschaftliches Ringen mit seinem Gegenstand, der häufig erst nach qualvollen innerlichen Kämpfen seine letzte Form erhielt, das den Unterschied kennzeichnet zwischen dem ersten Entwurf und dem fertigen Werk. Beweise dafür sind eine Anzahl Wettbewerbe, in welchen die Entwürfe von Schmitz keine weitere Beachtung fanden, wie der Wettbewerb um das Bismarck-Denkmal für Hamburg und der für das Bismarck-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingen. So leicht, wie das gemeinhin angenommen wird, ergab sich sein schöpferisches Vermögen nicht; leicht und bestechend war meist lediglich sein Vortrag. Erst das aber wurde das Bleibende und Ewige in seinen Werken, was er in tiefer Gedankenarbeit aus dem Grunde seines Inneren zu Tage förderte, nachdem er sich im gesicherten Besitz der Aufgabe fühlte. Das dabei zu Tage tretende michelangelische Streben nach einer unerhörten Form, das sich im Werden des Völkerschlacht-Denkmales deutlich verfolgen läßt, führte auch zu einer Zusammenarbeit mit Bildhauern, wie Franz Metzner, deren auf das Äußerste getriebener Subjektivismus bisweilen die Harmonie des



an die für den Zuschlag zuständige Behörde weiter gegeben werden. In den kleineren und auch in den mittleren, ja sogar vielfach in den größeren Städten sind die wichtigeren Zuschläge dem Magistrat, wenn nicht sogar der Stadtverordneten-Versammlung vorbehalten, die selbstverständlich nicht alle 3 Tage Sitzungen abhalten. Nun tauchen in der Sitzung plötzlich doch noch neue Gesichtspunkte oder Bedenken auf: man verweist die Sache an einen Ausschuß, der wieder erst zusammen treten muß.

Wo genügen da die Fristen von 1, 2, ja 4 Wochen?

Zunächst geht wohl aus der Schilderung der Vorgänge selbst hervor, daß eine längere Frist durchaus nicht immer von der Art der Verdingung abhängig ist, sondern durch die Angebote und deren Bewerber selbst hervorgerufen wird; je mehr auswärtige, unbekannte und zweifelhafte Bewerber, um so größer und langwieriger die Vorarbeit. Demnach würde jede vorsichtige Behörde von vornherein gezwungen sein, in jeder Verdingung die zulässigen längeren Fristen sich auszubedingen. Wozu also erst die ganze Unterscheidung im Gesetz? Sie beweist eben nur die mangelhafte Erfahrung derer, die den Vorschlag gemacht haben.

Selbstverständlich ist eine schnelle Zuschlagsfrist für die Bewerber sehr erwünscht, für die Behörde ist sie aber sogar meist noch viel notwendiger, sodaß eine schnelle Erledigung in den meisten Fällen auch schon ohne gesetzliche Vorschriften gewährleistet ist. Durch derartige Vorschriften würde aber nun die gewissenhafte Prüfung der Angebote in Frage gestellt werden. Und andererseits würde man gezwungen werden, das Recht der Zuschlagserteilung den untergeordneten Behörden selbst zuzusprechen, eine Maßnahme, die wohl kaum in der Absicht des Gesetzgebers liegen dürfte.

Vor allem aber: was soll geschehen, wenn die gesetzliche Frist im einzelnen Fall trotz aller Bemühungen nicht eingehalten werden kann? Wenn heutzutage eine Zuschlagsfrist abzulaufen droht, so fragt man bei den Bietern einzeln an, ob sie ihr Angebot noch weiter aufrecht erhalten wollen. Nur selten stößt man damit auf Schwierigkeiten. Aber dieses Mittel ist im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Ebenso wenig auch die Berechtigung neu auszuschreiben. Was also? Hat man nicht sogar,

Werkes beeinträchtigte, wenngleich ihre Künstlerleistungen an sich als in hohem Grade bedeutende gewürdigt werden müssen. Dabei war Metzner keineswegs des architektonischen Empfindens bar; dennoch klafft ein merklicher Gegensatz zwischen dem architektonischen und dem bildnerischen Teil des Werkes.

Das titanenhaft gesteigerte Wollen, gebändigt nur durch die Realität aller Dinge, war stets die treibende Kraft in Schmitz. Das zeigten neben der Wettbewerbsarbeit für den Bebauungsplan von Düsseldorf auch seine Entwürfe für die baulichen Umgestaltungen in Groß-Berlin, die aus dem großen, von der „Vereinigung Berliner Architekten“ angeregten Wettbewerb hervorgegangen sind. Sie waren vielleicht die des ganzen Wettbewerbes, die am meisten im Sinne der Urheber dieses Gedankens lagen und denen keineswegs die Möglichkeit der Ausführung genommen war, denn das war das Eigentümliche bei Schmitz, daß er ob der Größe der Anschauung niemals auch die Möglichkeit der Verwirklichung aus dem Auge verlor. Diese verlor sich immer erst im Kampf mit Verhältnissen, die erkennen ließen, daß die bestimmenden Personen nur schwer den Gedankenflügen des Künstlers zu folgen vermochten. In diesem Punkt hatte auch dieses Künstlerleben seine Tragik, das im übrigen ein so sonniger Aufstieg war, denn man bedenke: Mit 25 Jahren erringt der Künstler den I. Preis im internationalen Wettbewerb um Entwürfe für das Viktor-Emanuel-Denkmal in Rom, und fast gleichzeitig bleibt er Sieger in einem internationalen Wettbewerb um Entwürfe für das Künstlerhaus in Amsterdam. Einige Jahre darauf gewann er für eine Tonhalle in Zürich den I. Preis. Durch diese Erfolge allein schwang er sich schon in frühen Jahren zu einem Künstler von internationaler Bedeutung auf.

In einer herrlichen Ode, die Goethe, den Schmitz so sehr verehrte, daß seine Werke ihn Tag und Nacht umgaben, im Jahre 1780 niederschrieb, preist der Dichter als seine Göttin die Phantasie, von der er wünscht, daß sie erst mit dem Lichte des Lebens sich von ihm wenden möge. Unserem Künstler ist sie zeitlebens die treue Begleiterin geblieben und es liegt vielleicht auch darin bei allem Schmerz das Glück, das ihn in künstlerischen Dingen selten verließ, daß er vor seinem Hinscheiden nicht langem Siechtum unterworfen war, in dem die Phantasie hätte von ihm gehen müssen, sondern daß er plötzlich, mitten aus großen Plänen heraus abgerufen wurde.

An äußeren Ehrungen hat es diesem reichen Künstler-

es mag nun neu ausgeschrieben werden oder nicht, auf jeden Fall sofort eine Schadensersatzklage von Allen, die auf einen Zuschlag glaubten rechnen zu können, gemäß § 62 zu gewärtigen, und zwar selbst wenn schließlich nur das verspätete Eintreffen eines Auskunftsbriefes schuld ist?

Aus der Beleuchtung dieser hauptsächlichsten Gesichtspunkte geht schon genügend hervor, daß der Gesetzentwurf nach allen Richtungen hin eine Bevormundung der schlimmsten Art hervorrufen wird: Weil eine Zahl von kleinen Unternehmern nicht richtig rechnen kann, deshalb soll allen Unternehmern die Verantwortung für ihr Rechnen abgenommen werden und einem Vormund, einem Sachverständigen, übertragen werden, und man bedenkt nicht dabei, daß der Unternehmer selbst von den höchsten Preisen keinen Vorteil hat, wenn er bei der Ausführung nicht zu rechnen und dadurch seine Unkosten herabzudrücken versteht.

Und weil eine Zahl von Verdingenden es an Sach- und Fachkenntnis mitunter hat fehlen lassen, so will man sie ebenfalls durch Sachverständige bevormunden, und man bedenkt wiederum nicht dabei, daß diese Sach- und Fachkenntnisse von der übrigen Berufstätigkeit nicht zu trennen sind, daß man im Lauf der Zeit die Fähigkeit der Beamten und den Wert ihrer Leistungen wesentlich herabmindern wird, wenn man die Beamten so unselbstständig macht.

Und weil eine Zahl von Zuschlagserteilern unterwertige Angebote nicht ausgeschlossen hat, so will man auch ihnen einen Vormund stellen und bedenkt dabei nicht, daß auch diese Vormünder nicht unfehlbar sind, und daß unter all den äußerlichen Vorschriften, von denen man den Zuschlag abhängig macht, notgedrungen die Beurteilung nach dem inneren Wert der Angebote leiden muß.

Seit Jahr und Tag verteidigen wir unsere äußere Freiheit gegen eine Welt von Feinden. Und wenn wir den erwünschten Frieden erzwingen, so werden wir von neuem einen Platz am Weltmarkt erobern müssen, wo derartige Verdingungsgesetze unmöglich und auch nutzlos wären. Sollte man da nicht auch innerhalb unseres Vaterlandes ohne ein derartiges Vormundschafts-Gesetz auskommen können? —

leben nicht gefehlt. Die verschiedenen Denkmalweihen in deutschen Landen brachten dem Künstler zahlreiche Orden. Im Jahre 1886 errang er auf der Großen Berliner Kunstausstellung die kleine, 1898 die große goldene Medaille. 1894 wurde er zum Mitglied der Kgl. Akademie der Künste in Berlin, 1902 zum Mitglied der Kunstakademie in Dresden erwählt. 1896 wurde er zum Professor, 1913 zum Geheimen Baurat ernannt. Im Jahre 1905 ehrte den Künstler die Technische Hochschule in Dresden durch Ernennung zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber.

Die Stellung, die Bruno Schmitz in der deutschen Baukunst unserer Zeit sich errungen hatte, ist zu vergleichen etwa mit der Stellung, die Beethoven im Musikleben seiner Zeit einnahm: beide waren, ohne Schüler zu sein, Einsame ihrer Kunst. Und doch bestand auch wieder ein Unterschied zwischen beiden. Während in Beethoven, dem Weltflüchtigen, die Gedanken mit revolutionärer Naturgewalt aus dem Inneren hervorquollen und schon bei ihrem Hervortreten in die Wirklichkeit Inhalt und Form hatten, mußte Schmitz mit seinen Gedanken ringen, bis sie den Inhalt und die Form gewonnen hatten, durch die der Sieg das Werk krönte. Auf der anderen Seite konnte Beethoven von sich sagen: „Wir Endliche mit dem unedlichen Geist sind nur zu Leiden und Freuden geboren, und beinahe könnte man sagen, die Ausgezeichnetsten erhalten durch Leiden Freude.“ Gegenüber dieser Lebensanschauung aber war Schmitz unzweifelhaft das größere Glückskind, wenn es ihm auch an schmerzlichen Enttäuschungen nicht gefehlt hat. Man braucht da nur die Frage aufzuwerfen, warum es ihm nicht vergönnt war, in der Reichshauptstadt selbst ein größeres Wirken zu entfalten, nicht geglückt war, hier das Kaiser Wilhelm-Denkmal auszuführen; warum er nach seinen alles Andere überragenden Entwürfen nicht berufen wurde, der Reichshauptstadt Berlin den Charakter eines der große Physiognomie der Stadt zusammenfassenden baukünstlerischen Organismus zu verleihen. Ungeachtet dieser Enttäuschungen aber bleiben doch die Worte auf ihn bestehen:

„Nicht wer am Alltag emsig webt,  
Am Hergebrachten schüchtern klebt,

Wer mutig nie Gewagtes wagt,  
Wer fröhlich nie Gesagtes sagt,  
Wer unbekümmert an sich glaubt,  
Dem kränzt das Glück zuerst das Haupt!“ —

Albert Hofmann.

## Vermischtes.

Bezug der „Deutschen Bauzeitung“. Es ist den Beziehern der „Deutschen Bauzeitung“ aus der politischen Tagespresse bekannt, daß die außerordentliche Anspannung aller wirtschaftlichen Verhältnisse das gesamte Zeitungsgewerbe in eine sehr schwierige Lage gebracht und es dazu gezwungen hat, den Bezugspreis schon seit längerer Zeit zum Teil sehr wesentlich zu erhöhen. Obwohl auch wir unter der Ungunst der bei der Herstellung unserer Zeitung obwaltenden Umstände schon lange zu leiden hatten, haben wir es dennoch bisher vermieden, im Bezugspreis unserer Zeitung eine Änderung eintreten zu lassen. Nun aber werden wir durch die unausgesetzte Erhöhung aller Ausgaben hierzu gleichfalls gezwungen. Wir werden jedoch die großen Mehrausgaben zum weitestgrößten Teil selbst tragen und unsere Abnehmer an denselben nur mit einem kleinen Bruchteil teilnehmen lassen. Es wird daher die „Deutsche Bauzeitung“, durch die Post beim Postamt des Wohnortes bestellt, ab 1. Juli 1916 statt bisher 4 M.

4 M. 18 Pfg. vierteljährlich

kosten. Vom gleichen Zeitpunkt ab stellt sich der Bezug unter Streifband unmittelbar vom Verlag auf

5 M. vierteljährlich.

Die Zeitung kann nur in vollen Kalender-Vierteljahren, nicht monatlich, bezogen werden. —

**Deutscher Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine.** Zu diesem Verband haben sich folgende Verbände und Vereine zusammengeschlossen: „Verein deutscher Ingenieure“, „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, „Verein deutscher Eisenhüttenleute“, „Verein deutscher Chemiker“, „Verband deutscher Elektrotechniker“, „Schiffbautechnische Gesellschaft“. Wir kommen auf die Gründung zurück, wenn mehr Nachrichten über die Ziele dieses Zusammenschlusses vorliegen, als heute. —

Die diesjährige Hauptversammlung des bayerischen Kanal-Vereins findet am 18. Juni in Kelheim a. D. statt. Zur Tagesordnung gehört ein Bericht des Vorsitzenden Dr. von Schuh in Nürnberg über das letzte Vereinsjahr und des Geschäftsführers Steller über besondere Vorgänge des Berichtsjahres. Stadtr. Flintsch in Passau wird einen Vortrag über „Die Donau von Regensburg bis Passau“ halten, wobei namentlich das Donaukähle Hofkirchen-Passau, d. h. die unmittelbar oberhalb Passau liegende, durch ihre den Fluß durchsetzende Felsbarriere der Schifffahrt hinderliche Strecke behandelt werden wird. Im Uebrigen ist nur die Behandlung innerer Angelegenheiten, Satzungsänderung usw. vorgesehen. —

**Ein Denkmalpflege- und Museumskurs im Main- und Taubertal** hat unter Leitung des königl. Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale in Bayern vom 5. bis 9. Juni 1916 stattgefunden. Der Geist der Denkmäler der deutschen Vergangenheit und der Geist der deutschen Denkmalpflege der Gegenwart sollten dabei erörtert und empfunden werden. Seit die Kunstdenkmäler von dem gegen Deutschland geplanten Vernichtungskampf bedroht waren, sind sie uns um so mehr ans Herz gewachsen. Größere Achtung und Liebe verlangt aber gereiftes Verständnis für die Pflege. Besucht wurden Würzburg, Randersacker, Heidingsfeld, Iphofen, Creglingen, Weikersheim, Mergentheim, Bronnbach, Wertheim, Stadtprozelten. —

**Ein königlicher Erlaß zum Wiederaufbau Ostpreußens** beschäftigt sich auch mit den baulichen Maßnahmen in dieser preußischen Provinz und hat folgenden Wortlaut:

„Aus dem Bericht des Staatsministeriums vom 26. d. M. habe ich mit Freude und Anerkennung gesehen, daß durch die mutige, vertrauensvolle Haltung und den Fleiß der in ihre verwüsteten Heimstätten heimgekehrten Bevölkerung Meiner treuen Provinzen Ost- und Westpreußen und durch tatkräftiges Handeln aller dazu berufenen Behörden und Beamten Verkehr und Wirtschaft, Ackerbau und Gewerbe in den geschädigten Landesteilen mit der gebotenen Eile in Gang gebracht und der Wiederaufbau der durch Krieg und Verwüstung beschädigten Gebäude mit Umsicht und Erfolg in die Wege geleitet ist. Den Männern und Frauen, die hierzu in Ausübung ihres Dienstes in Staat und Gemeinde, wie in freiwilliger Liebestätigkeit mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft beigetragen haben, gilt Mein königlicher Dank; er gilt insbesondere der Kriegshilfskommission in Königsberg, die in erfolgreichster Mitarbeit den Staatsbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Seite gestanden hat. In dem sicheren Vertrauen, daß die zur Vollendung dieses im Kriege begonnenen Hilfswerkes erforderlichen staat-

lichen Ausgaben auch fernerhin die bereite Zustimmung beider Häuser des Landtages finden werden, beauftrage ich das Staatsministerium zugleich in Billigung der Vorschläge über die Fortsetzung des begonnenen Werkes, die beifolgende Denkschrift über die Beseitigung der Kriegsschäden dem Landtage der Monarchie zur Kenntnisnahme vorzulegen.“ —

## Tote.

**Diplom-Ingenieur Architekt Hans Schmidt** †. Wieder hat der Krieg ein hoffnungsvolles Leben ausgelöscht: Am 1. Juni 1916 Mittags starb bei einer Erkundung im Westen der Architekt, Dipl.-Ing. Hans Schmidt, Assistent an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, seit 1½ Jahren Führer der 2. Kompanie des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments 109. Hans Schmidt war ein in hohem Grade begabter Architekt, der sich namentlich mit Fragen des Städtebaues beschäftigte und in der letzten Zeit sehr entschiedenen Stellung nahm zugunsten einer monumentalen Gestaltung des Ettlingertor-Platzes in Karlsruhe. Er kämpfte mit seinen in hohem Grade beachtenswerten Gedanken gegen eine Anlage, welche die Stadt Karlsruhe unter dem Einfluß eines süddeutschen Architekten verfolgt, die aber in keiner Weise die Größe der Auffassung atmet, die von den Gestaltungen südlich des Ettlinger-Tores als eine Fortsetzung der großen Anlage Weinbrenners vom Schloß bis zum ehemaligen Ettlinger-Tor erwartet werden muß und auch von Ostendorf mit allem Nachdruck vertreten worden ist. Auch mit eingehenden Studien über Weinbrenner hatte der Verstorbene sich beschäftigt und, wenn wir recht unterrichtet sind, eine Monographie über diesen großen badischen Baukünstler in Vorbereitung. —

**Jane Dieulafoy** †. In Paris starb kürzlich im Alter von 65 Jahren die hervorragende Orient-Forscherin Jane oder Jeanne Dieulafoy, geborene Magre, die Gattin des französischen Ingenieurs Auguste Marcel Dieulafoy, des Erforschers des alten Persien. Frau Dieulafoy wurde am 29. Juli 1851 in Toulouse geboren und begleitete ihren Gatten seit 1881 auf einer archäologischen Forschungsreise, die er im Auftrag der französischen Regierung nach Persien unternahm. 1885 ging sie mit ihm nach Susa, um in gemeinschaftlicher Arbeit die alten Paläste der Perserkönige Darius I. und des Artaxerxes II. zu untersuchen. Während ihr Gatte ein Werk über die alte Kunst Persiens und die Akropolis von Susa schrieb, verfaßte sie selbst zwei Werke: „La Perse, la Chaldée et la Susiane“ (1886) und „A Suse. Journal des fouilles.“ Die sehr wertvollen Funde namentlich in glasierten Terrakotten wurden im Louvre in Paris in der „Salle Dieulafoy“ vereinigt und sind ein hervorragender Bestandteil der französischen Kunstsammlungen. —

**Architekt Wilhelm Ratz** †. Zu den Mitteilungen über den Helden des Architekten Wilhelm Ratz auf S. 232 sei noch nachgetragen, daß Ratz im Jahre 1882 geboren wurde, zu seiner fachlichen Ausbildung zunächst die Bauwerkshochschule in Hildburghausen und darauf die Technische Hochschule in München besuchte und nach Erfolgen in Wettbewerben seit 1906 in Berlin in selbständiger Weise tätig war. Seit dem Schluß des Jahres 1911 gehörte er der Ortsgruppe Groß-Berlin des „Bundes Deutscher Architekten“ an. —

## Wettbewerbe.

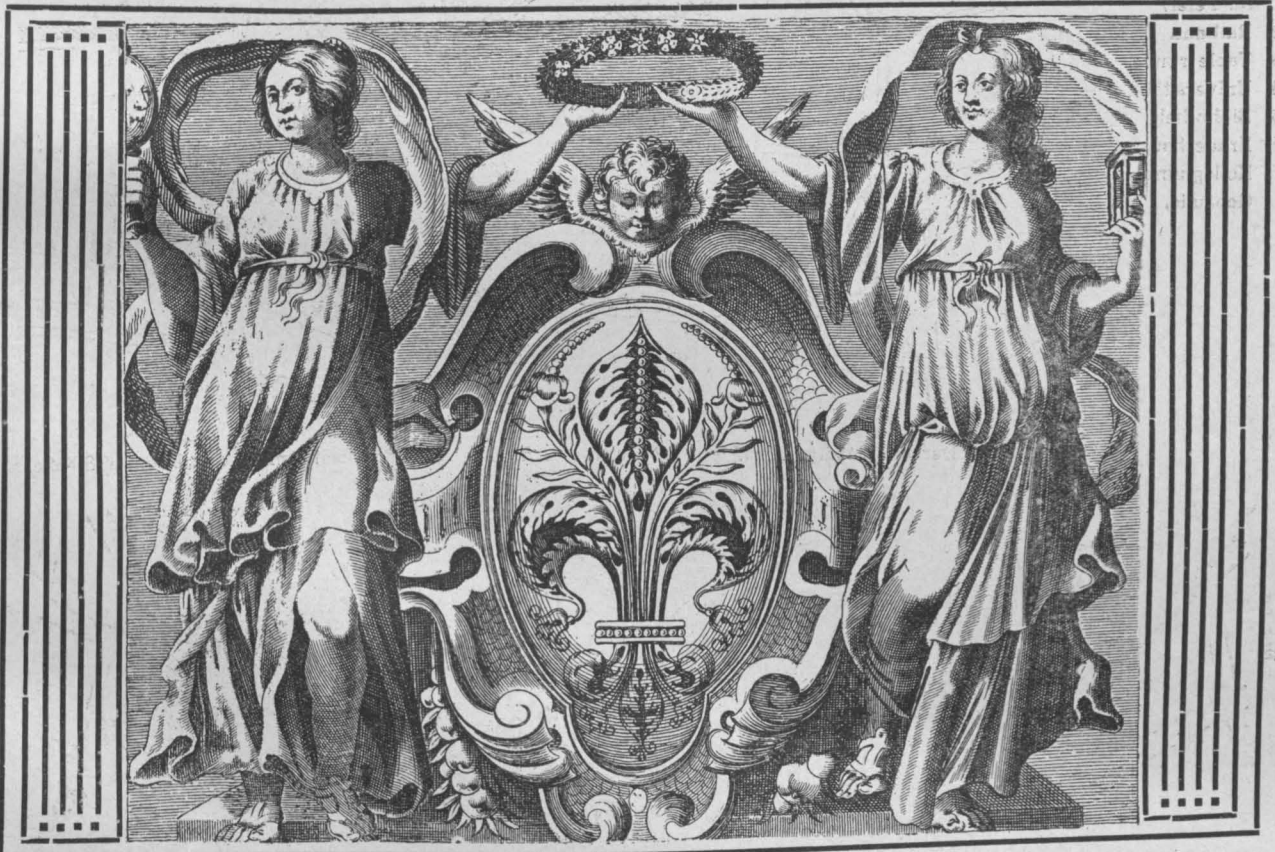
Einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die künstlerische Gestaltung des Garde du-Corps-Platzes in Cassel und für den Bau des städtischen Henschelbades an diesem Platz erläßt der Magistrat von Cassel zum 31. August 1916 unter den in der Provinz Hessen-Nassau geborenen oder ansässigen Architekten. Zur Teilnahme am Wettbewerb besonders eingeladen ist Hr. Prof. Karl Roth in Dresden. Ueber die Zuerkennung von 4 Preisen von 3000, 2000, 1500 und 1000 M. und über Vorschläge zu 2 Ankäufen zu je 750 M. entscheidet ein Preisgericht, dem u. a. angehören die Hrn. Reg.- und Brt. van Heys, Brt. Höpfner, Geh. Brt. Janert, Stadtbauinsp. Labes und Arch. Potente in Cassel, Geh. Brt. Dr. L. Hoffmann in Berlin und Stadtr. Schaumann in Frankfurt a. M. Unterlagen gegen 5 M., die zurückerstattet werden, durch das Stadtbauamt in Cassel, Rathaus. —

Inhalt: Die Versuche der Stadt Augsburg um das Wiederaufleben der Freskotechnik zur Ausföhrung bemalter Hausfassaden. (Schluß.) — Der Gesetzentwurf für das öffentliche Verdingungswesen. (Schluß.) — Bruno Schmitz †. (Schluß.) — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Weberhaus in Augsburg. Ansicht von der Bürgermeister Fischer-Straße.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N<sup>o</sup> 48. BERLIN, DEN 14. JUNI 1916.

## Zum Wiederaufbau in Belgien.

**D**ie Anteilnahme der Oeffentlichkeit an den Fragen des Wiederaufbaues belgischer Städte ist so groß, daß man der dortigen deutschen Verwaltung allerlei Ratschläge erteilte, ohne die vorliegenden Aufgaben zu kennen, und die Zusammensetzung des baukünstlerischen Beirates bemängelte ohne Kenntnis der Personen.\*) Die deutsche Tätigkeit in Belgien ist indes minder umfangreich und von anderer Art, als in Ostpreußen. Sie beschränkt sich im Wesentlichen auf die Handhabung der staatlichen Oberaufsicht, die von der ehemaligen Landesregierung völkerrechtlich auf den jetzigen General-Gouverneur übergegangen ist. Seiner Genehmigung unterliegen nach belgischem Recht nicht bloß alle Bauentwürfe und Bebauungspläne von größerer Bedeutung, sondern unterschiedslos alle Fluchtlinien- und Enteignungspläne der Gemeinden. Zwar schweben Wiederaufbau-Absichten in Dinant, Namur, Löwen, Aerschot, Mecheln, Antwerpen und an anderen Orten. Zu einer Verwirklichung sind sie aber noch nirgends in nennenswertem Umfang herangereift. Es ist ein begreiflicher Zustand mißmutiger, hoffender oder hoffnungsloser Untätigkeit, aus welchem sich nur hier und da eine gewisse Bewegung empor arbeitet. In den Trümmerfeldern der Städte sind zahlreiche Holzschuppen für Geschäfts- und Wohnzwecke entstanden, auch „Provisorien“ aus Mauerwerk, die auf lange Dauer berechnet zu sein scheinen. Die Zahl eigentlicher Neubauten ist dagegen sehr gering. Zu rühmen ist der ansehnliche Wiederaufbau von Gehöften und ländlichen Wohnhäusern in der Provinz Luxemburg. Die deutsche Verwaltung ist genötigt, sich auf die „kleinen Mittel“ geldlicher Beihilfe für Baugenossenschaften, sachlicher Beratung der Gemeinden und behördlicher Anregung aller Art zu beschränken. Immerhin hat sie in den Haushalt Belgiens für 1916 den Betrag von zwei Millionen Franken für eine solche Förderung der Bautätigkeit eingesetzt. Auch hat sie die Gemeinden zur Aufstellung von Wiederaufbau-Plänen, zur Verbesserung der ganz ungenügenden Bauordnungen und — auf Grund des belgischen Gesetzes vom 28. Mai 1914 — zum Erlass von Ortsstatuten gegen Verunstaltung wiederholt aufgefordert. Die Erfolge sind

nicht übermäßig groß, aber unter Berücksichtigung der herrschenden Stimmung doch nicht ohne Bedeutung.

Für Löwen liegen eine beträchtliche Zahl von Planversuchen vor, deren kurze Betrachtung ein gewisses Interesse bieten mag. Die Abbildungen 1 und 2 (S. 250) zeigen den Grundriß der Stadtmitte vor und nach dem Einbruch der Bahnhof-Straße. Seit langer Zeit — vergl. den Aufsatz des Unterzeichneten in der „Deutschen Bauzeitung“ 1877, Seite 133, — wird darüber geklagt, daß das zierliche Rathaus durch seine Verwendung als Schlußpunkt der 1500<sup>m</sup> langen Bahnhof-Straße in künstlerischer Hinsicht stark gelitten habe. Nun ist die ganze Umgebung des Rathauses mit Einschluß der Bahnhof-Straße in Trümmer gelegt\*\*) und die Gelegenheit geboten, beim Wiederaufbau jene städtebaulichen Fehler wieder gut zu machen. Um diesen Punkt drehen sich alle Planversuche in den Abb. 3 bis 9\*\*\*), deren Ausführungswert leider nur unvollständig beurteilt werden kann, weil in den Plänen die Zerstörungs- und Eigentums-Grenzen nicht angegeben sind, auch die Straßenbahnlinien fehlen. Nach Thiery-Vermeylen soll beim Wiederaufbau die Schlußstrecke der Bahnhof-Straße nach Süden abgelenkt werden (Abb. 3), während Van Dormael die Abbiegung nach Norden vorschlägt (Abb. 4). Knauer (Abb. 5), Dumont (Abb. 6) und Francotte (Abb. 7) wollen die Schlußstrecke spalten, sodaß die vom Bahnhof kommende gerade Linie durch ein neues Bauwerk von hinreichender Größe geschlossen werden soll. Der Francotte'sche Entwurf schien eine Zeit lang der Ausführung nahe zu sein, nachdem es einer amerikanischen Gesellschaft gelungen war, sich mit der Löwener Stadtverwaltung in Verbindung zu setzen. Die Gesellschaft wollte 30 Mill. Franken, wie es heißt, ohne Gewinnabsicht, für Erwerb und Bau aufwenden; die Verhandlungen sind indes gescheitert. Abb. 8 zeigt einen städtischen, dem Architekten Vingerød zuzuschreibenden Entwurf. Er hat der „Commission Royale des Monuments et des Sites“ vor-

\*) Hr. Frenzzen wurde als alter Baubeamter, Grässel als junger Städtebau-Spezialist bezeichnet.

\*\*) Vergl. Eugen Probst: Belgien, Eindrücke eines Neutralen, mit Abb., Zürich bei Orell Füssli, 1916.

\*\*\* Entnommen der Schrift des Professors R. Lemaire: La Reconstruction de Louvain. Löwen, Verlag von J. Wouters-Lox 1915.

1. St. Peter.
2. Rathaus.
3. Table ronde.
4. Universität.
5. Bibliothek.
6. Brauerhaus.
7. Kollegiums-Gebäude.

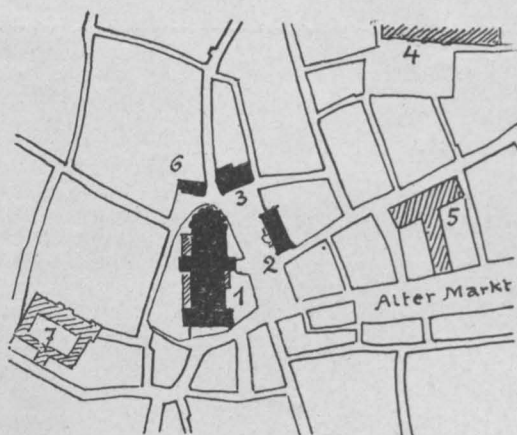


Abb. 1. Der alte Stadtgrundriß von Löwen.

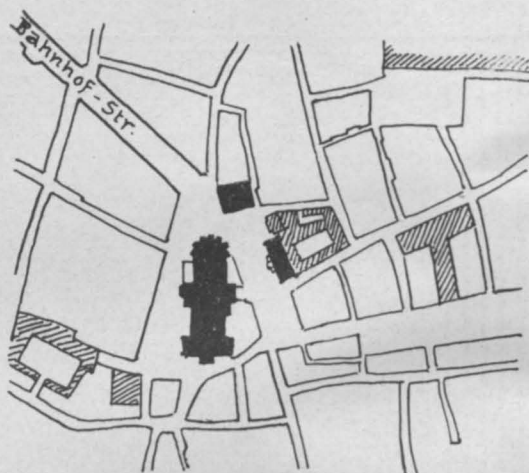


Abb. 2. Grundriß seit Anlage der Bahnhof-Straße.

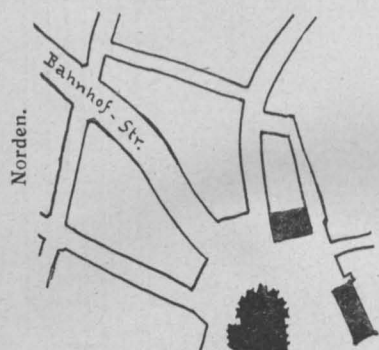


Abb. 4. Vorschlag van Dormael.

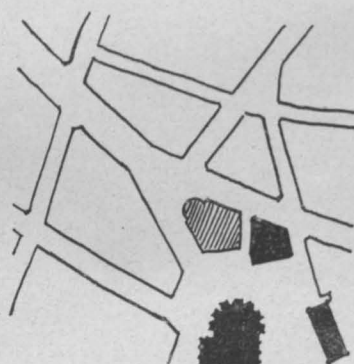


Abb. 5. Vorschlag Knauer.

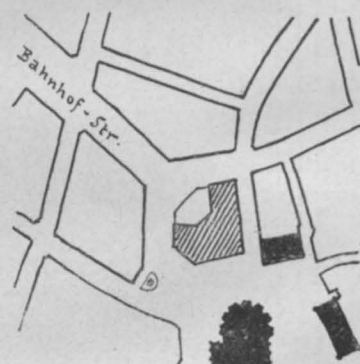


Abb. 6. Vorschlag Dumont.

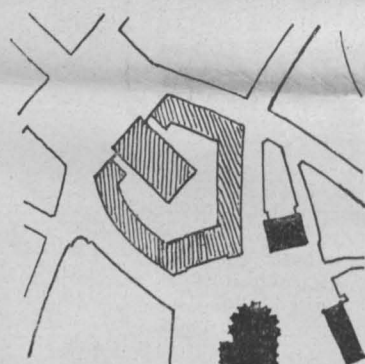


Abb. 7. Entwurf Francotte.

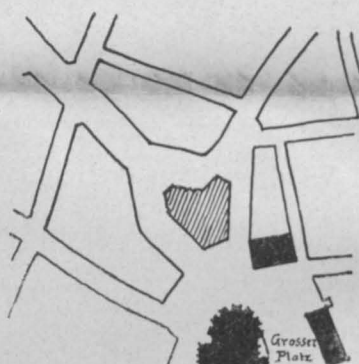


Abb. 8. Entwurf des städtischen Fluchtlinien-Ausschusses.

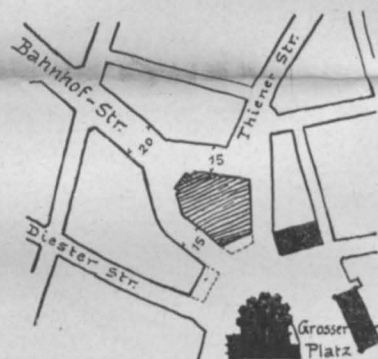


Abb. 9. Abänderung des städtischen Entwurfes durch die Commission Royale des Monumentes et des Sites.

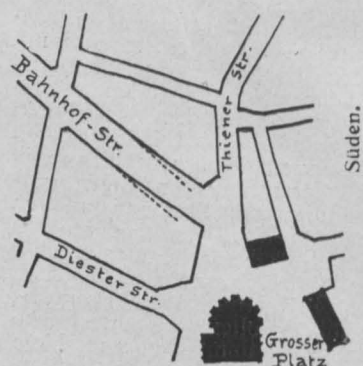
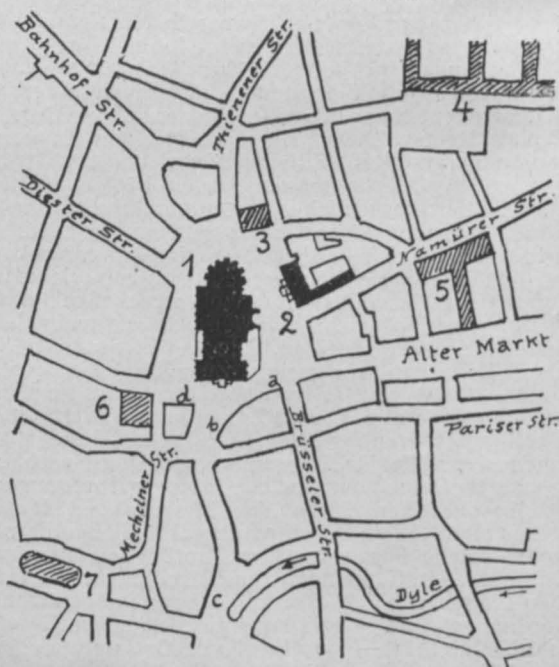


Abb. 3 (links).  
Vorschlag  
Thierry-Vermeulen.

Abb. 10 (rechts).  
Übersichtsplan zum  
Abänderungs-Entwurf der  
Commission Royale.

1. St. Peter.
2. Rathaus.
3. Table ronde.
4. Universität.
5. Bibliothek.
6. Post.
7. Fischhalle.



gelegen und nach deren Prüfung die von dem städtischen Fluchtlinien-Ausschuß angenommene Gestalt der Abbildung 9 gewonnen. Die „Commission Royale“ ist eine Art Akademie des Bauwesens, die aber nicht bloß auf Ansuchen der Regierung ihre Tätigkeit ausübt, sondern auch den Gemeinden — unter Umständen gegen die Regierung — Rat erteilt. Von der deutschen Verwaltung ist ein Gegenvorschlag ausgearbeitet worden, sodaß die ganze Frage in der Schwebe ist. Selbstverständlich handelt es sich nicht bloß um die Wahl guter Straßenlinien, sondern ebenso sehr um den passenden bescheidenen Maßstab, um Art, Umriß und Haltung der Neubauten derart, daß sie in das Gesamtbild der alten Stadt sich einfügen und daß Peterskirche und Rathaus nach wie vor die beherrschenden Werke bleiben.



Bei 3 (in Abbildung 10) soll das ehemalige Gesellschaftshaus des sogenannten „Runden Tisches“ wieder aufgeführt werden, und zwar, wie man möchte (?), in den spätgotischen Formen des Mathias von Layens. Für die konvexe Front *ab* gegenüber der Westseite der St. Peterskirche hat Architekt Janlet die moderne Geschäftshausfassade in Abbildg. 11 vorgeschlagen, die nach unserem Dafürhalten nach Maßstab und Formen in das Löwener Stadtbild einen fremdartigen Mißklang bringen würde. Die konvexe Front *ab* und die geschlängelte Straßenführung *bc* (Abb. 10), die nie bestanden hat, sondern neu geschaffen werden soll, sind kaum zu billigen. Es sei auf die Lösung Jahrg. 1911 der „Deutschen Bauzeitung“, S. 713–714, hingewiesen. Ohne Beseitigung des häßlichen neuen Backsteingebäudes bei *a*, das vom Brand verschont wurde, kann von einer befriedigenden Gestaltung im Westen der Kirche keine Rede sein. Ebenso wenig ist es möglich, die vor dem Krieg ausgeführte Dyle-Korrektion unverändert bestehen zu lassen. In Mecheln schwebt die Frage des Wieder-

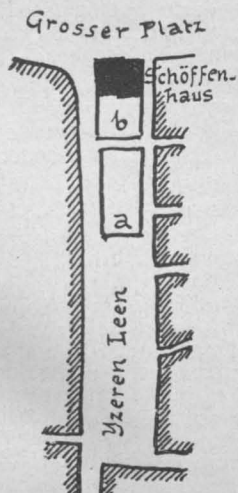


Abb. 12. Yzeren Leen-Platz in Mecheln.

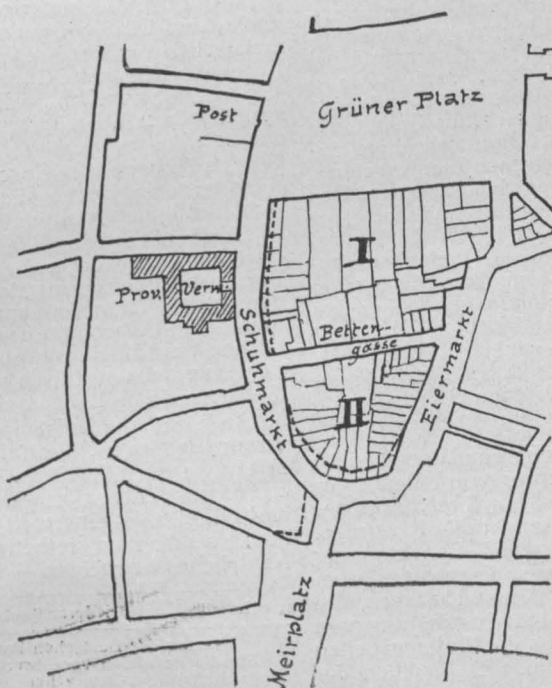
nen, in die Umgebung eingepaßten Neubau zu schließen.

Im Herzen von Antwerpen sind die Blöcke I und II (Abbildung 13) größtenteils zerstört; namentlich liegt die Nordseite der den Namen „Schuhmarkt“ tragenden Straße in Trümmern. Es ist das die schmale, bis auf 9,75 m sich verengende, verkehrsreiche Verbindung zwischen dem Meirplatz und dem Grünen Platz. Die Verbreiterung ist längst als notwendig erkannt und nur aus Geldgründen bisher aufgeschoben worden. Sie wird vermutlich beim Neubau der Häuser nach den punktierten Linien derart erfolgen müssen, daß im Hinblick auf das Doppelgleis der Straßenbahn eine Breite von 17–18 m gewonnen wird. Architekt de Lange bekämpft in einer im Nederland'schen Boekhandel zu Antwerpen erschienenen Schrift die Erbreiterung des Straßenteiles zwischen Bettengasse und Grünmarkt mit einem Wortschwall, der nur in französischer Sprache möglich ist, indem er glaubt, der Verkehrsschwierigkeiten Herr werden zu können



Abbildung 11. Entwurf des Architekten Janlet zu Neubauten an der Westfront der St. Peters-Kirche in Löwen.

aufbaues des Yzeren Leen-Platzes (Abb. 12), eines langgestreckten Marktplatzes, dessen zum Teil sehr schöne Umgebung vom Feuer zerstört worden ist. Den Querabschluß bei *a* bildete der reizvolle Barockgiebel des Gildenhauses der Bogenschützen. Die zwei kleinen Blöcke bei *a* und *b* sollen nach der Absicht der Stadtverwaltung, um größeren Marktraum zu gewinnen, nicht wieder aufgebaut werden. Infolgedessen würde das verhältnismäßig wenig beschädigte „Schöffenhause“, dessen Vorderseite dem Großen Platz zugewandt ist, mit seiner bisher eingebauten Rückseite den Yzeren Leen-Platz begrenzen, wofür es von Ursprung nicht bestimmt ist. Die Aufgabe des Wiederherstellers würde dadurch nicht erleichtert werden. Vielleicht wäre es geratener, auf die Freilassung der Blockfläche *b* zu verzichten und den Platzrahmen mit einem moder-



durch Spaltung des Straßenbahn- und sonstigen Verkehrs in den Schuhmarkt und in den Eiermarkt.

Fragen ähnlicher Art haben der Lösung in Namur und Dinant, in Lüttich, Visé, Aerschot, Lier, Dendermond und anderen Orten. Der Stand der deutschen Verwaltung gegenüber dem Wollen und Nichtwollen der Gemeinden und Privaten ist nicht leicht. Sie wird sich in ihren Entschlüssen und Maßnahmen gewiß mehr von den Pflichten leiten lassen, die ihrer völkerrechtlichen Stellung entspringen, als von der Absicht, der feindlichen Bevölkerung eine unwillig empfundene Bevormundung aufzudrängen. Aber auch in dieser Beschränkung sind ihre Aufgaben zum Teil

Abbildung 13 (links). Ausschnitt aus der Stadtmitte von Antwerpen.

von größter Wichtigkeit. Handelt es sich doch darum, dem schwer heimgesuchten Lande ein allmähliches Wiederaufleben zu erleichtern, das gewerbliche und kommunale Leben neu anzuregen, die Wunden im täglichen Erwerbs-

leben der Heilung entgegen zu führen, ohne dabei höhere Gesichtspunkte künstlerischer und technischer, hygienischer und — politischer Art aus den Augen zu verlieren. —  
J. Stübben.

### Vermischtes.

Bezug der „Deutschen Bauzeitung“. Es ist den Beziehern der „Deutschen Bauzeitung“ aus der politischen Tagespresse bekannt, daß die außerordentliche Anspannung aller wirtschaftlichen Verhältnisse das gesamte Zeitungsgewerbe in eine sehr schwierige Lage gebracht und es dazu gezwungen hat, den Bezugspreis schon seit längerer Zeit zum Teil sehr wesentlich zu erhöhen. Obwohl auch wir unter der Ungunst der bei der Herstellung unserer Zeitung obwaltenden Umstände schon lange zu leiden hatten, haben wir es dennoch bisher vermieden, im Bezugspreis unserer Zeitung eine Änderung eintreten zu lassen. Nun aber werden wir durch die unausgesetzte Erhöhung aller Ausgaben hierzu gleichfalls gezwungen. Wir werden jedoch die großen Mehrausgaben zum weitestgrößten Teil selbst tragen und unsere Abnehmer an denselben nur mit einem kleinen Bruchteil teilnehmen lassen. Es wird daher die „Deutsche Bauzeitung“, durch die Post beim Postamt des Wohnortes bestellt, ab 1. Juli 1916 statt bisher 4 M.

4 M. 18 Pfg. vierteljährlich

kosten. Vom gleichen Zeitpunkt ab stellt sich der Bezug unter Streifband unmittelbar vom Verlag auf

5 M. vierteljährlich.

Die Zeitung kann nur in vollen Kalender-Vierteljahren, nicht monatlich, bezogen werden. —

Die 28. Hauptversammlung der „Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst“ findet vom 17.—19. Juni 1916 in Cassel statt. Aus der Tagesordnung der öffentlichen Mitglieder-Versammlung heben wir folgende Gegenstände hervor: „Mitwirkung der Gesellschaft bei dem Wiederaufbau kriegsbeschädigter Orte in Ostpreußen“, Berichterstatter: Gartendir. Kube-Hannover; „Helden- und Erinnerungshaine. Der Volkspark als Kriegerdank. Weihestätten“, Berichterstatter: Gartenbaudir. Encke-Cöln, Gartenarch. Migge-Blankenese, Gartendir. Heicke in Frankfurt a. M.; „Krieger-Friedhöfe und Krieger-Grabstätten“, Verdeutschung fremdsprachlicher Ausdrücke in der Berufssprache des Gartengestalters“. Mit der Versammlung sind verbunden Besichtigungen des Aue-Parkes und der städtischen Anlagen in Schönfeld, des Aschrott-Parkes, der Anlagen in Wilhelmshöhe und von Schloß Wilhelmstal. —

Die Förderung des Oberrhein-Verkehres behandelte nach Basler Blättern der Ingenieur Gelpke in einem öffentlichen Vortrag: Die Ausarbeitung der Rheinschiffahrts-Entwürfe ist etwas verzögert worden dadurch, daß in Verbindung mit den geplanten Hafenanlagen bei Klein-Hüningen gleichzeitig der Gedanke der Erstellung eines Rheinkraftwerkes mit in die Studien eingeflochten werden mußte, was eingehende Erhebungen verursachte. Da der Regierungsrat Basel nicht auf die Einigung über das Kraftwerk mit Baden und dem Elsaß warten will, so hat er angeordnet, mit der baulichen Inangriffnahme der Hafenanlage bei Klein-Hüningen nicht mehr zu zögern und bei den baulichen Anordnungen heute schon dem später zu erstellenden Kraftwerk Rechnung zu tragen. Für das Kraftwerk geeignet hält man das bedeutende Gefälle der Baseltädtischen Stromkurve. Das Stauwehr fiele zusammen mit der badisch-schweizerischen Landesgrenze, etwa 170 m oberhalb der Hüninger Schiffbrücke. Das Turbinengebäude käme auf das Schweizer-Gelände. Vorgesehen sind 10—20 Turbinen von je 1000—3000 Pferdestärke. Von dem Handels- und Industriehafen soll zunächst das Notwendigste zur Ausführung kommen, so der Aushub, eine etwa 450 m lange Kaimauer, drei Gleise, zwei Krane ohne Werft- und Geländehallen. Der erste Ausbau des Beckens wird 1½ Mill. Franken erfordern. In Verbindung mit dem Handelsbecken, durch eine Schleuse von ihr getrennt, ist längs der Badischen Grenze ein Industriebecken von etwa 650 m Länge vorgesehen. —

Eine Bauabteilung der Verwaltung von Warschau ist ähnlich dem Beirat für die Verwaltung von Belgien vor einiger Zeit ins Leben gerufen und an ihre Spitze der Geh. Brt. Martin Neumann aus Berlin gestellt worden. Dieser Abteilung sind zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen alle Entwürfe zu Bebauungsplänen von Städten und Ortschaften, die Entwürfe zu Arbeiterhäusern, die Vorschläge zur Sicherung und Wiederherstellung von architektonisch wertvollen Gebäuden, die Umbauarbeiten und Neubauten von Dienstgebäuden einschließlich der

Universitäts- und Hochschulbauten, ferner alle Angelegenheiten der Bauberatung. —

### Tote.

Architekt Wilhelm Goschenhofer †. Im Frühjahr 1916 erhielten wir die Trauerkunde, daß Architekt Wilhelm Goschenhofer, der seit 5. Okt. 1914 vermißt wurde, an diesem Tag den Heldentod auf französischem Boden erlitten hat. Am 17. Febr. 1916 fand eine bayerische Patrouille bei St. Mihiel seine Ueberreste und barg sie in der darauf folgenden Nacht. Im Waldfriedhof zu St. Mihiel wurde der Tapfere zur letzten Ruhe gebettet.

Mit Wilhelm Goschenhofer hat unsere deutsche Architektenschaft wieder eine wertvolle Kraft verloren, ein Talent, das — noch im Werden begriffen — für die Zukunft Vorzügliches versprach.

Im Jahre 1883 in dem stillen, verträumten Gunzenhausen geboren, erlernte Goschenhofer nach dem Besuch der Realschule ein Bauhandwerk, um dann auf dem Technikum zu Hildburghausen dem Studium des Bauwesens sich zu widmen. Nach bestandener Reifeprüfung sollte er in einem kleinen Baugeschäft seine Kenntnisse als Bautechniker nutzbringend verwerten, und da ist es bezeichnend für seine aufstrebende Künstlernatur, daß er kurzerhand den ganzen Bettel hinter sich warf: Mit Skizzenbuch und Bleistift, mit einigen Groschen in der Tasche, zog er ins Land der Sehnsucht aller jungen Künstler, nach Italien. Frohen Mutes und sorgenfrei, wie es seinen hellen, kecken Augen entsprach, durchwanderte er das Land und wenn die Gelder gar zu knapp zu werden drohten, dann zahlte er durch Porträtierten der Familie der Gebirgsbauern Mahlzeit und Nachtlager.

Der Drang, sich künstlerisch weiter zu bilden, führte ihn an die Kunstgewerbeschule und an die Technische Hochschule zu München. Ein Jahr war er darauf am Münchener Garnisonbauamt tätig und kam dann in ein Privatatelier nach Kempten. Von 1908—1911 war Goschenhofer bei Prof. R. Berndl in München und unter bewährtester Leitung fand er hier Gelegenheit zu vielseitigster Ausbildung als Architekt und Kunstgewerbler und machte sich im Laufe der Zeit zum geschätzten Mitarbeiter seines Meisters. Von 1911—1912 war Goschenhofer dann mit einem Schweizer Architekten zusammen in Olten tätig und hat dort u. a. größere Kurhausbauten ausgeführt. Im März 1912 kam er an die Technischen Lehranstalten in Offenbach a. M. als Fachlehrer der Baugewerkschule und erhielt gleichzeitig an der Kunstgewerbeschule die Leitung einer Fachklasse für Innen-Architektur. Seine künstlerische Befähigung und seine vielseitige Ausbildung brachten die ihm anvertrauten Klassen außerordentlich rasch voran, er erzielte mit seinen Schülern ganz außerordentliche Leistungen.

Goschenhofers Kunst war echt süddeutsch, sie ging vorzugsweise auf malerische Wirkungen aus. Südbayerische und Tiroler Bauern- und Stadthäuser, die er so meisterlich zu skizzieren verstand, gaben ihm bei seinen Arbeiten vielfach die Anregung. Ein ernstes Studium und sicheres Beherrschen der Einzelheiten, ein ernstes Können sprachen aus allen seinen Werken, die er ganz prächtig darzustellen wußte.

Als Mensch war Goschenhofer eine heitere, sonnige Künstlernatur, ein begeisterter Naturfreund, der sich am wohlsten fühlte inmitten der Allgäuer Berge.

Ins Feld zog er als echter Bayer; in frischen und frohen Karten meldete er, wie er als Gefreiter der Bayerischen Eisenbahn-Baukompanie über Frankreichs Grenze gezogen. Mitte Oktober kam die Meldung er sei vermißt. Monate und Vierteljahre vergingen, ohne daß wir von ihm hörten, da wußten wir alle, wir sehen ihn nicht wieder. Seine Sprachkenntnisse und seine Verwegenheit hätten längst zu einem Lebenszeichen führen müssen.

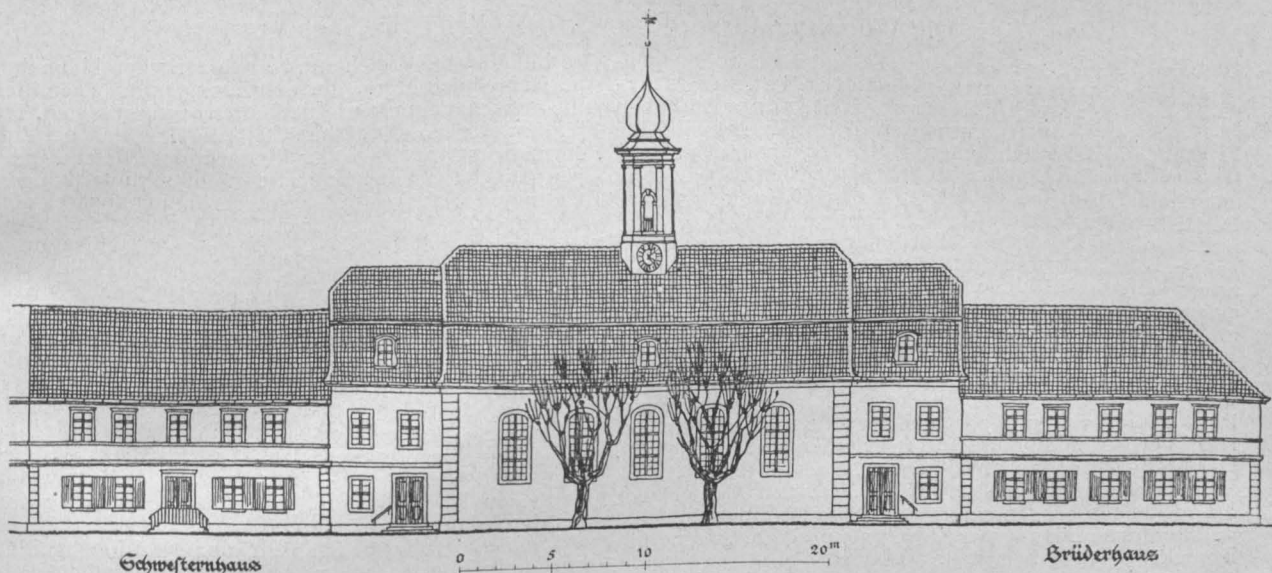
In Goschenhofer ist ein offener und ehrlicher Charakter von uns gegangen. Alle die ihm nahe standen werden ihn allzeit in warmem Gedächtnis behalten. So gar jung mußte er von uns gehen, aber wer Goschenhofer kannte, der hatte das Gefühl, er ist einer von den ganzen Männern, bei denen man, so sehr man sie betrauert, den Heldentod als etwas Natürliches betrachtet. —

Hugo Eberhardt.

Inhalt: Zum Wiederaufbau in Belgien. — Vermischtes. — Tote. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck-Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

## 50. JAHRGANG. № 49. BERLIN, DEN 17. JUNI 1916.

### Kriegsbeschädigten-Siedlungen.

Von Arch. Jos. Konert in Magdeburg. Hierzu die Abbildung S. 255.

**D**ie neueste Erscheinung auf städtebaulichem Gebiet ist die Kriegsbeschädigten-Siedlung. Von vielen Städten ist die Gründung derartiger Siedlungen schon in Erwägung gezogen, von einigen bereits beschlossen; voraussichtlich wird gleich nach Beendigung des Krieges, vielleicht auch schon während desselben, mit der Ausführung begonnen werden. Sie sind teils als Erweiterung vorhandener Vor- oder Gartenstadt-Anlagen, teils aber auch als selbständige, in sich abgeschlossene Siedlungen gedacht. Welche von den beiden Arten den Vorzug verdient, wird sich nur von Fall zu Fall entscheiden lassen, da für beide Vorzüge und Nachteile angeführt werden können.

Für die letztgenannte Art der selbständigen Siedlungen soll hier eine geschlossene, noch heute fast ursprünglich erhaltene Siedlung der Herrnhuter Brüder-Gemeine aus dem Jahre 1767 dargestellt werden, die als gutes Vorbild für eine Kriegsbeschädigten-Siedlung dienen kann.

Es ist die Siedlung Gnadau in der Provinz Sachsen, etwa 20 km südöstlich von Magdeburg. Ueber die schon damalige Eigenart der Siedlung soll hier ein Brief aus dem Jahre 1804 angeführt werden, der den Charakter derselben eingehend schildert.

„Ein Besuch in Gnadau 1804.“

Ich verließ Magdeburg sehr ungern und trat meine Reise nach Gnadau an. Von Schönebeck aus sieht man diesen neu angelegten Ort gleich vor sich liegen und wird durch die regelmäßige Bauart desselben sehr erfreut. Alle Häuser sind mit roten Ziegeln gedeckt und haben fast eine Größe. Sie sind auch fast alle zwei Stock hoch und größtenteils massiv gebaut. Der Gasthof liegt an der Leipziger- und Hallischen Dorfstraße. Er ist groß und geräumig, hat zwei Eingänge und einen ansehnlichen Hofraum, welcher auch sehr nötig ist, da öfter des Sonntags über 30 Wagen und gegen 100 Fremde aus den umliegenden Gegenden eintreffen. Die Häuser, deren 24 sind, sind in einem Karree gebaut, das mit Bäumen umpflanzt und mit Gras bewachsen ist, welches im Sommer einen sehr angenehmen Eindruck auf das Auge macht. Die Anzahl der Einwohner, die größtenteils aus Handwerkern und Fabrikanten bestehen, beläuft sich auf gegen 300 Personen. Die Reinlichkeit auf den Straßen und die Stille, die zu allen Zeiten des Tages auf denselben herrscht, ist musterhaft. Die Ursache davon ist, daß alle Einwohner mit dem größten Fleiße in ihren Wohnungen arbeiten und ohne Not zu keiner Zeit des Tages ausgehen. Man wird daher hier niemals, am allerwenigsten des Sonntags, Leute antreffen, die auf den Gassen herum-schwärmen. Denn es wird nicht leicht ein Einwohner in das Wirtshaus gehen, um sich daselbst bei einem Trunke Bier seine Zeit zu vertreiben. . . . .“

Noch heute ist dieser Brief fast vollinhaltlich zutreffend; abgesehen von einigen weniger erfreulichen Neubauten ist die ganze Anlage noch unversehrt erhalten. Der geschlossene und freundliche Eindruck wird durch den inzwischen prächtig entwickelten alten Baumbestand des Hauptplatzes und der Promenade noch erhöht, zumal auch die Gebäude im Laufe der Zeit durch die Witterungseinflüsse zu noch einheitlicherer Farbenwirkung gelangt sind.

Beim Verweilen auf dem schattigen Grünplatz oder beim Durchschreiten der Promenade drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, daß diese Anlage eingetragene ideale Vorbild für eine Kriegsbeschädigten-Siedlung darstellt. Hier ist alles auf Ruhe und Erholung gestimmt, kein gepflasterter Marktplatz, über den geräuschvoll die Wagen rattern, sondern ruhige, mit geschnittenen Hecken eingefasste Rasenflächen, die mit schattigen Linden umstanden sind. Die schattige Fußgängerpromenade, die rings die Siedlung umschließt, bietet den Bewohnern nach getaner Arbeit Gelegenheit zu einem Spaziergang; auf ihr laden zahlreiche aufgestellte Bänke zum Ausruhen ein.

Außer diesen hier angeführten Vorzügen sollen die Kriegsbeschädigten-Siedlungen auch im Aufbau ein einheitliches, würdiges Aussehen erhalten. Die beiden Hauptgebäude — Kirche und Schule — sollen den Grundton bilden, alle übrigen Gebäude müssen hierzu harmonisch abgestimmt werden, damit im Aufbau nicht solche Mißklänge entstehen, wie sie leider in vielen unserer, im Grundplan gut angelegten Gartenstädte, durch das Streben der Bewohner, den Nachbar zu überbieten, hervorge-rufen sind.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht soll eine derartige Siedlung möglichst selbständig sein. Schon um den Bewohnern weite Wege zu ersparen, müssen sie Gelegenheit haben, die zum täglichen Bedarf erforderlichen Gegenstände, namentlich Nahrungsmittel, gleich im Ort einzukaufen zu können. Hierzu bedarf es keiner prunkenden Läden mit großen Schaufenstern und Reklameschildern, sondern ein einfacher Hinweis durch ein Aushängeschild mit Berufsabzeichen genügt vollat.

In einer unter diesen Gesichtspunkten angelegten Siedlung sollen und werden sich unsere Krieger, die fürs Vaterland geblutet haben, wohl fühlen und in Ruhe und Frieden schaffen können; auch wird hier ein gesundes und kräftiges neues Geschlecht aufwachsen zum Wohl unseres deutschen Vaterlandes. —

\*) Aus: „Die Brüder“, herausgegeben von Otto Ullendörfer und Walter Schmidt. Gedruckt in der Unitätsdruckerei in Gnadau 1914.

## Die Wohnungsfürsorge nach dem Krieg in Sachsen.

**D**er „Heimatschutz“ und die ihm angegliederte „Zentralstelle für Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen“ haben es unternommen, weiteren Kreisen in eine der wichtigsten Aufgaben unserer ersten Zeit Einblick zu geben, deren richtige Lösung entscheidend für des deutschen Volkes Zukunft sein wird. Der tiefgreifende Einfluß der Wohnung auf die körperliche und seelische Volksgesundheit hat in den letzten Jahrzehnten in Erfahrung und Statistik so unumstößliche Beweise seiner weitreichenden Bedeutung gewonnen, daß es nicht zu verwundern ist, wenn angesichts der allgemeinen Sorge um die Erhaltung und Stärkung unserer Volkskraft von Sachkundigen gerade seine volle Berücksichtigung in tatkräftiger Weise vor der Öffentlichkeit vertreten wird, wie ihm in der sächsischen Ständevertretung die gebührende Beachtung durch eine Reihe von Anträgen aus allen Parteien erfreulicher Weise gezollt ist. Der stellvertretende Vorsitzende der Zentralstelle, Prof. Dr. med. Heinrich Kraft, war berufen, den Bericht über die vielfachen Fragen zu erstatten, die für eine möglichst vollkommene Lösung des Siedelungsproblems fernerhin Berücksichtigung heischen.

Von jener Wohnungsnot ausgehend, die nach dem letzten großen Krieg das deutsche Volk betraf, 2 Jahre nach Friedensschluß in Berlin zu Barrikadenbau und Todesopfern führte, untersuchte der Vortragende die Frage, ob Wohnungsmangel auch jetzt wieder zu befürchten sei und bejahte diese Frage übereinstimmend mit Sachkundigen aus dem Baumarkt. Trotz unserer Verluste sei bei dem bisherigen jährlichen Bedarf von 200000 neuen Wohnungen angesichts der Minderherstellung solcher schon in den letzten Jahren, erst recht nun in den Kriegsjahren, insbesondere was die zu 75 % erforderlichen Kleinwohnungen betrifft, ein Mangel unausbleiblich, sobald die Millionen unserer Krieger heimkehren und mit der Begründung eigener Hausstände aller der Kriegsgetrauten, der erfahrungsgemäß zu erwartenden Zunahme der Eheschließungen, der Abwanderung aus teuren in billigere Wohnungen, der in Aussicht stehenden Rückwanderung, der Bedarf das Angebot an Kleinwohnungen weit übersteigen werde.

Die schon vor dem Krieg vorhandene Schwierigkeit der Geldbeschaffung selbst für Großwohnungen geschweige denn für die beim Unternehmertum mangels großer Gewinnaussichten wenig beliebten Kleinwohnungsbauten werde angesichts der Erhöhung des Zinsfußes, der Unübersichtlichkeit der Geschäftsentwicklung nach Ort und Zeit, der Festlegung der Milliarden in sicheren, bestverzinsten Kriegsanleihen, der Verteuerung des Bauens um etwa 25–30 %, weitere Erschwerung erfahren, wie das Hausbesitzertum ja jetzt schon sorgenvollste Zeiten in Bangen um die Belassung und Verzinsung der bisherigen Hypotheken durchlebe. Der Fluch der auf über 75 Milliarden angewachsenen, vielfach spekulativ hoch getriebenen Bodenverschuldung ohne genügende Tilgung mache sich nun für unser Wohnwesen bedrohlich geltend; für die Bau- und Siedelungstätigkeit schon der nächsten Zeit müßten Wege gefunden werden, sie nicht in gleicher Weise weiter zu belasten. Gesunde Bodenpolitik der Gemeinden zur Niederhaltung des Baulandpreises durch genügende Konkurrenzfähigkeit auf dem Grundstücksmarkt, Aufstellung wohl überlegter Bebauungspläne nach den mehr und mehr zu allgemeiner Anerkennung gelangten Grundsätzen der neuzeitlichen Städtebau- und Siedelungskunst, Trennung von breiten Verkehrs- und Geschäftsstraßen und schmalen, damit billigen Wohnstraßen zur Minderung der Anliegerkosten unter Gewinnung von Gartenland, Erleichterung der Bauvorschriften für Kleinhausbau, wie es in vorbildlicher Weise durch die Verordnung des Sächs. Ministeriums des Inneren vom 10. Nov. 1913 geschah, die weit größere Beachtung verdiente, auf dem Lande Rückkehr zur Schlichtheit und Natürlichkeit der heimischen Bauweise fanden in ihrer Bedeutung für wirtschaftliche Siedlungsform ihre Würdigung.

Übernahme der wesentlichen Volksschulasten von den Gemeinden auf den Staat bei der zu erwartenden Schulreform sei eine Grundbedingung für die Dezentralisierung des Siedelungswesens, da die bis über 400 % der Staatseinkommensteuer reichende Schullast kinderreicher, ländlicher und kleinstädtischer Gemeinden die Wohnungs-

Verbilligung ausgleiche und zu steuerlichen Maßnahmen der Gemeinden führe, die den Zuzug minder bemittelter kinderreicher Familien fernzuhalten bestimmt seien. Trage der kinderreiche Minderbemittelte die Hauptlast der Volksvermehrung, so trage der kinderärmere Reiche in billiger Ausgleich die Hauptlast der Volksschule, um so die bisherige Erschwerung der Unterbringung unseres Volkswachstums zu vermeiden. Würdigung fanden dann die Vorschläge Beusters, der eine Organisation des deutschen Siedelungswesens befürwortet mit Reichssiedelungsbank und Reichssiedelungsamt, Landes-, Kreis-, Bezirks- und Ortschaftsämtern, Geldbeschaffung für Kleinwohnungen durch gesetzliche Zwangsstellung entsprechender Anlageteile ( $\frac{1}{3}$ — $\frac{2}{3}$ ) der Hypothekenbanken, Sparkassen, Lebensversicherungs- und Landesversicherungsanstalten, der bisher recht privatkapitalistisch gerichteten Reichsversicherungsanstalt, der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, Ausbau des Reichsbürgschaftsfonds ohne Beschränkung auf Staatsangestellte, ähnliche Erweiterung des Kleinwohnungsbaufonds des Reichsamtes des Inneren.

Soll die Frage für Sachsen, ohne auf Reichshilfe zu warten, in Angriff genommen werden, so sei die Übernahme des Gedankens genügend reich fundierter Bürgschaftsfonds für nachstellende Hypotheken durch Staat, Bezirksverbände, Gemeinden dringend zu empfehlen, zugleich der Zwang der dort auf staatlicher Zulassung begründeten Sparkassen, auch der sächsischen Hypothekenbanken, mindestens 25 % der Einlagen gerade für die bisher verkürzten Kleinwohnungszwecke verfügbar zu halten.

Wäre durch jene Bürgschaftsfonds die zweite Hypothek zur Mündelsicherheit zu erheben und damit auch das Privatkapital wieder in vermehrtem Maß für diese Darlehensform zu gewinnen — fast eine nötige Voraussetzung des Gelingens genügender Kleinwohnungs- und Kleinhäuserstellung — so bliebe für die schweren Zeiten der Bauverteuerung die Frage eines Zinsenergänzungs-Fonds zu erwägen. Mit 1 Million M. jährlich wäre die Verzinsung von 100 Millionen M. Baukapital auf einen für Kleinwohnungen erträglichen Hypotheken- und Mietzinsstand herabzudrücken, der mit einer drohenden Mietzinssteigerung der Kleinwohnungen gegebenen Gefahr beträchtlicher Lebensnot für unsere Minderbemittelten zu steuern.

Um auch Pflichten der Mieter den Pflichten der Hausbesitzer gegenüber zu einem wirtschaftlichen Ausgleich zu bringen, schlägt der Vortragende Mietergenossenschaften mit Mietssparkassen vor, die gegen vertragliche Bereitstellung gesunder, preiswerter Kleinwohnungen die Sicherung der Mietszahlung einzusetzen hätten. Die Hebung der Wohnsitten als Mittel, dem Privatkapital die Beteiligung zu diesen Zwecken näher zu bringen, fand berechnete Forderung.

Und nun führte der Redner zu der allernächsten Pflicht auf dem Wohnungsgebiet: Der Sicherung von Heimstätten nicht für alle darumwerbenden Kriegsteilnehmer — die materielle Last wäre zu groß, da Billigkeit dann die Verallgemeinerung auf Alle erheischte, die dem Vaterland jetzt ihre Kräfte opfern! — aber in der Richtung auf das Ziel eines Heimstättenrechtes die Sicherung des gesunden Heimes für unsere Kriegsbeschädigten. Daß die Ansiedlung von nur 10 000 Invaliden in Sachsen in Stadt und Land die Summe von 65 Millionen M. erfordern würde, zeigt die Größe der Aufgabe. Aber auch dafür seien Mittel und Wege zu schaffen, wenn nur die Verpfändung eines Teiles der 140 M. betragenden Kriegszulage in Höhe von 40 M. zur Verzinsung und Tilgung nachstelliger Hypotheken auf Heimstätten und Kleinwohnungen ermöglicht werde. Die Hilfe der Landeskultur-Rentenbank, von Frauen- und Heimdank, des Kriegsfürsorgefonds der Landesversicherungs-Anstalt gestatte auch da vielleicht ohne Reichshilfe, ohne eine Bereitstellung von zunächst 100 Millionen M. aus Reichsmitteln, die mit einem Schlag Hilfe brächte, auf diesem Gebiet heißer Dankespflicht die unabweisbare Siedelungs- und Wohnungsaufgabe zu erfüllen, wenn private und kommunale Stiftungen dazu helfen, im Krieg gefallenen Teuren ein segenspendendes Andenken an unsere Helden zu bereiten, ehrenvoller als Marmor und Erz durch Gründung von Heimstätten für Invaliden, aus denen für verlorenes Leben neues, kraftvolles sprießen könnte für Volk und Vaterland. —

### Vermischtes.

Bezug der „Deutschen Bauzeitung“. Es ist den Beziehern der „Deutschen Bauzeitung“ aus der politischen Tagespresse bekannt, daß die außerordentliche Anspannung aller wirtschaftlichen Verhältnisse das gesamte Zeitungsgewerbe in eine sehr schwierige Lage gebracht

und es dazu gezwungen hat, den Bezugspreis schon seit längerer Zeit zum Teil sehr wesentlich zu erhöhen. Obwohl auch wir unter der Ungunst der bei der Herstellung unserer Zeitung obwaltenden Umstände schon lange zu leiden hatten, haben wir es dennoch bisher vermieden, im Bezugspreis unserer Zeitung eine Änderung eintreten



zu lassen. Nun aber werden wir durch die unausgesetzte Erhöhung aller Ausgaben hierzu gleichfalls gezwungen. Wir werden jedoch die großen Mehrausgaben zum weit-aus größten Teil selbst tragen und unsere Abnehmer an denselben nur mit einem kleinen Bruchteil teilnehmen lassen. Es wird daher die „Deutsche Bauzeitung“, durch die Post beim Postamt des Wohnortes bestellt, ab 1. Juli 1916 statt bisher 4 M.

4 M. 18 Pfg. vierteljährlich

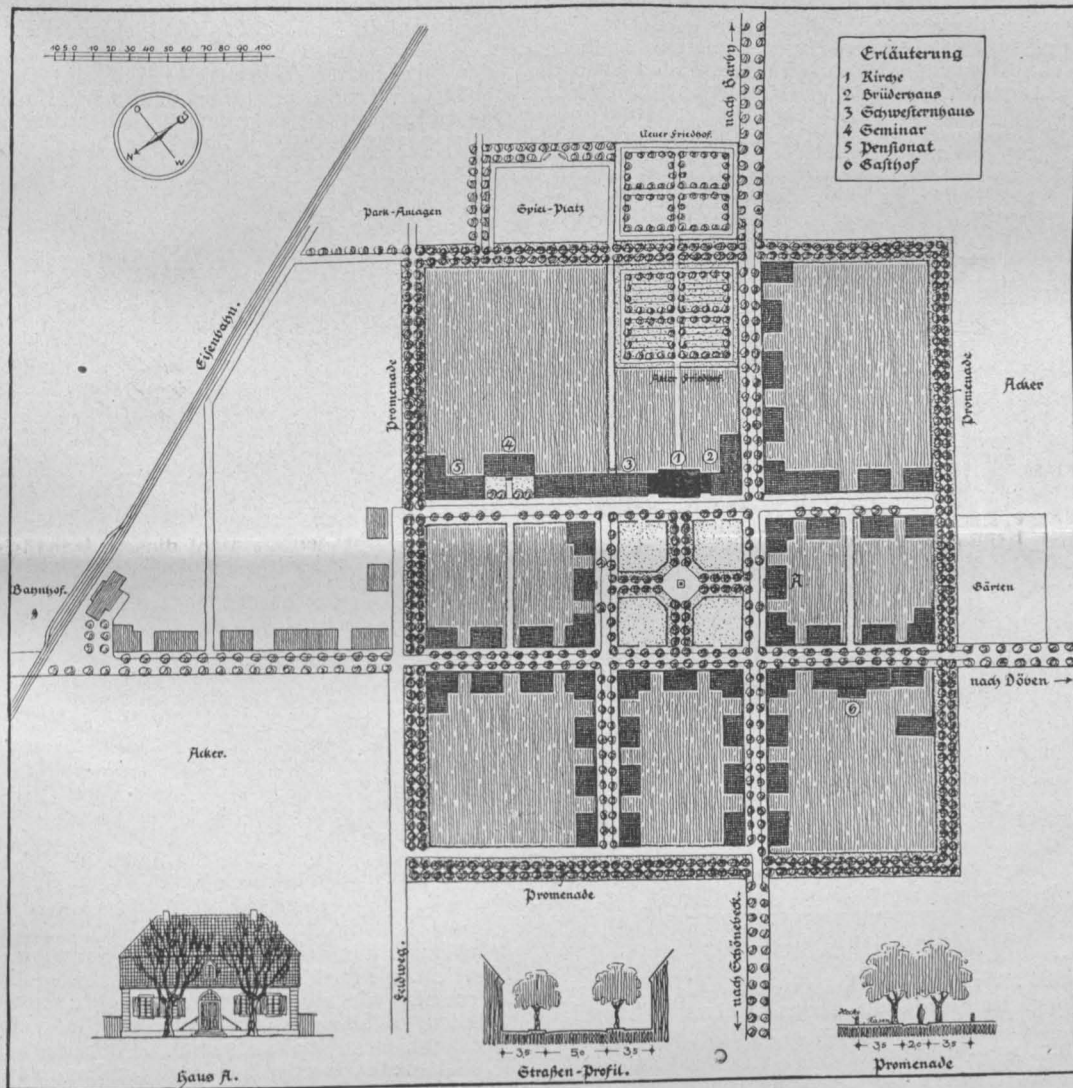
kosten. Vom gleichen Zeitpunkt ab stellt sich der Bezug unter Streifband unmittelbar vom Verlag auf

5 M. vierteljährlich.

Die Zeitung kann nur in vollen Kalender-Vierteljahren, nicht monatlich, bezogen werden. —

Der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen will ein Mittelpunkt sein für alle Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnungswesens der minderbe-mittelten Bevölkerung in Groß-Berlin sowie der

Die Universitätsbauten in Frankfurt am Main. Nach-dem die Hauptbauten der neuen Universität durch Franz von Hoven und Ludwig Neher ausgeführt worden wa-ren, noch als Bauten für die Senckenberg-Stiftung, machte die Begründung der Universität Erweiterungs- und Neu-bauten notwendig. Einen Erweiterungsplan für die Bauten an der Viktoria-Allee hatte noch Ludwig Neher verfaßt, konnte ihn aber wegen Kränklichkeit nicht mehr ausführen. Für ihn trat der Architekt Alfred Günther ein. Er leitete die Erweiterung des Naturhistorischen Museums und die Errichtung eines Gebäudes für Vor-lesungen. Man hatte ursprünglich geglaubt, die Vor-lesungen in den Vortragssälen des Naturhistorischen Mu-seums abhalten zu können, es stellte sich jedoch bei Ab-schließung des Universitätsvertrages heraus, daß eigene Vorlesungsräume unerlässlich sein würden. Im Spätherbst 1913 begannen die Arbeiten für das Kollegiengebäude. Im gleichen Jahre erhielt Geh. Brt. Walbe in Darmstadt den Auftrag zur Ausführung eines Chemischen Institutes auf einem Gelände jenseits des Kettenhof-Weges, das 1915



Kriegsbeschädigten-Siedelungen. Gnaau. Siedelung der Herrnhuter Brüder-Gemeine. Gegründet im Jahre 1767.

Mark Brandenburg und arbeitet nach dem nachfolgenden Programm: 1. Nachweis gesunder Kleinwohnungen, 2. Förderung der gemeinnützigen und privaten Bautätigkeit, 3. Planmäßige gemeinnützige Vermittlung öffentlicher Gelder für den Kleinwohnungsbau, 4. Beratungsstelle über Ansiedelungsfragen für Handel und Industrie, 5. Förderung des Kleingartenbaues, 6. Beschaffung guten und billigen Hausgerätes, 7. Herausgabe von Druckschriften und Flugblättern.

Zur Beratung und unentgeltlichen Benutzung dienen den Mitgliedern: 1. Sammlung von Typengrundrissen, 2. Sammlung von Bauplänen, 3. Sammlung von Abbildungen guten Hausgerätes und Nachweis von Bezugsquellen, 4. Archiv für Städtebau, Wohnungswesen, Sozialpolitik und Wirtschaftswesen, 5. Büchersammlung, 6. Lichtbildersammlung, 7. Veranstaltung von Studienreisen und Besichtigungen von Kleinwohnungsanlagen in Deutschland. —

eröffnet wurde. Gleichzeitig wurde den wissenschaftlichen Instituten der großen Krankenhaus-Anlage in Sachsen-hausen die für eine Universität nötige Ausdehnung ge-gaben. Es entstanden hier in den Jahren 1910—1913 eine Reihe von Sonder-Kliniken, das Theodor Stern-Haus, die große Senckenbergische normale Anatomie, sowie mehrere Verwaltungsgebäude. Es ist eine große Gruppe medizi-nischer Bauten, die in den Jahren 1884—1915 auf dem aus-gedehnten Gelände zwischen Main und Paul Ehrlich-Straße entstanden sind. Am 26. Oktober 1914 wurde die „Hochburg des Geistes“, wie Adickes seine Schöpfung nannte, mit 618 Studierenden und 377 Hörern eröffnet. —

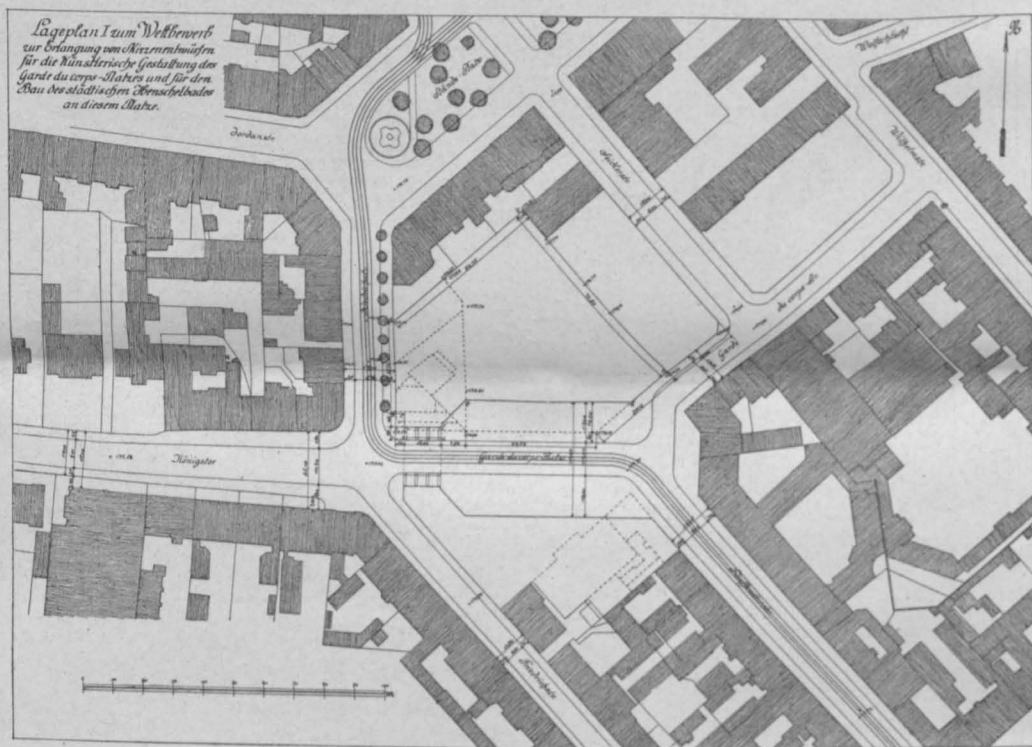
Talsperren im Harz im Oker- und Bodetal zu bauen, ist ein Plan, der bereits seit längerem verfolgt wird. Seine Durchführung wird von einer „Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harz“ mit besonderem Nach-druck erstrebt. Gelegentlich der im Januar d. J. in Berlin

abgehaltenen Versammlung des „Ausschusses zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals, Magdeburg“ ist auch diese Frage erneut berührt worden, da sich für die eine der beiden zwischen Hannover und Magdeburg möglichen Linien, die Südlinie, die Wasserversorgung der Scheitelhaltung des Kanals auf der Voraussetzung des Zustandekommens des Talsperrenplanes aufbaut. Danach ist im Tal der Oker bei Romkerhall ein großes Sammelbecken mit einem Rauminhalt von 26 Mill. cbm geplant und im Tal der Ecker, einem Nebenfluß der Oker, ein solches von 8,3 Mill. cbm. Im Bodetal ist ein Staubecken von 53,4 Mill. cbm in Aussicht genommen, sodaß diese 3 Staubecken zusammen rd. 88 Mill. cbm aufspeichern können. Ihre Kosten sind auf 25 Mill. M. geschätzt. Die Becken sollen einerseits dazu dienen, durch Regelung des Abflusses die bisherigen, nicht unbeträchtlichen Hochwasser-Schäden zu beseitigen, andererseits zur Kraftgewinnung. Nach vorläufigen Berechnungen können von den Talsperren der Oker 1500, der Ecker 600, der Bode 6240, zusammen also 8340 PS bei 24 stündigem Betrieb gewonnen werden. Ein Teil des Wassers würde bei etwaiger Ausführung der Südlinie des Mittellandkanals für diesen zur Speisung nötig werden, der ablaufende Rest käme wieder den Triebwerken unterhalb der Sperre zu gut, da namentlich in Oker und Ecker die geringen Niedrigwasserstände beträchtlich aufgehöhht werden könnten. Um Unterlagen für die Wassermengen zu gewinnen, sind seit Jahren im Oker- und Bodetal Regenstationen und Pegel-Meßhallen in Betrieb. —

sich für die Neugestaltung des Garde-du-Corps-Platzes wichtige Hinweise.

An der Nordseite des Platzes nun soll das dem Wettbewerb zugrunde liegende Schwimmbad errichtet werden. Welcher Art die an der Südseite zu errichtenden Gebäude sein werden, steht noch nicht fest. Bei der Aufstellung des Entwurfes ist aber damit zu rechnen, daß für die Bebauung auch dieser Seite öffentliche Gebäude in Frage kommen. Während also der Gestaltung der Außenseiten der an der Südfront zu errichtenden Gebäude bestimmte Anhaltspunkte hinsichtlich der Grundrisse nicht zugrunde gelegt werden können, ist das bei dem an der Nordseite zu errichtenden Bau der Schwimmhalle der Fall. Es ist daher Rücksicht darauf zu nehmen, daß die Schwimmhalle sich in den Gesamtcharakter des Platzes einpaßt und den architektonischen Abschluß der Fünffenster-Straße bildet.

Aus den Entwürfen muß weiter hervorgehen, wie eine geschlossene Raumwirkung des Platzes zu erzielen ist. Die Entwürfe müssen daher auch darüber Aufschluß geben, ob und in welcher Weise die die Mitte des Platzes bildende Straße überbaut werden soll. Für die Platzgestaltung gibt der Lageplan hierunter Anhaltspunkte. Die Bedingungen bemerken aber ausdrücklich, daß es den Teilnehmern am Wettbewerb überlassen bleiben solle, außer einem Entwurf auf Grund dieser Vorlage auch anders geartete Entwürfe einzureichen. Diese Freiheit wird das Interesse an der anregenden Aufgabe nur erhöhen.



## Wettbewerbe.

Zum Wettbewerb um Entwürfe für die künstlerische Gestaltung des Garde-du-Corps-Platzes in Cassel, den wir in No. 47 angezeigt haben, ist noch Folgendes zu dem Programm zu erwähnen:

Der Wettbewerb ist ein bemerkenswertes Glied in der Reihe der erfolgreichen Bestrebungen, auch dem Cassel unsere Tage nach Möglichkeit die städtebauliche Einheit zu verleihen, die das Cassel der Barock- und Empire-Zeit auszeichnet. Der Wettbewerb verfolgt demnach zwei Ziele: er erstrebt einmal die künstlerische Gestaltung des Garde-du-Corps-Platzes, der eine neue Form erhalten hat; zum Anderen einen Entwurf für eine an der Nordseite dieses Platzes zu errichtende Schwimm- und Badeanstalt. Der Garde-du-Corps-Platz bildet einen Teil der Oberneustadt und es wird verlangt, daß die Architektur der an ihm zu errichtenden Gebäude, auch die des Schwimmbades, sich dem Charakter dieses nach einheitlichem Plan entstandenen Stadtteiles anpaßt. Aus dem Stadtplan geht hervor, daß der Platz der Treffpunkt einer Reihe wichtiger Straßenzüge ist, vor allem treffen auf ihn das Königstor und die südliche Verbindung mit dem Ständehaus-Platz. Der Platz liegt aber auch in unmittelbarer Nähe des Wilhelm-Platzes, auf dem sich die beiden großen Straßenzüge Obere Königs-Straße und Wilhelmshöher-Allee schneiden. Aus diesen Beziehungen ergeben

Das Raumprogramm für die Schwimm- und Bade-Anstalt, die für Männer wie für Frauen bestimmt ist, entfernt sich nicht von dem Raumprogramm ähnlicher Anstalten, sodaß zu besonderer Besprechung ein Anlaß nicht vorliegt. Das Arbeits-Ausmaß ist in erträglichen Grenzen gehalten: Es werden verlangt ein Lageplan des Platzes 1:500, die geometrischen Innenseiten des Platzes und der vom Königstor aus sichtbaren Außenseite der Bauwerke 1:200; zwei Schaubilder auf der Grundlage des Maßstabes 1:200. Die Zeichnungen zu der Schwimm-Anstalt sind durchweg 1:200 verlangt und auf das Notwendige beschränkt. Die Stadt Cassel ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die preisgekrönten und angekauften Entwürfe für die Ausführung zu benutzen. Es wird in Aussicht genommen, die Ausführungspläne durch einen der Preisträger herstellen zu lassen, doch ist die Entscheidung vorbehalten. Cassel hat aber ähnliche Zusagen stets in loyaler Weise erfüllt. Die Bearbeitung des technischen Teiles des Entwurfes und die Bauausführung besorgt das Stadtbauamt. Wir können unter diesen für die Wettbewerber günstigen Umständen die Teilnahme am Wettbewerb nur angelegentlich empfehlen. —

Inhalt: Kriegbeschädigten - Siedelungen. — Die Wohnungsfürsorge nach dem Krieg in Sachsen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





Kaserne und Kloster. Hinteransicht der Klostergebäude von Wiblingen bei Ulm.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 50. BERLIN, DEN 21. JUNI 1916.

## Das fehlende Schlußstück des Mittelland-Kanales.

(Schluß aus No. 44.)



orgfältige Untersuchungen über den auf dem Kanal zu erwartenden Verkehr, die Ertragsfähigkeit des Kanales und seine wirtschaftliche Bedeutung im Allgemeinen bilden den zweiten, umfangreicheren Teil der Denkschrift. Die Untersuchungen stützen sich auf amtliche Statistiken für das Jahr 1912 und auf Umfragen, die bei Handelskammern, Syndikaten und anderen Groß-Unternehmungen des Handels und der Industrie angestellt worden sind. Für die wichtigsten Massengüter — vor allem Steinkohle, Eisen und Stahl, Düngemittel, Salze, Kalk und Zement, Getreide und Mehl, Zucker usw. — die für den Uebergang auf den Kanal in Betracht kommen können, werden dessen Einflußgebiete festgestellt, d. h. die Grenzen, innerhalb deren für die in Betracht kommenden großen Umschlagplätze die Versendung der Güter auf dem Kanal auf Grund der Tarife usw. sich günstiger gestaltet als auf bestehenden Verkehrswegen, sodaß ein Anreiz für die Wahl des neuen Weges besteht. Vorausgesetzt ist bei dieser Berechnung, daß die Abgabentarife des Rhein-Weser-Kanales auch für den Mittelland-Kanal gelten und daß sämtliche z. Zt. geltenden Eisenbahntarife unverändert bleiben, daß also keine besonderen Tarifmaßnahmen zum Wettbewerb mit dem Kanal ergriffen werden.

Unter diesen Annahmen kommt die Denkschrift für das Jahr 1912, wenn der Kanal zu dieser Zeit in Betrieb gestanden hätte, auf der Nordlinie zu einem Gesamtverkehr von 8,414 Mill. <sup>t</sup>, für die Südlinie auf 8,885 Mill. <sup>t</sup>. Davon ist etwa die Hälfte als „Ortsverkehr“ zu betrachten, d. h. als Verkehr zwischen zwei am Kanal selbst gelegenen Orten, der also nur den

Wasserweg benutzt und nicht wieder auf Eisenbahnen umgeschlagen wird. Unter Berücksichtigung des Verkehrs, der dem bestehenden Rhein-Weser-Kanal durch das Schlußstück neu zugeführt wird, ermitteln sich dann Einnahmen von 16,8 Mill. M. für die Nordlinie, 18,3 Mill. M. für die Südlinie für das Jahr 1912. Um ein Bild von der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu gewinnen, werden dann aber noch Berechnungen für das Jahr 1922, als Eröffnungsjahr des nach dem Krieg neu zu bauenden Schlußstückes, angestellt, indem nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für die Verkehrszunahme auf verschiedenen Verkehrswegen für das Jahr 3 v. H. Zuwachs angenommen wird. Von dem so ermittelten Verkehr werden aber für das Eröffnungsjahr nur 30 v. H. zunächst in Ansatz gebracht, da sich erfahrungsgemäß der Verkehr neuen Wegen erst zögernd zuwendet, und erst nach 10jähr. Betrieb ist ein voller Uebergang aller der Güter auf den Kanal angenommen, die in sein Einflußgebiet fallen. Dann ergeben sich Verkehrszahlen für die Jahre 1922 und 1933 für die Nordlinie von 3,4 und 15,68 Mill. <sup>t</sup>, für die Südlinie von 3,58 und 16,52 Mill. <sup>t</sup> und bezügliche Einnahmen von 6,78 und 7,38 Mill. M., sowie 31,3 und 34,1 Mill. M.

Diesen Einnahmen stehen an Ausgaben gegenüber die jährlichen Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten, sowie die Aufwendungen für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitales mit <sup>4 1/2</sup> v. H. Die ersteren sind bereits am Schluß unserer Ausführungen in No. 44 mit 820 000 M. für die Nordlinie, 700 000 M. für die Südlinie angegeben, während sich die Zins- usw. Aufwendungen auf 5,66 und 6,74 Mill. Mark stellen. Hiernach würde sich schon im ersten Betriebsjahr für beide Linien ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben ergeben, während nach 9 Betriebsjahren aus den Ueberschüssen bereits

die gesamten Baukosten getilgt werden können, ein Ergebnis, wie es bisher wohl keine in Betrieb stehende Wasserstraße aufzuweisen hat. Auf dem bestehenden Rhein-Weser-Kanal wird z. B. erst im 13. Betriebsjahr ein Ueberschuß über die Ausgaben erwartet.

Zu diesen unmittelbaren Vorteilen, die sich infolge des Anschlusses des Kanales an das gesamte Wasserstraßennetz weithin fühlbar machen werden, kommen die besonderen Vorteile für die von dem Schlußstück durchschnittenen Landesteile in wirtschaftlicher Beziehung, hinsichtlich der Förderung der Landeskultur usw. Naturgemäß wird es auch zu Verkehrsverschiebungen kommen, die zu Benachteiligungen führen. Bezüglich der Eisenbahn-Einnahmen hegt die Denkschrift keine Befürchtungen, da immerhin die Hälfte des Verkehrs noch wieder auf Eisenbahnen übergeht, da der Kanalverkehr neuen Anschluß-Verkehr weckt und außerdem die Eisenbahnen z. T. auch in vorteilhafter Weise entlastet. Auch für die Landwirtschaft im Kanalgebiet

Peine, Braunschweig, Magdeburg an den Hauptkanal und ist auch für den Stichkanal nach Hildesheim günstiger. Niedriger stellen sich für die Südlinie außerdem die jährlichen Betriebs- und Unterhaltungskosten mit Rücksicht auf die Wasserversorgung aus den Harzsperrren mit natürlichem Gefälle statt mit Pumpwerken. Vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt aus wird der Südlinie ein gewisser Vorzug gegeben, die außerdem die Möglichkeit bietet, unmittelbar bei Magdeburg ausgedehnte Gelände der Industrie zu erschließen und eine Verbindung nach Bernburg a. S. über Staßfurt auszubauen zum Anschluß des oberen Saale-Gebietes und der Stadt Leipzig an die große Wasserstraße.

Zu dem entgegen gesetzten Standpunkt kommt Prof. O. Franzius, Hannover, in seiner Arbeit „Der Mittelland-Kanal; eine kritische Untersuchung“ (Vgl. Zeitschrift: „Technik und Wirtschaft, 1916 No. 1, 2 u. 4), indem er das Schwergewicht auf den Durchgangs-Verkehr legt, der zum Durchfahren der Südlinie rd.



Kaserne und Kloster. Ansicht des Vor. Oestr. Stifts Wiblingen O. S. B. an der Iller in Schwaben.  
(Aus einer Geschichte des Klosters Wiblingen vom Jahre 1834.)

selbst und in Ostdeutschland werden durch die Verbilligung des Verkehrs, die die Versandfähigkeit der Erzeugnisse hebt, mehr Vor- als Nachteile erwartet. Den geringsten Vorteil aus dem Kanal werden Ostpreußen und Oberschlesien haben (letzteres namentlich infolge gewisser Benachteiligung durch weiteres Vordringen der Ruhrkohle nach Osten), denen aber Ersatz geschaffen werden kann. Zu diesen Maßregeln gehören der Bau des geplanten Ostkanales vom südlichen Ostpreußen nach der Weichsel, der Ausbau des Großschiffahrts-Weges Kosel-Gleitwitz und die im Bau befindliche Verbesserung der Oder-Wasserstraße usw.

Zum Schluß wird noch ein Vergleich angestellt zwischen den beiden in Betracht kommenden Linienführungen. Die Nordlinie ist in ihrer Durchgangsstrecke mit 30,2 km geringerer Länge und 26,4 m weniger verlorenem Gefälle, sowie mit ihren geringeren Gesamtkosten vom Standpunkt des Durchgangsverkehrs zwischen Weser und Elbe zweifellos die günstigere. Die Südlinie durchzieht aber ein landwirtschaftlich und industriell höher entwickeltes Gebiet und ermöglicht den unmittelbaren Anschluß von

10 Stunden mehr gebrauchte und an Schiffahrts-Unkosten jährlich etwa 5 Mill. M. mehr aufwenden müsse. Franzius kann auch in der unmittelbaren Lage der oben genannten Orte am Durchgangskanal keinen Vorteil erblicken, hält die Wasserversorgung der Südlinie aus den Talsperren höchstens für den ersten Ausbau (also für einfache Schleusen) für gesichert und betrachtet den Südkanal mit seinen hohen Dämmen und zahlreichen Bauwerken in militärischer Hinsicht für weniger gesichert, als den Nordkanal mit seinen einfacheren Verhältnissen. Für den für das Jahr 1932 errechneten vollen Verkehr kommt Franzius zu einer Verzinsung der Nordlinie im volkswirtschaftlichen Sinne mit 26 v. H., der Südlinie nur mit 17 v. H. Unter diesen Verhältnissen gibt er der Nordlinie unbedingt den Vorzug. Mit Nachdruck tritt aber auch er für den Bau des fehlenden Schlußstückes ein, dessen hohe Wirtschaftlichkeit und Bedeutung auf alle Fälle erwiesen seien.

Am 24. Januar d. J. hat dann in Berlin die Generalversammlung des Ausschusses zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanales stattgefunden, bei welcher Gelegenheit die beiden Hrn. Brt. Contag



und Prof. Franzius ihren Standpunkt noch einmal vertraten und im Uebrigen auch andere Vertreter für die Nord- und die Südlinie zu Wort kamen. Die Versammlung faßte selbstverständlich keinen Beschluß nach der einen oder anderen Richtung, sondern kam nur zu einer Entschliebung, die den raschen Ausbau des fehlenden Schlußstückes des Mittelland-Kanales für ein unabweisbares Bedürfnis erklärt. Das ist der Standpunkt, den auch wir schon bei Einbringung der

ersten Regierungsvorlage vertreten haben. Daß ihn nach einer erneuten Vorlage der Regierung, welche die Frage der größeren Bauwürdigkeit der einen oder anderen der beiden möglichen Linienführungen noch sorgfältigst vom Standpunkt des allgemeinen Wohles nachzuprüfen haben wird, jetzt auch der preußische Landtag in seiner Mehrheit teilen wird, darf nach den Lehren des jetzigen Weltkrieges wohl erhofft werden. —

Fr. E.



Ansicht der Klosterkirche mit den linksseitigen Klostergebäuden.



Kaserne und Kloster. Eingangs-Gebäude zum Klosterhof im Kloster Wiblingen bei Ulm.

### Vermischtes.

**Kaserne und Kloster.** (Hierzu die Abbildungen dieser Nummer.) „Der Artikel „Kaserne und Kloster“ in No. 93, Jahrgang 1915 der „Deutschen Bauzeitung“ fordert zu einer Entgegnung auf, weil die darin vorgebrachten Ausführungen mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang stehen.

An die Klosterkirche schließen sich links die bisher schon als Kaserne benutzten Flügel an, die die völlig schmucklose Längsseite der Kirche verdecken. Auf der rechten Seite sieht man unmittelbar an der Kirche eine

Achse, die genau der symmetrisch dazu liegenden linken Achse entspricht. Aus der Verzahnung, mit der die Frontmauer rechts endigt, geht deutlich hervor, daß der beabsichtigte Ausbau rechts der Kirche aus irgend einem Grunde unterblieb. Wenn er heute ausgeführt wird, so ist dadurch eine Schädigung des Gesamtbildes keineswegs zu erwarten, wenn die alten Formen in derselben Weise zur Ausführung kommen, wie links. Im Gegenteil, erst dadurch wird der Vorhof vor der Klosterkirche, der durch die alten Oekonomiegebäude gebildet wird, das beabsichtigte geschlossene Bild werden. Ein Vergleich mit Gottesau trifft

auch nicht zu, da durch diesen Klostervorhof ein öffentlicher Weg führt, ohne den die Kirche ja gar nicht zu erreichen wäre, während in Gottesau das Klostergebäude inmitten des abgeschlossenen Grundstückes liegt und durch scheußliche Neubauten verdeckt ist.

Entfällt somit in Wiblingen für den Freund alter Baudenkmale jeder Grund zur Besorgnis, so findet er Anlaß, über frühere Eingriffe zu klagen.

Den Mittelteil der linken Seitenfront, die weithin sichtbar ist, bildet ein vorspringender Bauteil, der den alten Bibliotheksaal enthält (erwähnt in Dehio, Handbuch d. Deutsch. Kunstdenkmäler). Hier ist das Oberteil des Mansarddaches mit Zinkblech gedeckt, das aufs unangenehmste aus den ruhigen alten Ziegeldächern herausfällt, die gerade für die bedeutende Fernwirkung der ganzen Anlage so wichtig sind. Außerdem befinden sich auf dieser Seite verschiedene Gebäude (Ställe und Reitbahn) in gelben Verblenden (! Die Red.), die angesichts der vorbildlich einfachen Oekonomiegebäude wie ein Hohn auf die Architektur wirken. Hier gilt es, einzugreifen, um dem alten Bau seine Wirkung zu retten.

Dipl.-Ing. O. Greulich, Architekt in Neu-Ulm.

Nachschrift der Redaktion. Der Hr. Verfasser erkennt das Ziel der Ausführungen über „Kaserne und Kloster“ in No. 93 der „Deutschen Bauzeitung“, 1915, infolge dessen kommt er auch zu der unrichtigen Behauptung, die Ausführungen ständen nicht im Einklang mit den tatsächlichen Verhältnissen. Das Ziel ist mit kurzen Worten: Ein Kloster eignet sich nicht zu einer Kaserne, und eine Kaserne gehört nicht in ein Kloster. Nur zur Bekräftigung dieser Ansicht wurde das Schicksal des Klosters Gottesau bei Karlsruhe angeführt. Dem Kloster Wiblingen droht bei der Benutzung durch die Militärverwaltung mit der Zeit ein ähnliches Schicksal. Was das für unseren alten Kunstschatz bedeuten würde, geht aus den Abbildungen hervor. Gegen eine einheitliche Vollendung der Klosteranlagen unter sorgfältiger Beobachtung der alten Formen wäre nichts einzuwenden und ist in jenen Ausführungen auch nichts eingewendet worden, die Sorge heftet sich nur an die mit Sicherheit zu erwartende Tatsache, daß es bei den bis jetzt geplanten Ergänzungsbauten nicht bleibt. Ein warnendes Beispiel ist Kloster Gottesau bei Karlsruhe. —

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Auf einstimmigen Antrag des Kollegiums der Abteilung für Schiff- und Schiffmaschinenbau der Technischen Hochschule Berlin haben Rektor und Senat seiner Exzellenz dem Großadmiral von Tirpitz, dem Schöpfer der deutschen Wehrmacht zur See, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Die praktische Lösung der elektrischen Fernkraftübertragung vor 25 Jahren. Im August dieses Jahres sind 25 Jahre verflossen, seit auf der „Internationalen elektrotechnischen Ausstellung zu Frankfurt a. M.“ die Übertragung elektrischer Kraft von dem 175 km entfernten Wasserkraftwerk am Neckar bei Lauffen nach dem Ausstellungsgebiet, um dort einen Teil der elektrischen Beleuchtung und Pumpen zu betreiben, allgemeines Aufsehen erregte. Zwar hatte schon der französische Physiker Marcel Deprez im Jahre 1881 auf der elektrischen Ausstellung in Paris die ersten Anfänge der Fernübertragung auf 1800 m gezeigt, 1882 hatte er eine solche in München auf 57 km Entfernung versucht und 1885 gelang es ihm, auf 152 km Entfernung bei 5000–6000 Volt Spannung elektrische Kraft nach Paris zu übertragen, jedoch nur mit einem Nutzeffekt von 50 v. H. Aber erst die Frankfurter Ausstellung zeigte das erste Beispiel wirklich praktischer Verwendbarkeit, denn der Nutzeffekt der Anlage belief sich auf rd. 75 v. H., die angewendete Spannung betrug 25000 Volt und es wurden hier zum ersten Male die Vorzüge des Drehstromes für die Fernübertragung klar vor Augen geführt. Die Grundsätze der Ausbildung konnten auch für die späteren Anlagen beibehalten werden und es kann die Frankfurter Ausstellung daher als der Ausgangspunkt der Entwicklung unserer heutigen Groß-Kraftwerke betrachtet werden.

Es stand für die Anlage in Lauffen eine Wasserkraft von 300 PS zur Verfügung, die durch eine Turbine ausgenutzt wurde. Die blanke Hochspannungsleitung von nur 4 mm Durchmesser der Kupferdrähte, die an mit Oelkammern ausgerüsteten Isolatoren befestigt war, wurde der Sicherheit halber längs der Eisenbahn über Heilbronn, Jagstfeld, Hanau geführt. Der von der Turbine erzeugte, niedrig gespannte Drehstrom (50 Volt und 1400 Ampère) wurde von Umformern, die C. E. J. Brown lieferte, auf hochgespannten Drehstrom (3-phasigen Wechselstrom von 25000 Volt) gebracht und in der Ausstellung wieder auf die Gebrauchsspannung von rd. 100 Volt herabgesetzt. Nach den angestellten Messungen gingen von der an der

Turbinenwelle erzeugten Kraft bis zur Abnahme des Stromes an den sekundären Klemmen des Umformers in Frankfurt a. M. nur rd. 25 v. H. verloren; davon entfielen 8 v. H. auf die Dynamo, je 3–4 v. H. auf die doppelte Umformung und nur 10–11 v. H. auf die Leitung. Ausgeführt war die Anlage von der Maschinen-Fabrik Oerlikon bei Zürich in Gemeinschaft mit der A. E. G., Berlin. Diesem Versuch folgten bald praktische Ausführungen in großer Zahl. Während man aber noch i. J. 1900 eine Spannung von 20000 Volt als die praktisch zweckmäßige, 40000 Volt als die überhaupt mit Rücksicht auf die Wirkung der Isolatoren noch gerade mögliche Spannung betrachtete, sind Leitungen mit 100000 Volt Spannung und darüber seitdem in größerer Anzahl ausgeführt worden. Die Frankfurter Ausstellung aber ist der Ausgangspunkt für diese Entwicklung, sie war eine technische Tat, die von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung geworden ist.

Dem Vernehmen nach ist für diesen Sommer zur Erinnerung eine elektrotechnische Ausstellung in Frankfurt vorgesehen, die sich bei der jetzigen Lage naturgemäß nur in engen Grenzen bewegen kann. —

## Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb des Ibero-Amerikanischen Vereins in Hamburg betrifft Doktor - Dissertationen, Habilitationsschriften und andere wissenschaftliche Erstlings-Veröffentlichungen, die unter Anderem in Archäologie und Kunstgeschichte das Gebiet der Pyrenäen-Halbinsel, das spanische Amerika oder Brasilien behandeln. Außer einem I. Preis von 1000 M. wird die Ibero-Amerikanische Medaille des Vereins für wissenschaftliche Studien verliehen. Wettbewerbsfähig sind Arbeiten aus den Jahren 1913, 1914 oder 1915. Das Preisgericht setzt sich zusammen aus dem wissenschaftlichen Ausschuß des Vereins und aus zuständigen Fachprofessoren deutscher Universitäten. —

## Tote.

Baurat Bernhard Liebold in Holzminden †. Am 14. d. M. ist nach kurzem schwerem Leiden der Begründer und langjährige Leiter der Beton-, Eisenbeton- und Tiefbau-Unternehmung B. Liebold & Co. A. - G. in Holzminden daselbst im 72. Lebensjahr gestorben. Er hat seit dem Jahre 1873 bis Ende 1915, als Krankheit ihn zwang, sein Amt nieder zu legen, an der Spitze des genannten Unternehmens gestanden, das sich einen hervorragenden Platz unter gleichartigen deutschen Unternehmungen errungen und durch die Ausführung und den Entwurf einer ganzen Reihe bedeutender Bauten ausgezeichnet hat. Erinnert sei nur an die Syrtal-Brücke bei Plauen i. V., die weitest gespannte Massivbrücke in Deutschland und auch eine der bedeutendsten im Ausland. Namentlich hat sich B. Liebold um die Entwicklung des Betonbaues in Deutschland besondere Verdienste erworben. Wir kommen darauf noch an anderer Stelle, in unseren „Mitteilungen“, zurück. —

## Chronik.

Ein Denkmal für Papst Pius X. Die für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an Papst Pius X. eingesetzte Kommission von Kardinälen hat von den eingereichten Entwürfen den des Bildhauers Astorri und des Architekten Di Fausto in Rom zur Ausführung erwählt. Das Denkmal stellt den Papst dar, wie er sich, vom heiligen Stuhl erhoben, mit offenen Armen und dem Ausdruck des Bitt-Flehens nach vorn neigt. Das Werk wird in der Basilika des Vatikans aufgestellt werden. —

Ein Frankfurter Witwerhelm wurde als eine bemerkenswerte soziale Anstalt vor einigen Jahren von der „Akt.-Baugesellschaft für kleine Wohnungen“ an der Gellert-Straße errichtet. Das Haus enthält etwa 35 Ein- und Zweizimmer-Wohnungen, Schlafsäle für Kinder, Speise- und Tagräume, große Küchen und Baderäume, sowie Werkstätten. Augenblicklich bewohnen 25 Witwer und 45 Kinder das Heim, das Männern offen steht, deren Frauen gestorben oder auf lange Zeit dem gemeinsamen Haushalt fern gehalten sind. Der wöchentliche Mietpreis beträgt 3,50–4 M. für 1 und 4,75–6,25 für 2 Zimmer mit Zubehör. Entsprechend sind die Preise für die Werkstätten und für Verköstigung. —

Ein Antrag auf weiteren Ausbau des Königsberger Seekanals, dahin gehend, daß dieser auf 8 oder 8,5 m vertieft und entsprechend verbreitert werden solle, ist von der Königsberger Kaufmannschaft an die preußische Regierung gestellt worden. Der Kanal besitzt jetzt nur eine Tiefe von 6,5 m bei 30 m Sohlenbreite, Abmessungen, die den Anforderungen, namentlich im Wettbewerb mit Danzig nicht mehr genügen. Königsberg erwartet außerdem nach Beendigung des Krieges eine wesentliche Aenderung innerwirtschaftlicher Verhältnisse, der durch eine entsprechende Ausgestaltung der Hafenanlagen und der Zufahrtsstraßen zum Hafen entsprochen werden muß. —

Inhalt: Das fehlende Schlußstück des Mittelland-Kanals. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Tote. — Chronik. — Abbildungen: Kloster Wiblingen bei Ulm. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.





ERSUCHE DER  
STADT AUGSBURG  
UM DAS WIEDER-  
AUFLEBEN DER  
FRESKO - TECHNIK  
ZUR AUSFÜHRUNG  
BEMALTER HAUS-  
FASSADEN. \* DAS  
WEBERHAUS. TEIL-  
ANSICHT DER SÜD-  
SEITE. \* \* \* \* \*

== DEUTSCHE ==  
\*\* BAUZEITUNG \*\*  
50. JAHRGANG 1916.  
\* \* \* No. 51. \* \* \*



# DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. NO 51. BERLIN, DEN 24. JUNI 1916.

## Baugeschichtliches von der Bagdadbahn.



Die Entwicklungsgeschichte des Eisenbahnnetzes in der asiatischen Türkei bildet ein interessantes Kapitel in dem wirtschaftlichen Wettstreit der europäischen Großmächte, das durch den Weltkrieg zum vorläufigen Abschluß gekommen ist, einer wieder erstarkten Türkei gegenüber auch kaum eine Fortsetzung im bisherigen Sinn erfahren kann. Dem zunächst wenig planvoll erscheinenden, sich auf die Anlage von einzelnen Stichbahnen von der Küste her beschränkenden Vorgehen englischer und französischer Gesellschaften, wurde erst ein fest umgrenztes verkehrs- und wirtschaftspolitisches Programm gegenüber gestellt, als die Deutsche Bank i. J. 1888 den ersten Schritt zur Verwirklichung des großen

Planes der Schaffung einer zusammenhängenden Durchgangslinie von der Hauptstadt der Türkei über Bagdad bis zum persischen Golf tat, ein Plan dessen volle Bedeutung wohl erst jetzt erkannt und entsprechend gewürdigt wird.

Im Jahre 1888 erwarb die Deutsche Bank die in Zahlungsschwierigkeiten geratene kurze Bahnstrecke von Haidar Pascha bei Skutari am Marmara-Meer bis Ismid und zugleich die Konzession für den Weiterbau bis Angora, von wo die Linie später nach Südosten über Kaisarieh (das alte Caesarea) fortgesetzt werden sollte. Die unter Führung der Deutschen Bank und vorwiegend mit deutschem Kapital begründete Anatolische-Eisenbahn-Gesellschaft führte den Bau dieser 578 km langen eingleisigen, aber vollspurigen Strecke, die bis Angora eine Höhe von 848 m über dem Meer ersteigt, streckenweise daher den Charakter einer Gebirgsbahn trägt, mit einem Baukosten-

## Zum hundertjährigen Bestehen der evangelischen Stadtkirche in Karlsruhe.



Die Erkenntnis über die Bedeutung des großen badischen Architekten Friedrich Weinbrenner ist in stetiger Zunahme begriffen. Mehr und mehr beschäftigt sich die Kunstforschung mit ihm und die zeitgeschichtlichen Ereignisse haben in diesen Tagen seinen Namen in Karlsruhe wieder in Aller Mund gebracht. Dort hat man die Hundertjahrfeier der Einweihung der evangelischen Stadtkirche am Himmelfahrtsfest in Anwesenheit des großherzoglichen Hauses und des Reichskanzlers begangen, eine festliche Begebenheit, die in gleicher Weise dem Großherzog Karl Friedrich galt, dem aufgeklärten Herrscher, dem Baden seine Organisation als Großherzogtum verdankt, wie auch seinem Architekten Weinbrenner, auf den die badische Residenz ihre monumentale Ausgestaltung zurück führt. Friedrich Weinbrenner war es, der dem ursprünglichen Stadtplan des Gründers von Karlsruhe, des Markgrafen Karl Wilhelm, einer fächerartigen Anordnung mit Führung der Hauptstraßen auf das Schloß, in einer monumental ausgestalteten Nord-Süd-Achse Schloß-Ettlinger-Tor ein städtebauliches Moment von größtem Grundgedanken einfügte, das heute noch trotz aller Abbröckelungen, welche die Zeit dem einheitlichen Werk zugefügt hat, seine künstlerische Herrschaft in unvermindertem Maße ausübt. In diesem Straßenzug Schloß-Ettlinger-Tor ist die evangelische Stadtkirche das bedeutendste Bauwerk.

Zur Zeit der Erbauung der Kirche waren in Baden die Bewohner evangelischen Bekenntnisses noch in Lutheraner und Reformierte getrennt; die Vereinigung fand 1821 in einer Generalsynode statt, die von dem Prälaten und Volksdichter Johann Peter Hebel geleitet wurde. Die Stadtkirche gehörte den Lutheranern. Der Neubau sollte die alte, baufällig gewordene und noch aus der Gründungszeit stammende Konkordien-Kirche ersetzen, die in der Achse der Karl-Friedrich-Straße an der Stelle der heutigen Pyramide stand. Diese umschloß in einer Gruft die sterblichen Reste des Markgrafen Karl Wilhelm, die heute noch unter der Pyramide, an ihrem alten Beisetzungs-ort, ruhen. Die Grundsteinlegung der neuen Kirche fand am 8. Juni 1807 statt. Das der Feier zu Grund gelegte Bibelwort war dem 1. Buch Moses, Kapitel 28, Vers 17 entnommen und lautete: „Wie heilig ist diese Stätte. Hier ist nichts Anderes denn Gottes Haus und hier ist die Pforte des Himmels.“ Karl Friedrich, der bereits 1811 starb, erlebte die Fertigstellung des Gotteshauses, die sich bis 1816 hinzog, nicht mehr. Erst am 2. Juni dieses Jahres, am Pfingstsonntag, fand die Weihe in Anwesenheit des Großherzogs Karl und des großherzoglichen Hauses statt.

Mit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts eröffnete Friedrich Weinbrenner seine Tätigkeit in Karlsruhe, wo er am 9. November 1766 auch geboren wurde und am 1. März 1826 starb. Er hatte in Karlsruhe studiert, war seit 1787 in der Schweiz praktisch tätig und hielt sich von 1791—1797 in Italien und namentlich längere Zeit in Rom auf. Hier beschäftigte er sich hauptsächlich auch mit Konstruktions-Versuchen einer Anzahl antiker Bauwerke.

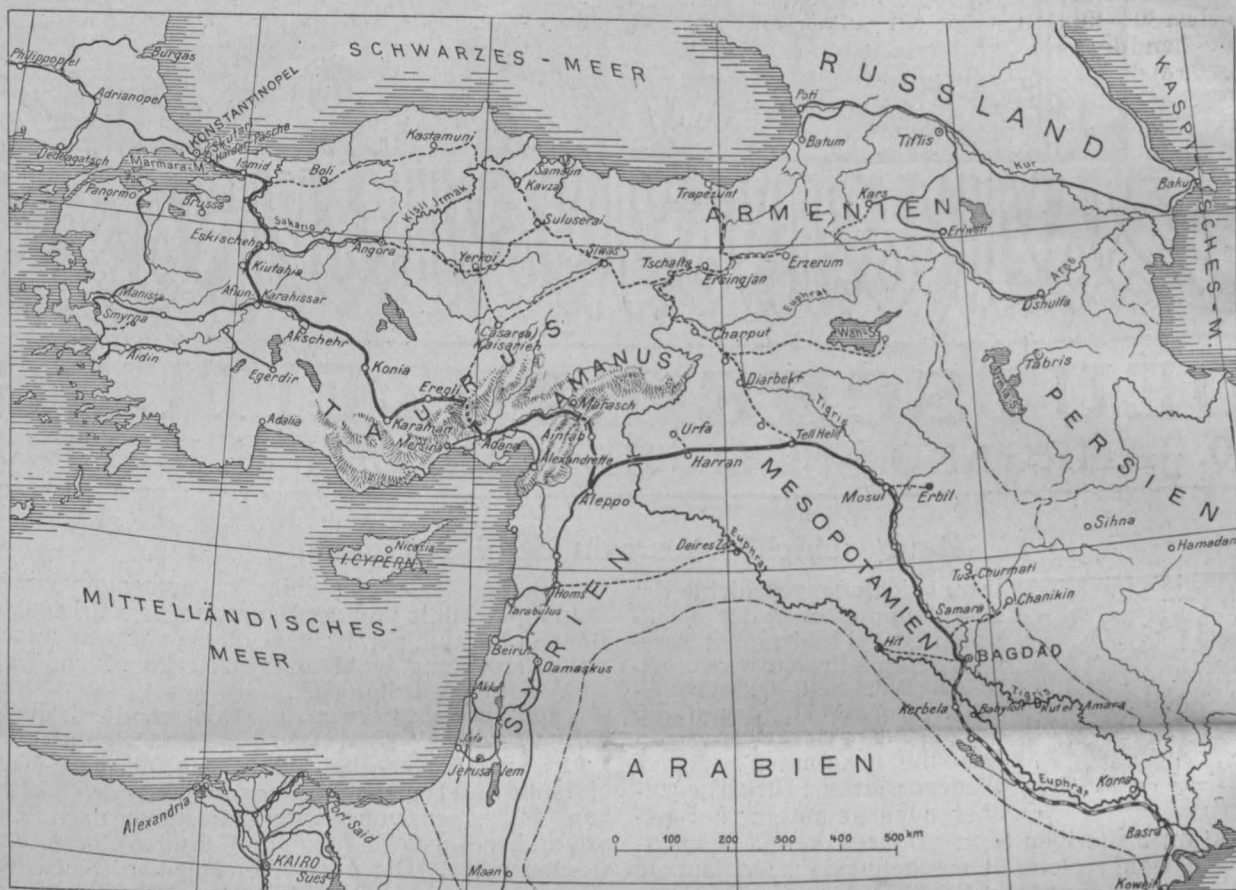


Aufwand von rd. 84 Mill. M. aus. Die alte Bahnstrecke Haidar Pascha-Ismid wurde einem völligen Umbau unterzogen, in Derindje am Marmara-Meer wurden Hafenanlagen, Speicher, Werkstätten geschaffen. Der Vertrag mit der ottomanischen Regierung sah in der üblichen Weise eine Gewährleistung gewisser Roh-einnahmen, die durch Verpfändung von Zöllen usw. sicher gestellt wurden, eine Konzession auf 99 Jahre, aber ein früheres Rückkaufsrecht vor.

Der Fortführung der Bahn in der beabsichtigten Weise stellten sich dann von Rußland ausgehende

Widerstände entgegen, man wählte daher die Station Eskischehir (km 317, Höhe + 792 m) zum Ausgangspunkt und baute zunächst über Afion Karahissar und Akscher die 435 km lange Strecke bis Konia, deren Baukosten einschl. zweier kurzer Zweighabnen auf rd. 66,5 Mill. M. angegeben werden. Die Strecke wurde i. J. 1896 eröffnet, einschl. der Zweighabnen umfaßte das Bahnnetz der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft jetzt 1032 km.

Im Jahre 1902 erhielt nun die Gesellschaft die Konzession zum Weiterbau von Konia bis Bagdad



Linienführung der Bagdadbahn und ihr Zusammenhang mit dem übrigen Eisenbahnnetz der asiatischen Türkei.

Ueber die Reisen eines Architekten hatte er seine begründete Ansicht. Der Baukünstler solle sie erst unternehmen, wenn er „gereift zu höherer Vervollkommenung“ und nicht vor dem 22. – 24. Jahr. „Den achten jünger architektonischer Plastik empfangen zuerst Italien, die heilige Mutter, die treue Pflegerin der Kunst unter heiterem Himmel. Hier erhalte er die höchste Weihe der Kunst, durch Beschauen, durch rastloses, ernstes Studium der herrlichen Ueberreste des Altertums. An diesen köstlichen Reliquien nähre sich seine Einbildungskraft, ergötze sich seine Geschmacklust, bestimme seine artistische Urteilkraft sich zur Festigkeit, auf daß er nie einem bloßen Modegeschmack fröhne, wie groß auch die Versuchung sey, welche Ansehen des Ortes, der Nation, der Machthaber ihm bereiten“. Ein junger Baukünstler, der sich nach Rom begibt, soll dort dem aesthetischen Studium der Baukunst sich hingeben, aber er soll wohl vorgereift sein. „Er will durch das Gefühl der Lust oder Unlust, bei angestrenzter Betrachtung architektonischer Gegenstände des Altertums, seinen Geist auf Abstractionen leiten, die, bei eigenen Productionen, in der Wahl und Erfindung sein Urtheil kunstmäßig bestimmen sollen. Wird, ohne hinlängliche Vorkenntnisse, die Entzifferung der hohen Vorzüge altrömischer Ueberreste der Baukunst ihm gelingen? Vermag er, ohne gehörige Vorschule, von den ungeschriebenen Buchstaben des Meisters zu seinen Grundsätzen, zu der Erhabenheit seiner Ideen sich empor zu schwingen? Kann er, so lang nicht die achten Regeln seiner Kunst ihm so zur Natur geworden sind, daß er sich ihrer kaum noch bewußt ist, den Geist der Meister des edlen Altertums lebendig in sich aufnehmen? Kann er bei eigenem Versuch in Aufgaben, welche die Ausführung antiker Gebäude, wo nicht übertreffen, doch erreichen sollen, mit kühner kunstgeübter Hand, er-

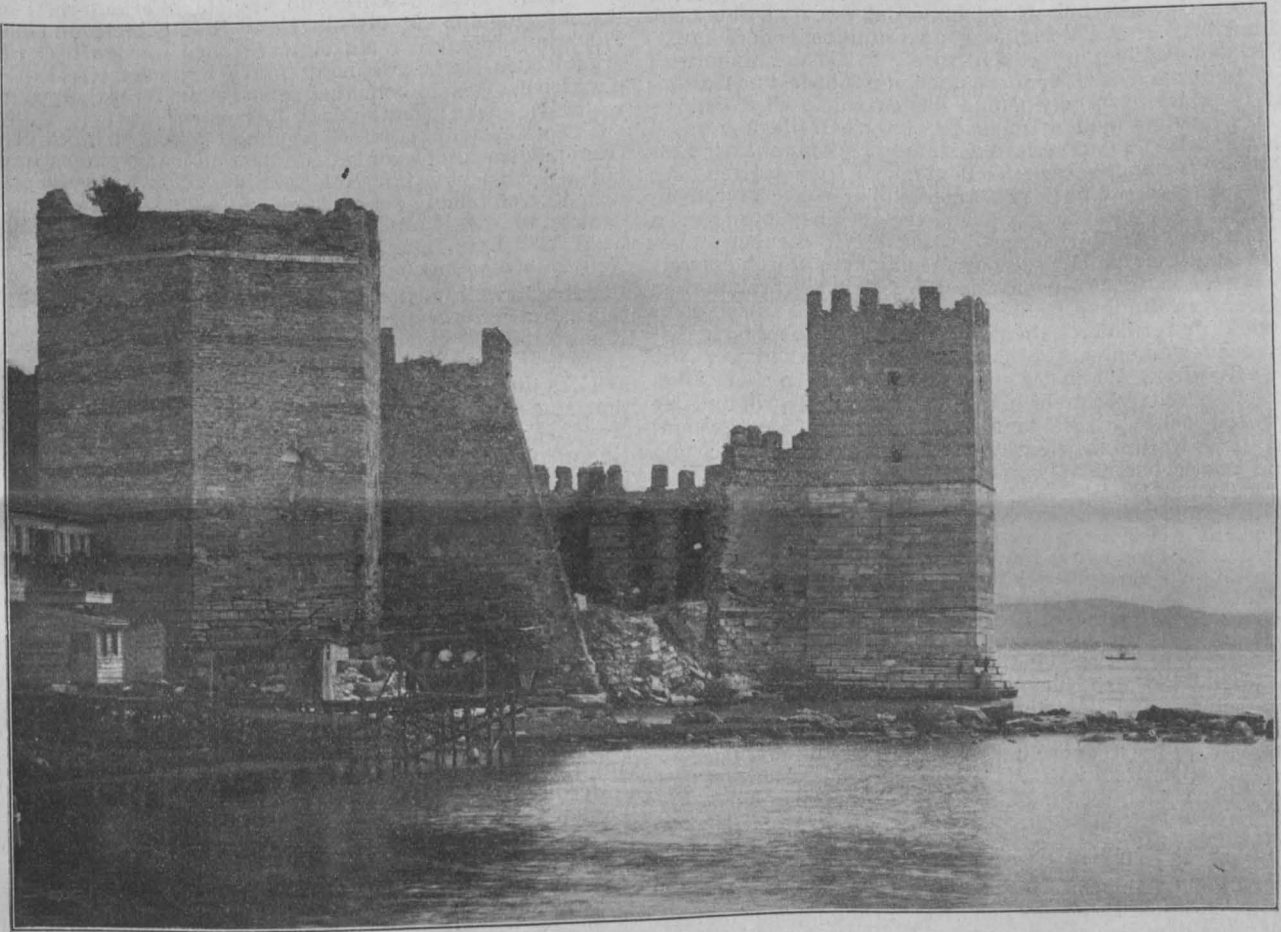
haben über das Alltägliche, fern von slavischer Nachahmung und ängstlichem Formenspiel, durch die That beweisen, daß Formen sind, was der Geist aus ihnen schafft?“

Es sind aus diesen leitenden Gedanken unschwer die Grundsätze zu erkennen, nach denen Weinbrenner die ehemalige Schloß-Straße, heutige Karl Friedrich-Straße, gestaltete, die nördlich in den Schloß-Platz ausmündet, im Süden aber einst durch das antike Ettlinger-Tor ihren Abschluß fand. Sie besteht aus zwei Platzanlagen: Erstens aus dem Marktplatz, der sich erstreckt von der ehemaligen Langen-Straße, der heutigen Kaiser-Straße, bis zur Hebel-Straße; mit der Gruppe der Stadtkirche und der ihr angegliederten Bauten des Lyceums, und dem gegenüber liegenden Rathaus als Hauptgebäuden. Zweitens aus dem Rondell-Platz mit dem markgräfllich von Hochbergischen Palais als Hauptgebäude. In der Achse des Straßenzuges stehen 3 Denkmäler: die Pyramide mit dem Grabmal von Karl Wilhelm, in der Querachse der nördlichen Gruppe der Privatgebäude; ein Denkmalbrunnen für Großherzog Ludwig Wilhelm August, welcher der Stadt eine Wasserleitung gab, in der Querachse von Rathaus und Stadtkirche, und ein Obelisk auf dem Rondell-Platz als Verfassungs-Denkmal. Die Formen dieser Monumentalstraße größten Stiles sind die der römischen Baudenkmäler. Wechselnde Breitenverhältnisse und Grundrißformen geben der Straße einen lebendigen Anblick. An einer bezeichnenden Stelle ihres engen Teiles, bei der heutigen Landesgewerbehalle, einst mit den anschließenden Teilen das Palais der Markgräfin Friedrich, weitet sich in ihr ein Ehrenhof. Die Herrschaft der Anlage aber liegt der Tat und dem Eindruck nach beim Gotteshaus, dessen hundertjähriges Bestehen wieder an eine der größten Bauaufgaben aller Zeiten erinnert. —

— H. —

auf rd. 1700 km Länge. Die hierfür und für den weiteren Ausbau der anatolischen Bahn aufzuwendenden Summen, die nach einem Vortrag, den der Dir. v. Gwinner von der Deutschen Bank i. J. 1911 im preuß. Herrenhause gehalten hat, an eine halbe Milliarde Mark (300 Mill. M. für die anatolischen Bahnen, 200 Mill. M. für die eigentliche Bagdadbahn) heranreichen, überschritten aber die Leistungsfähigkeit der deutschen Finanzgruppe; man trat mit französischen und englischen Unternehmungen und Regierungskreisen in Fühlung und Verhandlungen, die aber nur zu einer Beteiligung französischen Kapitals zu etwa 30% führten, während England ablehnte. Entsprechend der Kapitalbeteiligung wurden in den Aufsichtsrat der unter Führung der Deutschen Bank neu gegründeten Bagdadbahn-Gesellschaft 11 Deutsche, 8 Franzosen, 1 Schweizer entsandt. Die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft übernahm gegen eine feste Kilometer-Entschädigung den Betrieb der neu zu bauenden Bahnen.

Amanus-Gebirges erforderlich und östlich von Aleppo eine Ueberschreitung des Euphratstromes mit fast 1 km langem Brückenbauwerk. Während die Gesamtkosten dieser bisher nur teilweise fertigen Strecke auf rd. 139 Mill. M. veranschlagt waren, steigen die Kosten nach dem angezogenen Vortrag v. Gwinners streckenweise bis auf 1 Mill. M./km. Im Frühjahr 1911 wurde schließlich der Bau des rd. 600 km langen Schlußstückes bis Bagdad genehmigt, das in südlicher Richtung verläuft und bei Mossul den Anschluß an den Tigris erreicht, dessen Lauf die Bahn über Samarra bis Bagdad in der Hauptsache folgt. Die Kosten dieser Strecke, die bisher nur zum kleinsten Teil ausgeführt ist, sind auf 123 Mill. M. veranschlagt, die Gesamtkosten der Bagdadbahn von Konia bis Bagdad auf rd. 200 Mill. M., einschließlich einer gleich mit ausgeführten, seit Ende 1913 in Betrieb stehenden, 60 km langen Zweiglinie, die östlich von Adana den Hafen Alexandrette an der syrischen Küste, dessen Ausbau die Bagdadbahn-Gesellschaft



Marmor-Turm am Marmara-Meer. (Die Abbildungen entstammen z. T. dem weiteren Gebiet der asiatischen Türkei.)

Zunächst wurde der Bau der rd. 200 km langen Strecke Konia-Eregli-Bulgurlu genehmigt, die bereits 1904 eröffnet wurde und einen anschlagsmäßigen Kostenaufwand von rd. 39,5 Mill. M. oder 187 500 M./km erforderte. Im Jahre 1908 erfolgte dann die Genehmigung der in der Hauptsache östlich gerichteten, rd. 840 km langen Strecke bis Tell Helif, an die Aleppo, der nördliche Endpunkt des syrischen Bahnnetzes, nur mittels Zweigbahn angeschlossen werden sollte. Es wurde statt dessen aber, wie unsere Uebersichtskarte zeigt, dem unmittelbaren Anschluß an die Hauptbahn der Vorzug gegeben. Diese Strecke bietet die Hauptschwierigkeiten der ganzen Bagdadbahn. Denn nachdem diese östlich Bulgurlu bei Ulukischla ihre höchste Höhe von rd. 1400 m über dem Meer erreicht hat, muß sie unter Durchbrechung des Taurus-Gebirges zur cilicischen Ebene bei Adana herabsteigen, die nur wenig über dem Meerespiegel liegt. Weiterhin ist eine Durchbrechung des

ebenfalls übernommen hat, anschließt. Angegliedert an die Bagdadbahn wurde auch noch die s. Zt. mit französischem Kapital erbaute Strecke Adana—Mersina.

Vorgesehen sind noch die auch auf dem Plan dargestellten Zweiglinien von Bahnhof Bagtsche (am Amanus-Gebirge) nach den Städten Marasch, Aintab und Biredschik am Euphrat, ferner zwischen Aleppo und Mossul von Harran nach Urfa, von Tell Helif nach Diabekr und Charput (rd. 220 km) zum Anschluß über die von Angora über Caesarea zu verlängernde Bahn, die nach Aufgabe der russischen Ansprüche der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft übertragen worden ist; bei Mossul selbst abzweigend eine Linie nach Erbil (Arbela) und schließlich von Sadije am Tigris, südlich Samarra zur persischen Grenze nach Chanikin mit Abzweig nach Tus Churmati. Diese Zweiglinien haben zusammen gegen 800 km Länge.

Genehmigt sind außerdem umfangreiche Erweiterungen der anatolischen Eisenbahn, die auch nach



Asien zu an französische und englische Linien in Kleinasien Anschluß erhalten hat. Auf Näheres kann hier nicht eingegangen werden.

Im Jahre 1913 ist schließlich der Bagdadbahn-Gesellschaft auch die Fortführung der Bahn bis Basra am Schatt-el-Arab, etwa 80 km vom Persischen Meerbusen entfernt und Endpunkt der Seeschifffahrt, die Konzession erteilt worden. Die 550 km lange Bahn soll über Kerbela, Nedjef, Sobëir geführt werden. Eine Zweiglinie, südlich von Bagdad in El Badji ausgehend, ist zu der 140 km entfernten Stadt Hit am Euphrat geplant. Die Fortsetzung der Bahn bis Koweit am per-

sischen Meerbusen, das unter englischem Einfluß steht, hat sich England durch Vertrag mit der Türkei gesichert. Mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse für die Schifffahrt auf dem durch eine Barre abgeschlossenen Schatt-el-Arab plant aber auch die Bagdadbahn-Gesellschaft eine Fortsetzung zum Persischen Golf.

Nach Ausbau ihres Netzes in der jetzigen Planung würde die Bagdadbahn-Gesellschaft über rd. 3200 km Bahnen verfügen. Auf der Hauptlinie ist der Weg von Konstantinopel bis Bagdad etwa 2400, bis Basra gegen 3000 km lang. —

(Schluß folgt.)

## Vermischtes.

Die Bezeichnung „Architekt“. Eine Erläuterung des Begriffes „Architekt“ gibt der Verb. Ztschr. zufolge das Preuß. Kammergericht mit folgenden, dem Wesen der Sache fremden Ausführungen: „Nach der heutigen Anschauung werden zur Ausübung des Architektenberufes weder eine höhere allgemeine, auf einer techn. Hochschule gewonnene Bildung, noch besonders hervorragende baukünstlerische Eigenschaften erfordert. Die Architektur wird vielmehr als ein Gewerbe betrachtet, ohne daß dabei an eine hohe baukünstlerische Vorbildung oder eine besondere künstlerische Befähigung gedacht wird. In diesem Sinne wird nicht nur von Bau-, sondern auch von Möbel- und Gartenarchitekten gesprochen, und der Architekt wird weniger als Künstler, sondern mehr als Gewerbetreibender angesehen. Man versteht darunter einen Fachmann, der Entwürfe, Zeichnungen von Gebäuden, Möbeln, Gärten usw. in mehr oder weniger geschmackvoller Weise anfertigen kann, ohne daß er des Nachweises einer besonderen künstlerischen Vorbildung bedarf“. Wir glauben angesichts dieses das Wesen des Architekten durchaus verkennenden Ausführung, daß der IV. Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichtes den Begriff wohl zutreffender erfaßt und erläutert haben würde. Jedenfalls aber ist in diesem Zusammenhang im höchsten Grad bemerkenswert, wie ein Architekt, der zu den größten Baukünstlern aller Zeiten zählt, bereits vor mehr als 100 Jahren den Begriff und das Wesen des „Architekten“ umschrieb. Es geschah im April 1810 durch Friedrich Weinbrenner in Karlsruhe im Vorwort seines „Architektonisches Lehrbuch“ (Tübingen, 1810). Er schreibt dort: „Gelehrsamkeit dient uns wenig, und die Idee einer architektonischen Vernunft hat für uns nur dann einigen Werth, wenn Erfahrung hinzutritt. . . . Ein ächter Baukünstler muß Kopf und Hände gleich gut gebrauchen können. Daher ist sehr nützlich, daß der Lehrling, in Nebenstunden, selbst mit mechanischen Arbeiten, besonders mit dem Modellieren, sich beschäftige. Zugleich widme er sich den mit der Baukunst verwandten Wissenschaften, dem encyclopädischen Studium der schönen Künste, besonders der mit der Baukunst verschwisterten plastischen Künste, der Bildner- und Malerkunst, der schönen Gartenkunst, der schönen Schrift- und Münzkunst, dem Studium der Aesthetik und der Geschichte der Baukunst. . . . Kaum wird man Beweise fordern, wie wichtig, für den Staat und die Individuen, die ächte Bildung des Baumeisters sey. Bei Aufführung des einfachsten Bauernhauses, wie des größten Prachtgebäudes, ist Er die Seele des Baues, der Geist, der das Ganze, bis in die kleinsten Theile, forschend und ordnend durchdringen muß. Er ist das belebende Princip, sogar Bildner der bei dem Bauwesen angestellten Arbeiter. Er wirkt, durch seine Werke, kräftiger und dauernder, als Wort und Schrift, auf Sitte und Geschmack, auf Wohlstand und physisches Wohl des Volkes. Er arbeitet, wie irgend einer, für Bedürfnis, Bequemlichkeit, Lebensgenuß und Veredlung, auch für Achtung der Nation in dem Auslande. Enkel und Urenkel ernten, wo er säete. . . . Der Staat und der Privatmann sind genöthigt, einen ansehnlichen Teil ihres Vermögens der Verfügung des Baumeisters zu untergeben, um Werke der Kunst darzustellen, die, dem Strom der Jahrhunderte trotzend, der späteren Fortzeugung Schutz, Bequemlichkeit und Freude gewähren, die ihr dankbare Achtung für den Urheber einflößen sollen.“

So weit Friedrich Weinbrenner. In den 106 Jahren, seit diese Worte geschrieben wurden, hat sich in der Sache nichts geändert. Das preussische Kammergericht oder eine übergeordnete Stelle werden daher die Auslegung der Bezeichnung „Architekt“ durchsehen und in größeren Einklang mit Leben und Wirklichkeit bringen müssen. —

—H.—

Ausstellung betr. die Entwicklung von Königsberg i. Pr. Vom 21. Juni bis 20. Juli 1916 findet in der Sommerbörse eine Ausstellung der städtischen Tiefbauverwaltung von

Königsberg in Preußen statt, welche in Plänen, Bildern und Modellen die Entwicklung von Königsberg als Handels-, Industrie- und Wohnstadt zeigt und sich hauptsächlich mit der Stadterweiterung befaßt. Die Ausstellung wird in ihrem ersten Teil die Entwicklung des Stadtgrundrisses von ihrer Entstehung bis zu unserer Zeit veranschaulichen und dann die Entwicklung der Stadterweiterung, im Süden beginnend, über den Osten, Norden und Nordwesten fortschreitend, eingehend erläutern. Die Bebauungspläne für die einzelnen Stadtgebiete und die Fluchtlinienpläne der einzelnen Straßen werden hier im organischen Zusammenhang unter leitenden Gesichtspunkten des Gesamtbebauungsplanes von Königsberg zum ersten Mal der Oeffentlichkeit übergeben.

Die Ausstellung will Gelegenheit geben, sich mit den Grundzügen des gesamten Stadterweiterungsplanes und mit den Absichten und Aufgaben der Stadt bei der baulichen Erschließung neuer Handels-, Industrie- und Wohngebiete wie des Handels- und Industriehafens, der Südfront, des Hauptbahnhofes, des Nordbahnhofes und des Kaiserplatzes eingehend zu beschäftigen. —

Hundertjähriges Jubiläum der deutschen Rheinschifffahrt. Am vergangenen Pfingstmontag beging die deutsche Rheinschifffahrt einen wichtigen Gedenktag. An diesem Tag waren, den Tagesblättern zufolge, 100 Jahre verflossen, seit das erste Dampfschiff auf der deutschen Rheinstrecke und zum ersten Mal auf einem deutschen Fluß erschien. Am 12. Juni 1816 traf, von London kommend, dieser erste Rheindampfer in Köln ein. Das Boot sollte bis Frankfurt fahren, wo es am 15. Juni erwartet wurde; es mußte jedoch nach mehreren vergeblichen Versuchen wieder umkehren, da sich die Maschinen, die nur wenig mehr als 20 Pferdestärken besaßen, als zu schwach erwiesen, um die kräftige Strömung oberhalb Köln zu bewältigen, und eine Fortsetzung der Reise ohne Pferdezug nicht möglich war.

Das etwa 21 m lange, 7—8 m breite Dampfschiff hatte zu der 305 km langen Strecke Rotterdam—Köln, die heute in 21 Stunden zurückgelegt wird, sieben Tage gebraucht und dabei noch einen Mast mit 2 Segeln verwendet. Man glaubte damals, daß es sich ermöglichen ließe, im Tag 25 Wegstunden zurückzulegen — allerdings nicht auf dem Rhein und ähnlich stark strömenden Gewässern. Am 15. Juni trat das Dampfschiff die Rückreise nach Rotterdam an, die mit ziemlicher Geschwindigkeit erfolgte. Wenige Tage nach dem Erscheinen des ersten Dampfbootes auf dem Rhein — am 17. Juni 1816 — traf auch auf der Elbe in Hamburg der erste Dampfer, von Glasgow, ein. —

## Chronik.

Ein Denkmal für Robert Koch in Berlin ist am 27. Mai 1916 auf dem Luisen-Platz enthüllt worden. Es ist das 5. Denkmal für einen Arzt in Berlin und von Louis Tuaillon in Berlin geschaffen. Es zeigt die sitzende Figur des großen Forschers im Talar, aus einem Marmorblock gemeißelt, auf recht mäßigem Sockel. —

Ein Denkmal für die Gefallenen der Universität Wien soll auf Anregung der philosophischen Fakultät eine besondere Form erhalten. Es wird unter Anderem an ein Denkmal in der Aula gedacht; ferner wurde die Ausgestaltung der weiten Rückwand des Arkadenhofes, der sogenannten Bibliothekswand, zu einer großen Denkmals-Anlage angeregt, wobei auch der Ausbau dieser Wand zu einer Kapelle, die als Mittelstück gedacht ist, und die Anbringung von Ehrentafeln mit dem Namen der Opfer des Krieges ins Auge gefaßt wurde. Die Einzelheiten und die Fassung von Beschlüssen über die unverbindlichen Anregungen bleiben aus begrifflichen Gründen, namentlich wegen der Feststellung von Namen und Zahl der im Krieg gefallenen Angehörigen der Universität, der Zeit nach Beendigung der Kämpfe überlassen. —

Ein Neubau des Verwaltungsgebäudes der städtischen Gaswerke in München ist nach den Entwürfen des städt. Baurates Rob. Rehlen am Anger erbaut worden. Fertig gestellt ist zunächst ein Teilstück der Gesamtanlage, die sich bis in die Blumen-Straße erstrecken wird. In dem Gebäude, das eine Baumasse von etwa 1,5 Mill. M. beansprucht, werden außer der Gasverwaltung das Eichamt, die Blitzableiter-Inspektion, Werkstätten usw. untergebracht. —

## Versammlungen und Berichte.

**B**und Deutscher Architekten. Seit der Hauptversammlung im Dezember 1915 in Karlsruhe wurden in den B. D. A. neu aufgenommen die Hrn.: Carl Schmanns-Potsdam, Fritz Schopohl-Berlin-Wilmersdorf, Reg.-Baumstr. Dr.-Ing. Felix Gentzen-Rastenburg, Paul Stephan-Gumbinnen, Hermann Thieme-Lötzen, Hans Thomas-Charlottenburg, Carl Hugo Locke-Gerdauen, Theodor Suhnel-Mülheim-Ruhr, Anton Peter Teipel-Barmen, Heinr. Braun-Plettenberg i./W., H. Behr-Elberfeld, E. Buschmann-Wald, C. J. Mangner-Barmen.

Trotz der durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen mißlichen Lage der Privatarchitekten wollen die Klagen über Nebentätigkeit von festbesoldeten Baubeamten nicht verstummen und wiederholt sah sich der Bund genötigt, bei den vorgesetzten Behörden Einspruch dagegen zu erheben. Er konnte sich dabei auf die Erlasse verschiedener Staatsregierungen berufen, in welchen im Hinblick auf die schwere Zeit angeordnet wird, daß den Baubeamten die Erlaubnis zur Uebernahme von Nebenarbeit nur in solchen Ausnahmefällen zu erteilen ist, in denen ein geeigneter Privatarchitekt für die betr. Arbeit nicht zur Verfügung steht. Diese Erlasse werden jedoch, wie aus der Antwort einer Behörde auf die Eingabe des Bundes hervorgeht, dadurch umgangen, daß einzelne Beamte die vorschriftsmäßige Erlaubnis überhaupt nicht nachsuchen, denn die Behörde schreibt, daß der betr. Beamte die fragliche Nebenarbeit ohne ihr Vorwissen ausgeführt habe und daß ihm die Erlaubnis hierzu nicht erteilt worden wäre. Wegen Zuwiderhandlung gegen die einschlägigen Vorschriften ist der Beamte zur Rechenschaft gezogen und zur sofortigen Einstellung der privaten Tätigkeit angewiesen worden. Diese folgerichtige Maßnahme der vorgesetzten Behörde ist dankbar anzuerkennen und es wäre erwünscht, wenn man allenthalben die gebotene Rücksicht auf die Privatarchitekten nehmen wollte.

Für die Honorierung der Architekten bei



gemeindlichen Bauausführungen in Elsaß-Lothringen hatte das dortige Kaiserliche Ministerium i. J. 1907 eine besondere Gebührenordnung vorgeschrieben, die von der sonst allgemein anerkannten Gebührenordnung von 1901 zum Nachteil der Architekten wesentlich abweicht. Der Bund hat deshalb in einer Eingabe an das Ministerium für Elsaß-Lothringen um die Anerkennung der Gebührenordnung von 1901 gebeten.

In Ausführung eines Beschlusses der Hauptversammlung in Karlsruhe ist den über die Anlegung von Kriegergräbern usw. hinter der Front verfügenden Stellen nahe gelegt worden, die im Felde stehenden Mitglieder des B. D. A. zur Erzielung einer würdigen und künstlerisch einwandfreien Lösung der betr. Aufgaben heranzuziehen. Die in Betracht kommenden Bundesmitglieder bringen dieser Anregung ein lebhaftes Interesse entgegen und betonen, daß sie einem dringenden Bedürfnis entsprechen. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß einzelne Kommandostellen der Anregung des Bundes bereits Folge gegeben haben.

Der kurz vor Ausbruch des Krieges den Ortsgruppen zur Beratung überwiesene Entwurf einer neuen Gebührenordnung hat nach den vorliegenden Äußerungen wenig Zustimmung gefunden. Insbesondere wurden Bedenken hinsichtlich der angestrebten Staffelung der Gebührensätze lediglich nach dem jeweiligen Einheitspreis für den <sup>cbm</sup> Baumasse erhoben. Eine Anzahl Ortsgruppen sprachen sich für Beibehaltung des eingebürgerten und auch von den Gerichten anerkannten Systems der Bauklassen-Einteilung mit dem Ausbauverhältnis aus, wobei neben einer Erhöhung der Grundgebühr für die einzelnen Gruppen und Berücksichtigung von Umbauten eine Verbesserung der bisherigen Gruppen-Einteilung erfolgen sollte. Nachdem schon der Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein sich in einer Denkschrift gegen den Entwurf ausgesprochen und neue Vorschläge gemacht hatte, ist jetzt auch vom Architekten- und Ingenieur-Verein in Hamburg ein neuer Vorschlag für eine Gebührenordnung ausgearbeitet worden, der das System der jetzigen Gebührenordnung beibehält und vor allem eine bessere Uebersichtlichkeit der Tabellen erstrebt hat, sodaß der Prozentsatz des Architektenhonorars daraus unmittelbar abzulesen ist. Dieser neue Entwurf beschäftigt jetzt die Ortsgruppen des B. D. A.

Eine engere Fühlungnahme mit den Berufsgenossen in Oesterreich bezweckte ein in den letzten Monaten gepflogener Schriftwechsel des B. D. A. mit der „Zentralvereinigung der Architekten der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ in Wien. Der Bundesvorstand, Hr. Geh. Bt. Prof. Frentzen, hatte anlässlich seiner Teilnahme an einer Gedenkfeier für den verstorbenen Präsidenten der Zentralvereinigung, k. k. Oberbaurat Fellner, Gelegenheit, verschiedene Fragen in mündlichem Gedankenaustausch mit dem Vorstand der Zentralvereinigung zu behandeln. Der eingeleitete Meinungsaustausch läßt eine erfreuliche Verbindung mit den österreichischen Kollegen erhoffen.

Die diesjährige Hauptversammlung des Bundes Deutscher Architekten (13. Bundestag) wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Oktober in Berlin stattfinden. —

—a.

**Pfälzischer Architekten- und Ingenieur-Verein.** 80. Mitgliedervers. vom 14. Mai 1916 zu Kaiserslautern.

Der Besuch der Versammlung war ein recht befriedigender, wenn man berücksichtigt, daß die Mitglieder in der ganzen Pfalz verstreut wohnen und daß viele zum Heeresdienst eingerückt sind oder sich sonst für das Reich in den besetzten Gebieten betätigen.

Der Vorsitzende, Bezirksbaumeister Völcker, gedachte zunächst der uns durch den Tod entrissenen Mitglieder in warmen Worten. Auf dem Felde der Ehre sind geblieben: Regbmstr. Hans Auers, Regbmstr. Bruno Kurzmann, sowie Dipl.-Ing. und Staatsbaupraktikant Walter Zwick. Gestorben sind: Bezirksbaumeister Friedrich Hauser und Bezirksbaumeister Georg Kleinhaus. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser treuen Kollegen durch Erheben von den Sitzen.

Der Verein besitzt zur Zeit 116 Mitglieder. Aus dem Bericht über die Vereinstätigkeit seit der letzten Mitgliederversammlung im Juni 1914 ist hervorzuheben: Die Interessen der Pfalz wurden bei der Bearbeitung des Bürgerhauswerkes mit Nachdruck vertreten. Der hierfür gebildete Ausschuß wird im gleichen Sinn weiter tätig sein. — Die Bestrebungen hinsichtlich der Neuordnung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ fanden allgemeine Anerkennung und Unterstützung, weil nur durch den weitestgehenden Zusammenschluß aller gleichgearteten technischen Verbände die unbedingt nötige

Hebung des Standes erleichtert und den zu stellenden Forderungen der größte Nachdruck verliehen wird. — Zum Bayerischen Distrikts- und Landratsgesetz wurde dem „Verein Höherer technischer Staatsbeamten in Bayern“ eine Abhandlung unseres Mitgliedes Völcker übermittelt. — Infolge des Krieges sind die Verhandlungen mit der K. Regierung wegen Errichtung einer Bauberatungsstelle des „Pfälzischen Architekten- u. Ingenieur-Vereins“ in Kaiserslautern, die vor der letzten Mitgliederversammlung eingeleitet waren, nicht weiter geführt worden. Es empfiehlt sich, mit den Arbeiten bis zur Beendigung des Krieges zu warten. Die Mitglieder Brill und Hussong sind vom Verein beauftragt, mit der Regierung wegen Besprechung und Durchführung des Vereinsvorschlages zu verhandeln. Ähnlich steht es mit den Arbeiten für eine neuzeitliche Bauordnung. — Den aufgetretenen Wünschen um Stellenvermittlung der Kollegen während des Krieges wurde Rechnung getragen; die Bemühungen des Vereins waren meist von gutem Erfolg begleitet. — Die zur Vorbereitung aller für den Verein wichtigen Fragen gebildeten Ausschüsse entfalteten eine rege Tätigkeit. Die Mitglieder und namentlich die Obmänner dieser Ausschüsse beteiligten sich deshalb fleißig an den monatlichen Vorstands- und Ausschuß-Sitzungen des Vereins. — Der Bericht über Kasse und Voranschlag wurde von Arch. Hartung erstattet. Dem Rechner wurde Entlastung erteilt.

Zur Ergänzung der Vorstandschaft wurden neu gewählt die Mitglieder: Dietrich, Geyer, Hartung, Marthaler, Ritter, Schmitt-Kaiserslautern und Schönwetter. Die Vorstandssitzung vom Freitag, den 2. Juni 1916, in Neustadt an der Hardt ergab folgende Amtsverteilung innerhalb der Vorstandschaft: 1. Vorsitzender: Regierungsrat Eickemeyer, Kaiserslautern; 2. Vorsitzender: Bauamtman Schmitt, Kaiserslautern; 1. Schriftführer: Bauamtman Geyer, Kaiserslautern; 2. Schriftführer: Bezirksbaumeister Ritter, Kaiserslautern; Rechner: Architekt Hartung, Landau, Pfalz; Beisitzer: Architekt Dietrich B. D. A. und Architekt Schönwetter in Neustadt a. d. Hdt.; Bauamtsassessor Marthaler in Ludwigshafen am Rhein; Architekt Merz in Hambach, Pfalz. Vertreter im Ausschuß des Bayerischen Arch.- u. Ing.-Vereins: Der 1. Vorsitzende.

Sodann wurden Neuwahlen zur Ergänzung der Ausschüsse vorgenommen. Die 6 bestehenden Ausschüsse sind nunmehr in folgender Weise zusammengesetzt:

1. Wettbewerbswesen (7 Mitglieder): Prof. Brill, Regierungsrat Eickemeyer und Bauamtman Hussong in Kaiserslautern; Architekt Cappel in Edenkoben; Arch. Hartung in Landau in der Pfalz; Stadtr. Meyer in Pirmasens und Arch. Schulte in Neustadt. Obm.: Hussong.
2. Bürgerhauswerk (4 Mitglieder): Prof. Brill, Bauamtman Hussong und Architekt Miller in Kaiserslautern; Architekt Hartung in Landau, Pfalz. Obmann: Brill; Stellv.: Hussong.

3. Aenderung der Bauordnung (6 Mitglieder): Bauamtman Anding in Speyer am Rhein; Architekt Cappel in Edenkoben; Architekt Dietrich in Neustadt a. d. Hardt; Bauamtman Hussong, Diploming. Marx und Bezirksbmstr. Ritter in Kaiserslautern. Obm.: Anding.

4. Gebühren der gerichtlichen Sachverständigen, Erteilung von Auskunft und Benennung von Sachverständigen (6 Mitglieder): Prof. Brill, Regierungsrat Eickemeyer und Diploming. Marx in Kaiserslautern; Architekt Cappel in Edenkoben, Architekt Dietrich in Neustadt; Bezirksbmstr. Völcker in Landau. Obm.: Völcker.

5. Bauberatungsstellen (6 Mitglieder): Bauamtman Anding in Speyer am Rhein; Prof. Brill, Bauamtman Hussong und Bezirksbaumeister Ritter in Kaiserslautern; Architekt Hartung in Landau, Pfalz, und Arch. Schönwetter in Neustadt a. d. H. Obmann: Hussong.

6. Privatarchitekten (6 Mitglieder): Architekt Cappel in Edenkoben; Architekt Dietrich und Architekt Schönwetter in Neustadt a. d. Hardt; Architekt Hartung in Landau, Pfalz; Architekt Hiller in Kaiserslautern; Architekt Schmidt in Landstuhl. Obmann: Dietrich.

An die Vereinssitzung im Bayerischen Hof zu Kaiserslautern schloß sich ein fesselnder Vortrag mit Lichtbildern im Sitzungssaal des Pfälzischen Gewerbemuseums in Kaiserslautern an, den unser Mitglied, Prof. Dr.-Ing. und Direktor der A.-G. Wayss & Freytag in Neustadt a. d. Hardt Emil Moersch über „Kunstabauten für die Gleisüberschneidungen vor dem Hauptbahnhof Stuttgart“ hielt. In den Mitteilungen über Zement, Beton- und Eisenbetonbau, XI. Jahrgang 1914, No. 16, 17 und 19 der „Deutschen Bauzeitung“ hat der Vortragende den Gegenstand näher behandelt. Die in vortrefflichen Lichtbildern dargestellten Bauwerke dienen zur Aufnahme und Ueberleitung der in 3 verschiedenen Höhenlagen und aus 3 verschiedenen Richtungen im Hauptbahnhof Stuttgart ankommenden Gleise. Weil jede

schienengleiche Kreuzung vermieden werden mußte, wurden 2- und 3-stöckige Kunstbauten bis zu mehr als 21 m Höhe — die bis zu 16 m tiefe Gründung auf Eisenbetonpfähle nicht mitgerechnet — notwendig, sodaß innerhalb der Bauten bis unmittelbar vor die Bahnhofshalle mit unverminderter Geschwindigkeit gefahren werden kann. Für den Eisenbahnbetrieb dürfte bisher in Eisenbeton wohl noch kein kühneres Bauwerk hergestellt worden sein. Die Berechnung der einzelnen Bauwerksteile und ihre Eisenbewehrung gestaltete sich schwierig und umständlich, weil bei der geringen Tragfähigkeit des Baugrundes neben der ständigen und Verkehrslast ganz ungleichmäßige Beanspruchungen durch Erddruck, die Wirkungen der Zug-Brems- und -Fliehkkräfte, dann ihrer Seitenstöße, sowie die Änderungen infolge des Wärmewechsels zu berücksichtigen waren. Bei der Kürzung von Eisenbetonpfählen, welche wegen der ungleichmäßigen Tiefe des tragfähigen Baugrundes nicht ganz eingerammt werden konnten, wurde mit großem Vorteil der Preßluftmeißel verwendet. Zunächst wurden entlang den Längseisen Nuten geschlagen und die Spiraldrähte mit dem Meißel mühelos durchschnitten; darauf folgte die Entfernung des Betons des Pfahlkernes ohne Schwierigkeit und die Verbindung der freigelegten Längseisen mit der Bewehrung der aufgehenden Säulen. Der Beton wurde von den Fahrgerüsten aus, nachdem er noch einmal etwas durchgearbeitet war, durch Trichter und Blechröhren in plastischem Zustand eingegossen. Ein eigentliches Stampfen war wegen der vielen Eiseneinlagen nicht möglich, man erzielte jedoch durch Rühren und seitliches Anschlagen mit den für den Stampfbeton benutzten Preßluftstampfern an die Schalung, daß der Beton die letztere dicht ausfüllte und daß man glatte Flächen erhielt, die sich kaum von einem Verputz unterscheiden.

Die Niederlassung Stuttgart der A.-G. Wayss & Freytag hatte zur Durchführung der Bauarbeiten im Betrag von rund 3 Millionen M. 32 Monate Zeit erhalten; mit Ausnahme von kleineren Nebenarbeiten waren die Bauwerke jedoch schon nach 22 Monaten fertiggestellt — eine bewundernswerte Leistung, wenn man bedenkt, daß sie rund 45000 cbm Erdaushub, 60000 cbm Stampfbeton, 15000 cbm Eisenbeton und 21000 lfd. m Eisenbetonpfähle umfaßten.

Der Vortragende erntete für seine vortrefflichen Ausführungen den lebhaften Dank aller Zuhörer.

Der dann folgende Besuch der neuen Kaserne des K. B. 23. Infanterie-Regiments in Kaiserslautern bot sehr viel Angenehmes. Die schöne Lage der Anstalt, ihre Sauberkeit und ihre in gesundheitlicher Beziehung vorbildlichen Einrichtungen machten den besten Eindruck. —

**Vereinigung Berliner Architekten.** V. ordentl. Mitgl.-Vers. am 3. Februar 1916. Vors.: Hr. Wolffenstein.

Zu der Sitzung, die im Hörsaal des Kunstgewerbemuseums stattfand, waren der „Architekten-Verein“ zu Berlin, der „Berliner Künstlerverein“, der „Kunstgewerbe-Verein“, der „Werkbund“ und der „Deutsche Bund Heimatschutz“ eingeladen. — Hr. Wolffenstein begrüßte die Erschienenen und wies darauf hin, daß für die nächste Zukunft eine engere Fühlungnahme der gleichen Kunstziele verfolgenden Verbände unter sich empfehlenswert erscheine, um ein wirksames Zusammengehen im künstlerischen Interesse zu ermöglichen.

Hr. Geh. Baurat Prof. Dr. Albrecht Haupt aus Hannover hielt darauf einen mit zahlreichen Lichtbildern erläuterten Vortrag über „Die Anfänge germanischer Baukunst“. In der Einleitung wandte sich der Vortragende zunächst gegen den Dünkel unserer Feinde mit ihrer angemaßten „mehr als 2000-jährigen Kultur“ gegenüber dem bei uns noch immer herrschenden „Barbarismus“. Diese Anmaßung gründe sich vor allem auf die ragende Steinwelt aus der klassischen Kunstwelt Südeuropas. Diesen Dünkel hätten wir freilich selber geschaffen durch unsere einseitige (? Die Red.) Bewunderung jener Schöpfungen. Und doch beruhe die gesamte Kunstleistung des heutigen und doch beruhe die gesamte Kunstleistung des heutigen — nicht des antiken — erst auf dem gewaltigen Zugestrom germanischen Blutes und Könnens seit der Völkerwanderung, noch viel mehr in Frankreich, England und Spanien. Slawien komme überhaupt nicht in Betracht. Die gewaltige Lücke zwischen Antike und Mittelalter füllten die germanischen Kunstleistungen bis zum Schluß des 1. Jahrtausends aus. Aber was die Germanen damals für die bildende Kunst, insbesondere die Baukunst, schufen, sei verschwunden und vergessen! Was von bedeutenden Werken in jenen Gegenden noch vorhanden sei, hätten jene Völker sich angemaßt, unterstützt durch eine wissenschaftliche Kunstforschung auch deutschen Ursprunges, die es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheine, unseren germanischen Vorfahren alle künstlerische Eigenkraft abzusprechen und den Besitz aller Schönheit dem Süden und

nahen Orient zuzuweisen. Wer Anderes zu sagen versuche, werde gänzlicher Unwissenschaftlichkeit bezichtigt!

Und doch hätten die Tatsachen Anderes bewiesen. Mühsam sei es gelungen, den Anfängen germanischer Kunst näher zu kommen. Mit der wachsenden Erkenntnis ergebe sich jetzt schon eine überraschende Summe germanischer Kunstleistungen seit der Völkerwanderung. Durch unsere Altertumsforschung sei unbestritten festgestellt, daß der germanische Norden bereits vor 4000 Jahren in der jüngeren Bronzezeit das übrige Europa weit überlagte. Die Gräber und die Kirchenschätze hätten sich geöffnet. Die ost- und westgotischen, longobardischen, merowingischen, angelsächsischen, deutschen und skandinavischen Arbeiten aus Gold, Silber, Bronze, Eisen und anderen Metallen seien heute nicht mehr allein der Stolz südeuropäischer Museen und Kirchen, sondern auch im Norden in Ueberfülle uns vor Augen. Aber die nordischen Denkmale der Baukunst seien scheinbar alle verschwunden, denn sie waren von Holz! Wir erkennen aus Funden, daß selbst im hohen Norden bereits im 7. und 8. Jahrhundert eine herrliche Blüte der Holzbaukunst im höchsten Schmuck künstlerischer Durchbildung lebte. Nordische Wikingerschiffe, uralte Holzkirchen und andere Reste bildeten heute noch die Zeugen jener glänzenden Kunstzeit, hinter denen die Leistungen ihrer Zeitgenossen in den anderen germanischen Ländern sicherlich nicht zurückständen. Selbst Steindenkmäler seien aus der Zeit der Germanenhöfe vorhanden, freilich meist in den einst von Germanen beherrschten Südländern, in Italien aus der Ostgoten- und Longobardenzeit, in Spanien die Bauwerke der Westgoten, in Frankreich der Franken, in England der Angelsachsen; auch in Deutschland Manches. Alle diese Werke hätten aber besondere Eigenart: ihre Formen entstammen unverkennbar dem Holzbau der Germanen. Ohne Zweifel stehe der beste Teil davon, außer etwa dem herrlichen Theodorich-Grabmal zu Ravenna, noch in Spanien, wo sie der Vortragende auf vielen Reisen gründlich erforschte. Vor allem die schönen Kirchen bei Oviedo, zu Basos usw., die Königshalle zu Naranco, das Urbild des Goslarer Kaiserhauses. In diesen Bauwerken sehe man die gesamte mittelalterliche Baukunst bereits vorgebildet.

So ständen nun jene Anmaßer der Kultur tatsächlich mit der ihrigen erst auf den Schultern der Germanen, und ihr Kulturgeprähle mit Eigenem bleibe hohl! Pflicht des neuen Deutschland müsse es werden, sich endlich von jenem Fremdentum mehr ab- und dem eigenen künstlerischen Besitz zuzuwenden. Dann würden wir staunend gewahren, welche unerwartet reiche eigene Kunstschatze sich uns offenbaren, die uns wenigstens unendlich viel kostbarer sein müßten als jene gepriesene Herrlichkeit fremder und feindlicher Völker.

Der Vortrag, besonders die zum ersten Mal der Öffentlichkeit in Wort und Bild vorgeführten neuesten Forschungsergebnisse des Redners, fand großen Beifall. — Hr. Wolffenstein greift den Ruf des Vortragenden an die Versammlung auf, daß wir uns von jetzt an auf uns selbst besinnen sollten. Jeder Deutsche müsse die Schätze in Deutschland kennen lernen, um aus ihnen das Material zur Neugestaltung der deutschen Baukunst zu verwerten. —

Ktz.

**Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg.** Vers. am 29. Okt. 1915. Vors.: Hr. Classen. Anwes.: 65 Pers. Hr. Schumacher sprach über Eindrücke von der Reise zur Tagung für Denkmalpflege in Brüssel 1915. Redner geht aus von der Bedeutung, welche die Einrichtung der Denkmalpflege-Tagungen sich im Laufe der Zeit im architektonischen Leben errungen hat. Die Besonderheit liegt darin, daß sie zwischen dem Kunsthistoriker und dem Architekten, zwischen Konservatoren-Tätigkeit und städtebaulicher Tätigkeit die nötige Fühlung herstellt. Die geplante Tagung in Augsburg konnte nicht stattfinden, an ihre Stelle trat eine Tagung in kleinem geladenen Kreis, die unter dem Protektorat des Generalgouverneurs in Brüssel Ende August 1915 stattfand. Diese Tagung war der Anlaß zu der Reise, deren Eindrücke der Redner schilderte. Der Ueberblick über das, was die Kämpfe im Westen an historischen Denkmälern berührt haben, so führte Redner aus, erweckt genau betrachtet, trotz einzelner sehr schmerzlicher Verluste, eine Genugtuung darüber, daß unter den gegebenen Verhältnissen in diesem eng besiedelten Land nicht noch mehr zum Opfer gefallen ist. Vieles, was im ersten Augenblick erschreckend wirkt, erweist sich bei eingehender Untersuchung als wiederherstellbar, insbesondere bei den gotischen Kirchen, deren Konstruktionsgerippe den Gefahren Stand gehalten hat. Für die Verluste an Kunstdenkmälern, die man zum Weltbesitz rechnen darf, in Dirmuiden, Ypern und Reims trägt der Gegner durch die Art seiner Kriegsführung die volle Verantwortung.



Sobald die kriegerischen Ereignisse es zuließen, hat von deutscher Seite eine rührige Denkmalpflege in Belgien unter Leitung des Direktors von Falke eingesetzt. Maßregeln gegen Verschleppung wertvollen Kunstbesitzes und Maßregeln zur Wiederaufstellung der abgeräumten Museen in den Hauptstädten wurden ergriffen. Es zeigt sich, daß die beweglichen Kunstschatze, an denen Belgien besonders reich ist, durch den Krieg kaum gelitten haben.

Neben den Fragen kunsthistorischer Tätigkeit, die zur Zeit sogar zu wissenschaftlichen Arbeiten über einzelne Denkmäler des belgischen Gebietes geführt hat, treten aber auch Fragen für die praktische architektonische Betätigung hervor. Nicht etwa wie in Ostpreußen, wo die Aufgaben eines wirklichen Wiederaufbaues bereits praktisch behandelt werden können, sondern mehr indirekt. Mögen zur Zeit die Regungen belgischer Bautätigkeit auch noch so gering sein, sie sind doch symptomatisch, und mit manchem Bau können Fragen allgemeiner Natur zusammenhängen, die städtebaulich für die Zukunft von Wichtigkeit sind. Der Redner erörterte die ästhetischen Gesichtspunkte, die dadurch berührt werden, vor allem aber die städtebaulichen, die er an Hand der Schilderung des Besuches von Mecheln, Löwen und Liers an einzelnen Beispielen erläutert. Dabei entwickelt er ein Bild des gegenwärtigen Zustandes der belgischen Architektur, deren Mängel kurz vor dem Krieg ähnlich wie bei uns zu einer Art Verunstaltungsgesetz geführt haben, dessen Ortsstatute noch der Ausbildung harren. Zu den mancherlei Eindrücken, den diese Städte boten, kommt dann schließlich noch Antworten, wo die Tagung mit einer Fahrt auf der Schelde abschloß.

Redner durfte dann noch weiter in das eigentliche „Operationsgebiet“ vordringen. Er schildert Gent und Brügge in ihrer Umwandlung zu deutschen Heereslagern, vor allem aber die buntbewegten Bilder, die sich bei einer Fahrt auf dem „Canal maritime“ von Brügge nach Zeebrügge und von dort über Blankenberghe nach Ostende boten. Ein Besuch in Namur beendete die Fahrt.

Reicher Beifall lohnte den Vortrag, den Redner durch Beobachtungen und Bemerkungen persönlicher Art würzte. —

**Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein.** Am 19. Oktober 1915 besichtigte der Verein die Akademiebauten der nunmehr in Benutzung befindlichen Universität im neuen Krankenhaus-Viertel am linken Main-Ufer, zwischen Kaiser Wilhelm- und Eisenbahnbrücke, unter Führung und Erläuterung durch Vorträge des Magistratsbauamtes Wilde und des Anatomie-Direktors Prof. Dr. Goepfert, wobei Stadtbaumeister Steinbichler als ausführender Architekt mitwirkte. Die Besichtigung erstreckte sich auf das von Geh. Kommerz.-Rat Theodor Stern mit einem Opfer von 420 000 M. gestiftete, nach ihm benannte fast fertige Haus und das Normale Akademie-Gebäude, sowie auf die maschinellen Anlagen. Diese Neubauten sind im November 1913 begonnen und in 11 Monaten ausgeführt worden, unterbrochen durch den Krieg und durch Belegung mit Verwundeten. Nach dem Universitäts-Vertrag hat die Gemeinde Frankfurt die Errichtung der neuen medizinischen Institute und die Verpflichtung übernommen, der vor etwa 100 Jahren gemachten Dr. Senckenberg'schen Stiftung auf dem Gelände des städtischen Krankenhauses einen Bauplatz von rd. 3000 qm Fläche für die Erbauung einer Akademie im Erbbau unentgeltlich zu übertragen. Die Pläne sind im Einverständnis mit der Stadt festgelegt; die Ausführung geschah durch das Hochbauamt, Abt. III, deren Beamte oben genannt sind. Die Dringlichkeit erheischte die Errichtung einer besonderen im Benehmen mit der Stiftung stehenden Baukommission, welche zur Vermeidung von Mehrkosten über 350 000 M. hinaus die wissenschaftlichen Räume vorerst nur teilweise bei entsprechender Erweiterungs-Möglichkeit ausführen ließ. Die Pläne sind nach Maßgabe der mustergiltigen Marburger Anstalten unter steter Beratung mit deren Vorstand, Geh. Rat Prof. Dr. Gaeser unter Wilde's Oberleitung entworfen und ausgeführt worden, unter Einzeldurchführung durch Stadtbaumeister Steinbichler. Der normale Akademie-Bau besitzt einen zunächst für 108 Zuhörer bemessenen, aber auf Erweiterung für 350 eingerichteten Hörsaal. Das Th. Stern'sche Haus enthält 4 Institute, I das physikalisch-physiologische, II das chemisch-physiologische, III das pharmazeutische und IV dasjenige für Kolloid-Forschung. Der große Mittelsaal, an den sich die sehr ausgedehnten ebenfalls nach den neuesten Erfahrungen eingerichteten übrigen Räume anreihen, faßt 200 Personen samt 40 Galerie-Plätzen und reicht bis ins Dachgeschoß, links schließt sich No. I an, rechts im Winkel No. II mit großem Licht-hof, in der Achse No. III und darüber No. IV. Die Baukosten betragen 490 000 M., die der Einrichtung 175 000 M.

In seiner Uebersicht der Baugeschichte der Anatomie gab Hr. Wilde an, daß in der I. Periode das ursprüngliche Gebäude 1886—1904/5 z. T. abgerissen wurde; Ersatz im Jahre 1905 bei Gründung der Akademie durch die Senckenberg-Stiftung und Aufbau auf dreieckigem Grundstück in der II. Periode; in der III. 1906—1912 Errichtung des Krankenhauses mit 1800 Betten für Männer und Frauen. Baracken traten bei Benutzung der chirurgischen und medizinischen Klinik hinzu. Prof. Goepfert erklärte die wissenschaftlichen Einrichtungen an der Hand der Pläne und beim Rundgang. Den Schluß bildete die Begehung des Maschinenhauses, sodaß die Anwesenden einen Ueberblick hatten über Umfang und Bedeutung dieser durch den Krieg in ihrer Benutzung vorerst noch beeinträchtigten großartigen wissenschaftlichen Anstalt. — Gerstner.

**Mecklenburgischer Architekten- und Ingenieur-Verein zu Schwerin.** Versammlung am 10. April 1916.

In dieser Versammlung hielt Ob.-Ing. König von der „Ozongesellschaft Berlin“ einen Vortrag mit Lichtbildern über die Wasserversorgung im Allgemeinen und über die Wasserreinigungs-Anlagen mittels „Ozon“ im Besonderen. Dem Vortrag entnehmen wir Folgendes: Ozon ist die zweite Modifikation des Sauerstoffes, eines der stärksten Oxydationsmittel und verbrennt daher, mit gesundheitsschädlichem Wasser zusammengebracht, nicht nur die Bakterien, sondern auch die organische Substanz des Wassers. Hierdurch wird das Wasser nicht nur steril gemacht, sondern es wird auch vollständig von üblem Geruch und Geschmack befreit, sodaß es die Eigenschaften des guten Quellwassers erhält. Durch das gleichzeitig erfolgende Verbrennen der organischen Substanz wird den Bakterien der Nährboden im Wasser entzogen, dieses kann deshalb auch nachträglich nicht mehr durch Bakterien verunreinigt werden, da diese keine Lebensbedingungen mehr vorfinden. Das Wasser bleibt in den Rohrleitungen somit dauernd steril. Bei Verwendung von Ozon-Sterilisationsanlagen kann daher Oberflächenwasser aus Bächen, Flüssen, Teichen oder Seen zur Trinkwasserversorgung herangezogen werden.

Durch Signal oder automatische Vorkehrungen wird jede Betriebsstörung der Ozonanlagen angezeigt. Es wird dadurch verhindert, daß „nicht einwandfreies“ Wasser Verwendung findet. Die Anlagen arbeiten stets mit einem Ueberschuß an Ozon, damit jeder Veränderung des Wassers Rechnung getragen wird. Durch diese Maßnahme ist gleichzeitig auch ein Mittel geschaffen, sich von der Sterilität des Wassers zu überzeugen, während diese Feststellung bei jeder anderen Wasserreinigung eine umständliche und langwierige Untersuchung erforderlich macht, deren Ergebnis frühestens nach 48 Stunden, also 2 vollen Tagen feststellbar ist. Während dieser Zeit kann natürlich durch das Wasser schon eine größere Infektion eingetreten sein. Nach der Ozon-Behandlung des Wassers fällt das Wasser über einen kleinen Ueberfall, wodurch das mitgerissene Ozon wieder frei wird und in den gewöhnlichen Sauerstoff innerhalb einer Minute zerfällt. Die Ozonanlagen sind vom Koch'schen Institut, vom Kais. Gesundheitsamt und Pasteur'schen Institut sowie anderen hygienischen Anstalten jahrelang geprüft worden und als dauernd gute Wasserreinigung empfohlen worden.

Da die Ozon-Wassersterilisations-Anlagen in allen Abmessungen und für alle Leistungen gebaut werden (die Ozon-Gesellschaft lieferte z. B. von der kleinen Serie eine größere Anzahl Anlagen für eine Stundenleistung von 0,5; 1,2; 3 und 5 cbm Trinkwasser), so dürfte diese Neugestaltung der Wasserversorgung auch für das Mecklenburger Land besonderes Interesse haben. Jedes Gut, jeder Erbpachthof und jede noch so kleine Gemeinde ist, der geringen Anschaffungs- und Unterhaltungskosten der Anlagen wegen, in der Lage, sich eine derartige Einrichtung zu verschaffen. Außer den oben angedeuteten Anlagen sind auch Hausapparate (in ungefährer Größe eines Elektrizitätszählers oder Gasmessers) geschaffen worden, die an einzelne Zapfstellen der Hauswasserleitung unmittelbar angeschlossen werden können und automatisch arbeiten. Als Gegenstück zu diesen kleinsten Ausführungen (etwa 200 l Wasser/St.) seien die mittleren Anlagen von Paderborn (3000 cbm/Tag) und Chemnitz (11 000 cbm/Tag) und die größeren von Petersburg (57 000 cbm) und Paris (90 000 cbm/Tag) erwähnt. —

Inhalt: Baugeschichtliches von der Bagdadbahn. — Zum hundertjährigen Bestehen der evangelischen Stadtkirche in Karlsruhe. — Vermischtes. — Chronik. — Vereinsmitteilungen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Weberhaus in Augsburg. Teilansicht der Südseite.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. G. m. b. H. in Berlin.



# DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 52. BERLIN, DEN 28. JUNI 1916.

## Der neue Bahnhof in Stuttgart-Cannstatt.



Am 1. April dieses Jahres ist der erste, südliche Teil des neuen Personenbahnhofes des Stuttgarter Vorortes Cannstatt dem Betrieb übergeben worden. Dieser Teil hat zugleich ein nach der Seite des Wassers gelegenes, durch die Friedrich- und die Sand-Straße zugängliches vorübergehendes Empfangsgebäude erhalten. Ueber den eröffneten Teil des Neubaus und über die Pläne im Ganzen entnehmen wir dem württemb. „Staats-Anzeiger“ sowie dem „Schwäb. Merkur“ Folgendes:

Der Neubau umfaßt 4 Hauptgleise, 3 Personen- und 2 Gepäckbahnsteige, sowie ein auf der Seite gegen den Neckar erstelltes zeitweiliges Empfangsgebäude. An dem diesem zunächst gelegenen Bahnsteig 5 werden im Allgemeinen die Züge der Richtung Eßlingen, an dem Bahnsteig 4 die Remsbahn- und Murrbahnzüge (der Richtungen Stuttgart und Waiblingen) und am Bahnsteig 3 die auf der Hauptbahn in der Richtung Stuttgart verkehrenden Züge abgefertigt. Der Zugang zu den Personenbahnsteigen erfolgt durch eine 7 m weite Unterführung, die künftig von der Halle des auf der Stadtseite neu zu erbauenden Empfangsgebäudes ausgehen wird und vorerst von dem zeitweiligen Empfangsgebäude aus zu benutzen ist. Dieses Gebäude ist ein größtenteils einstöckiger Bau, der die Räume für die Kassen und für den Gepäc-

Expresgut-Verkehr, eine Halle, sowie Warteräume mit einer Schenke und die Aborte enthält. Die Stationsdiensträume sind auf Bahnsteighöhe angeordnet; der Fahrdienst ist in dem östlichen Stellwerk untergebracht. Von den nördlich der Bahn gelegenen Stadtteilen ist der Zugang zum Empfangsgebäude durch die neue Unterführung für die Sand-Straße oder die König-Straßen-Unterführung und die Friedrich-Straße zu nehmen.

Mit der nunmehr in Betrieb befindlichen Bahnstrecke ist der neue Bahnhof durch hoch gelegte Zufahrtlinien verbunden. Die in der Richtung Stuttgart gelegene Zufahrt führt über die neue Neckar-Brücke und durch den neuen Rosenstein-Tunnel. Im Zug des Remsbahn-Anschlusses liegt die in der Nähe des Einganges zur Eisenbahn-Werkstätte erbaute große Ueberführung über 6 Gleise. In der Richtung Untertürkheim münden die neuen Gleise gegenüber dem östlichen Ende der Werkstätte in die seit Nov. 1913 in Betrieb genommenen Fernbahngleise ein.

Sobald es der Stand der jetzt in Angriff zu nehmenden Bauarbeiten auf der Stadtseite des Bahnhofes erlaubt, wird dafür gesorgt, daß vom Bahnhof-Platz aus ein unmittelbarer Zugang zu den neuen Anlagen hergestellt wird.

Beim vorläufigen Empfangsgebäude, das ein bescheidener, größtenteils einstöckiger Bau ist, war im Grundriß auf den zeitweise stark anschwellenden Arbeiter-

## Akademie und Baukunst.



Im September des Jahres 1912 hat Otto Wagner in seinem zweiundsiebzigsten Lebensjahr die k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien, in der er 18 Jahre lang als Lehrer einer der beiden Baukunstschulen Unterricht erteilte, verlassen, weil das österreichische Beamten-gesetz mit seinen Vorschriften über die Altersgrenze das verlangte. Er ging „unermüdet und befriedigt“, wie er schrieb. Man hatte ihm das sogenannte „Ehrenjahr“ zugestanden, d. h. man hatte ihm als Auszeichnung erlaubt, über das 70. Lebensjahr hinaus noch ein weiteres Jahr seine Schüler in der Baukunst zu unterweisen. Bekanntlich haben wir in Deutschland diese Altersgrenze nicht. Ob das wohlthätigen oder nachteiligen Einfluß auf die Kunstübung hat, mag streitig bleiben. Wagner schied die Kunstübung nicht schematisch, sondern mehr nach persönlichen Gesichtspunkten beurteilt werden sollte, aber auch „befriedigt“, denn: „aus meiner Schule sind, wie dies alle Kulturzentren bestätigen, beinahe nur aus-gezeichnete Baukünstler hervorgegangen, ein Umstand, der seine Begründung im Statute der k. k. Akademie findet, welches den Lehrer berechtigt, die Wahl unter den sich meldenden Schülern in Bezug auf An-

zahl und Eignung zu treffen.“ Damit sind wir an einem Punkte angelangt, an dem die meisten bestehenden Akademien heute noch leiden und infolge dessen nicht die Entwicklung genommen haben, die ihrem Ursprung und ihren Gründungsgedanken entspricht. Denn was ist eine Akademie und was soll sie leisten? Schon daß sie auf Platon und den der Nachwelt überlieferten Kreis, der ihn umgab, zurückgeht, daß sie von dem Garten des Akademos in Athen, in dem Platon seine Vorträge hielt, ihren Namen hat, deutet darauf hin, daß sie einen Kreis von Auserwählten umschließt. Einer der Medizäer, Cosimo, der Sammler von Antiken und Gemälden, stiftete etwa um 1570 die Platonische Akademie in Florenz. Es waren wissenschaftliche Gründungen. Die Ausbildung der Kunst war meist noch an die Werkstätte eines Meisters geknüpft. 1386 entsteht zwar in Florenz eine Malergesellschaft des heil. Lukas, aber erst 1571 erhielt sie durch Cosimo I. den Charakter als Kunst-Akademie. 1494 begründete Lionardo da Vinci die Akademie in Mailand unter Lodovico Sforza. Die Accademia di San Luca in Rom wird durch Gregor XIII. aus der alten Universität der schönen Künste geschaffen. 1648 entsteht die Akademie in Paris, die Colbert auch auf Architekten erstreckte. Sie erwirbt sich in der Villa Medici in Rom einen Sitz. Zu Ende des XVII. und im XVIII. Jahrhundert entstanden zahlreiche weitere Akademie-Gründungen in ganz



verkehr besonders Rücksicht zu nehmen. In einer dem Personentunnel vorgelagerten Halle gabelt sich daher der Verkehr. Von Fernreisenden dauernd benutzt wird der östliche Ein- und Ausgang, an dem die Fahrkartenschalter liegen; die westliche geräumige Aus- und Eingangshalle wird nur morgens, mittags und abends kurze Zeit geöffnet für die zahlreichen täglich zur Arbeit fahrenden Reisenden, die mit Zeitkarten versehen sind und nicht zum Schalter zu gehen haben. Zwischen beiden Zugängen, innerhalb der Sperre, befinden sich die Warteräume mit einer Schänke. An der Seite der Fahrkartenschalter gelangt man durch einen Gang zur Gepäckaufgabe. Der Gepäckraum nimmt an seiner anderen Seite unmittelbar von der Straße her das Expressgut auf und liegt am Kopf des Gepäcktunnels. Die Aborte für das Publikum schließen sich an die große offene Ausgangshalle an. Die Stations-Dienststräume sind auf Gleishöhe, d. h. von der Straße aus in einem Obergeschoß angeordnet, der Fahrdienst ist, wie schon oben bemerkt, in das große östliche Stellwerk verlegt. Das vorläufige Empfangsgebäude ist mit den einfachsten Mitteln, in der Hauptsache aus Holz hergestellt.

Aus den zahlreichen Kunstbauten treten in erster Linie der Rosenstein-Tunnel und die Neckar-Brücke hervor. Der Tunnel\*) ist ein Zwillingtunnel mit je 2 Gleisen; er wurde durchweg in offenem Einschnitt erbaut, längs des Schlosses unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen; der fertige Tunnel wurde bis zur ursprünglichen Geländehöhe wieder überschüttet. Widerlager, Sohlen- und Deckengewölbe bestehen aus Stampfbeton. Die Deckengewölbe erhielten außen eine Abdichtung und Entwässerung, innen wurden sie zum Schutz gegen Rauchgase mit einem Anstrich versehen. Die Kosten des Tunnels haben sich auf 1 247 000 M. belaufen. Bei der Neckar-Brücke\*\*), die einen Gesamtaufwand von 1 848 000 M. erforderte, sind sämtliche Grundmauern, Pfeiler und 5 der Gewölbe in Stampfbeton unter Anwendung von Preßluftstempelung ausgeführt worden, während die Gewölbe der 2 kleineren Öffnungen für die Straßen am Anfang und Ende der Brücke aus Eisenbeton hergestellt wurden. Die über und unmittelbar neben dem Flußbett gelegenen 3 großen Gewölbe mit 54 cm und 49 m Stützweite haben in den Kämpfern und im Scheitel Gelenke aus Gußstahl erhalten. Die Pfeiler ruhen teils auf Steinmergelschichten, teils auf festgelagertem Kies, ihre Gründung erfolgte in offenen, 5–7 m unter Niederwasser tiefen Baugruben zwischen Larssen-Spunddielwänden. Als Schutzmittel gegen Angriffe durch die in den Baugruben aufgetretene Kohlensäure wurde in der Sohle dem Beton Biber Mörtel zugemischt und es wurden die Seitenwände mit Innertol-Anstrich versehen. An den Sicht-

flächen der Brücke fand ein Vorsatzbeton Verwendung, der einen Zusatz von Sauerwasser-Kalksteingrus erhalten hatte und nach eingetretener Erhärtung vom Steinhauer überarbeitet wurde. Bei der auf die Neckarbrücke folgenden Königstraßen-Unterführung wurde die bisherige Weite von 16 m auf 24 m vergrößert; der Ueberbau besteht aus Eisenkonstruktion mit Schotterbett-Durchführung. Die Kosten des ersten Bauteiles dieser Brücke stellen sich auf 281 000 M. Auch die am südöstlichen Bahnhof-Ende gelegene Karlstraßen-Unterführung wurde von 15 auf 18 m erweitert; ihr Betongewölbe, wie auch das der nebenliegenden 12 m weiten Sandstraßen-Brücke, ist bewehrt. Diese beiden Bauwerke kosteten 342 000 M. Für den Verkehr zwischen den nördlich der Decker-Straße gelegenen Stadtteilen und dem neuen Güterbahnhof auf der Seite des Exerzier-Platzes, sowie den zwischen diesem Bahnhof und der Karl-Straße liegenden Bauquartieren ist eine wesentliche Verbesserung durch die Einlegung einer Fußweg-Unterführung am Eingang zur Werkstätte geschaffen worden. Zu dem Kostenaufwand von 214 000 M. leistete die Stadt Stuttgart einen Beitrag von 60 000 M. Für die weiteren großen und kleinen seit dem Jahr 1910 auf der Strecke vom Rosenstein-Park bis gegen Untertürkheim und in der Richtung nach Wangen hergestellten Kunstbauten und Stützmauern sind rund 2 200 000 M. ausgegeben worden. Der für die Hochbauten in der Wagen-Werkstätte, auf dem neuen Güterbahnhof und für das vorläufige Empfangsgebäude, sowie die Stellwerksbuden auf dem Personenbahnhof Cannstatt entstandene Aufwand berechnet sich auf 760 000 M. Die gesamten bis jetzt auf die vorgenannten Neubau-Strecken aufgewendeten Kosten betragen ohne die Ausgaben für den Grunderwerb 12 Mill. M. Bei der Ausführung dieser Anlagen, die zum Teil unmittelbar neben in Betrieb befindlichen Bahnen stattfinden mußten, wurden wiederholte Verlegungen der Betriebsgleise nötig, und es waren, auch mit Rücksicht auf die stark wechselnden Untergrundsverhältnisse, mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. Erhebliche Unfälle sind nicht vorgekommen.

Die Ausführung des zweiten Bauteiles des Bahnhofes Cannstatt und der weiteren Zufahrtswege wird voraussichtlich nicht vor dem Jahr 1920 beendet werden können; das neue Empfangsgebäude kann jedoch früher dem Verkehr übergeben werden. —

### Vermischtes.

**Die neuen Kuranlagen in Aachen.** Die alte Kurstadt hat ihre Kurmittel durch umfangreiche Neubauten auf die Höhe der Forderungen der Gegenwart gebracht und die Neubauten am 8. Juni dem Verkehr übergeben. Schon das römische Aachen war im Besitz eines Badegebäudes für die heißen Mineralquellen, das durch die 6. römische

\*) Vergl. Deutsche Bauztg. „Mitteilungen über Zement, Beton- und Eisenbetonbau“, Jahrg. 1914, S. 73 ff. mit zahlreichen Abbildungen.  
\*\*) Desgl. Jahrg. 1914, S. 81 ff.

Europa, 1694 die zu Berlin, 1705 die in Dresden als Malerschule und 1764 auf Bildhauer, Architekten und Kupferstecher erweitert, 1774 die in Kassel. Dieses nur flüchtige Bild der Entwicklung zeigt, daß es sich bei diesen Anstalten um Gründungen höherer Art, um Blüten einer hoch entwickelten Kultur handelt. Von dieser Höhe sind unsere Akademien zum Teil herabgestiegen und zu bloßen Kunstschulen mit schulhaftem Lehrbetrieb, nicht mit künstlerischer Schaffensweise, geworden. Namentlich die Pflege der Baukunst an den deutschen Kunst-Hochschulen steht gegen die Pflege dieser Kunst im Ausland nicht selten zurück. Wir haben bei diesem Urteil Wien und das ihm zum Vorbild gewordene Paris im Auge.

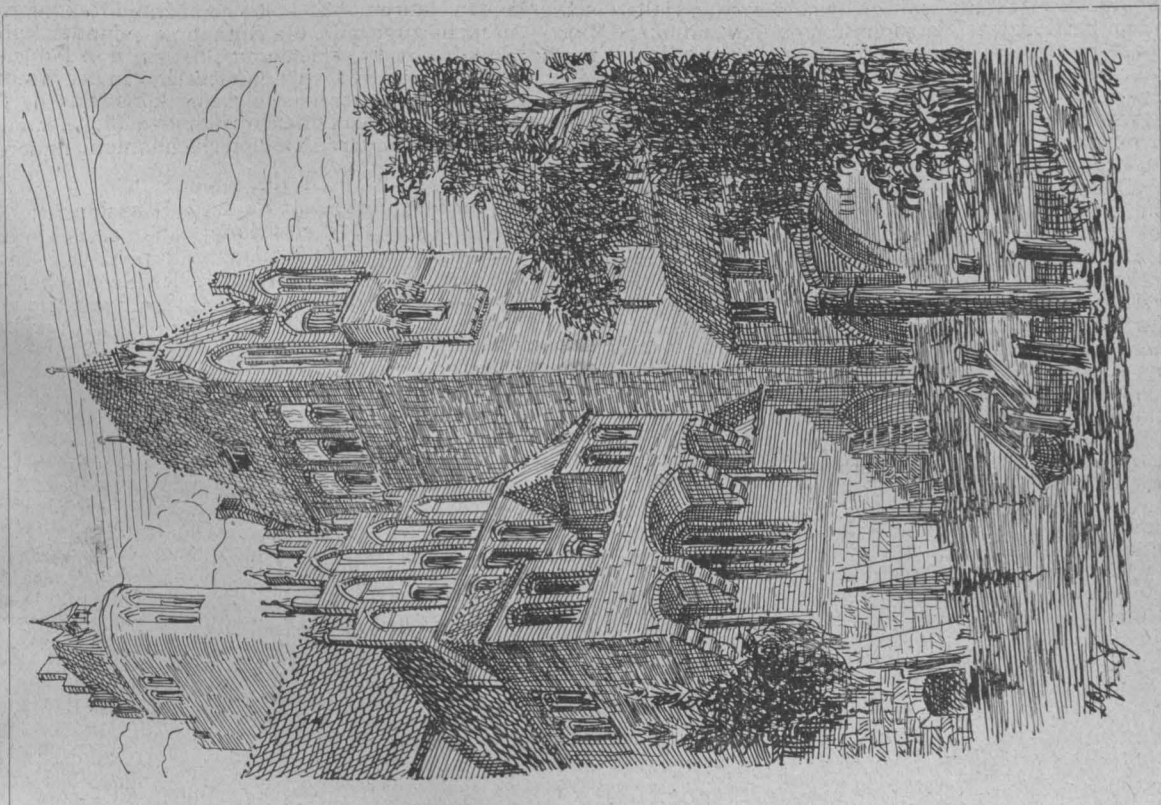
In der Pflege der Lehre der Baukunst, soweit diese Kunst wie alle Kunst überhaupt gelehrt werden kann, darf die Ecole des Beaux-Arts in Paris eine besondere Beachtung beanspruchen. In mehr als vierzigjähriger Beobachtung hat sich bei uns der Eindruck stets verstärkt, daß ihre auf das Ideale, auf die Pflege der Phantasie gerichtete Tätigkeit zunächst das ist, was im jungen Baukünstler die Architektur zur Kunst emporheben soll, nachdem eine Periode des Unterrichtes zurückgelegt ist, in der die Hilfswissenschaften zur Baukunst unbeschränkt ihre Herrschaft ausüben haben. Unser größter deutscher Dichter schrieb einen Lobgesang auf die Phantasie; in der herrlichen Ode, die Goethe 1780 an Frau von Stein sandte, preist er als seine Göttin die Phantasie, die gleich der Hoffnung sich erst mit dem Lichte des Lebens sich von ihm wenden möge. Und Adickes hat nicht allzu lang vor seinem Tode diesen Gedanken weiter ausgesprochen mit den Worten: „Wer immer, er sei Historiker oder Naturforscher, Kaufmann oder Ingenieur, Staatsmann oder Feldherr, sich vor eine Aufgabe gestellt sieht, die Schaffenskraft oder Organisationstalent erfordert, der weiß, daß seine besten Gedanken aus jenen Tiefen stammen, wo in geheimnisvoller Verbindung mit dem

Willen und den Kräften des Unbewußten die Phantasie wohnt und das vorüberleuchtende Glück dem Zugreifenden erreichbar ist.“ Die Pflege dieses Gutes hat die Pariser Kunsthochschule stets an den Beginn aller ihrer Arbeiten gesetzt und sie dadurch bekräftigt, daß sie ihren besten Schülern einen vierjährigen Aufenthalt in der Villa Medici in Rom gewährt, um sie hier, in der Atmosphäre der antiken Kultur, unbeschattet von allen Nöten des Lebens, im Reich der künstlerischen Phantasie frei leben und schaffen zu lassen. Es wurde früher an dieser Stelle schon einmal darauf hingewiesen, daß wir im Heidelberger Schloß eine solche deutsche Villa Medici besitzen könnten, die in den kunsthistorischen Instituten der Universität Heidelberg eine willkommene Stütze und Ergänzung fände.

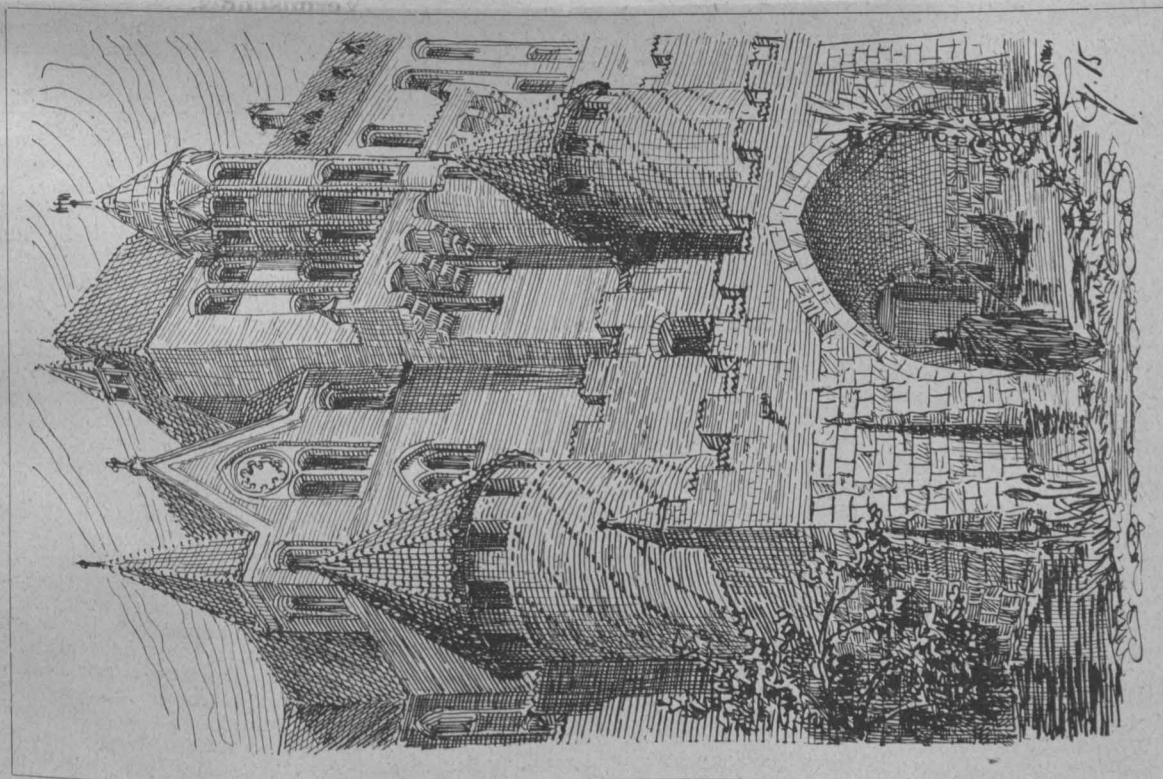
Unzweifelhaft war die Schule der schönen Künste in Paris das Vorbild für Otto Wagner, als er vor 20 Jahren eine der beiden Baukunstschulen an der k. k. Akademie der Bildenden Künste in Wien übernahm, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß er seine großen Erfolge der Aufnahme der hier geübten Lehrtätigkeit verdankte. Gewiß, auch seine Kunstauffassung an sich, wie er sie in seiner Schrift: „Moderne Architektur“ niederlegte, trat hinzu. Er meinte, daß die Voraussetzungen beim Entstehen eines architektonischen Kunstwerkes, „ich verstehe darunter Zweck, Technik, Lage und Mittel, völlig klar zu zeigen sind, da nur so das Entstandene einen lokalen, im weiteren Sinne auch nationalen Ausdruck haben kann, und daß es nicht angeht, slavisch an Epochen und Formen anzuknüpfen, welche mit diesen Prämissen im grellsten Widerspruch stehen. Ein solches Ziel auf anderem Wege zu erstreben, ist unnatürlich, gesucht und daher fehlerhaft. Neigen wir Deutsche auch zur Romantik, so muß uns doch unser Denken lehren, daß in solchem Verträumen das Heil nicht liegen kann, und daß im Wettstreit der Nationen um die Siegespalme in der Baukunst dieselbe nur auf diesem

Legion zwischen 71 und 91 n. Chr. auf einem Gelände an der heutigen Edel-Straße errichtet worden war. Auch im Mittelalter besaß die Stadt ihre Bedeutung als Badestadt, die mit den Bestrebungen Karls des Großen anhub, der aus Aachen ein deutsches Rom mit antikem Einschlag machen wollte, in dem die römische Civitas Aquensis eine Rolle zu spielen berufen war. Während der Renais-

Brunnen in antikem Stil ausgeführt, es entstanden noch dieses und jenes Gebäude für den Badebetrieb. Immerhin jedoch hielten die Entwicklung und der Fortschritt in diesen Anlagen nicht gleichen Schritt mit der Entwicklung der Stadt selbst und der mit ihr in Wettbewerb getretenen Kuranlagen anderer Städte. Dem Erkenntnis dieses Umstandes verdanken die jetzigen Neuanlagen ihre Ent-



Skizzen im Stil der norddeutschen Backstein-Gotik des Mittelalters. Architekt: Fritz Gottlob in Berlin.



sance und im XVIII. Jahrhundert büßte Aachen durch religiöse Kämpfe so sehr seine Bedeutung ein, daß es auch als Bäderstadt kaum mehr in Betracht kam. Das änderte sich erst, als es 1815 durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses an Preußen fiel. An dem nun eintretenden Wiederaufleben nahmen auch die Kuranlagen teil. Es entstand das Kurhaus mit großem Konzertsaal, nach Schinkels Entwürfen wurde von 1822—24 der Elisen-

stehung. Zunächst wurde das Kur- und Badewesen aus der Verwaltung der Stadt gelöst und an eine eigens gebildete Aktien-Gesellschaft als Erwerbsgesellschaft übertragen. Die Gesellschaft führt die Bezeichnung: „Aktiengesellschaft für Kur- und Badebetrieb der Stadt Aachen“; zu den vorhandenen Anlagen trat sie in ein Pachtverhältnis. Sie übernahm die Verpflichtung, zusammen mit der Stadt Aachen für den Badebetrieb zeitgemäße Neubauten auf-



zuführen, denen von beiden Teilen eine Bausumme von zus. 6 Mill. M. zugrunde gelegt wurde, die aber nach ihrer Fertigstellung in den Besitz der Stadt übergehen sollten.

Als Baugelände wurde der im Norden der Stadt gelegene, etwa 15 ha große Stadtgarten zur Verfügung gestellt. Der Hauptzugang zu den Neuanlagen ist von der Monheims-Allee genommen. Die Neubauten bestehen aus einem monumentalen Kurhaus als Mittelpunkt der Gesamtanlage, ausgestattet mit einer geräumigen Halle, großem Saal für Konzerte, Versammlungen usw., umfangreichen Fest- und Speiseräumen mit entsprechenden Wirtschaftsgelassen. Eine Wandelhalle von 10 m Breite und 120 m Länge ist als Verbindungsbau zwischen Kurhaus und der großen Hotelanlage errichtet, die 200 Zimmer, 75 Badezimmer und 16 geschlossene Wohnungen enthält, für die im Erdgeschoß reiche Verkehrsräume geschaffen wurden. Das Gasthaus führt den Namen „Aachener Quellenhof“. An dieses Gebäude schließt sich das Badehaus mit 33 Thermalbädern und Abteilungen für Hydrotherapie, Hydro-Elektro-Therapie, für Inhalation und Bestrahlung usw. an.

Die Ausführung war in General-Unternehmung der Firma Karl Stöhr in München übertragen, die auch die Pläne durch die Architekten Adolf Stöhr, Adam Ruschka, Hans Melzl und Julius Nebel entwerfen und ausführen ließ. Der Firma stand Prof. Dr. Theod. Fischer in München als beratender Architekt zur Seite. Künstlerische Mitarbeiter waren ferner die Bildhauer Prof. Albertshofer, G. Müller, E. Fischer, sowie die Maler Prof. Ernst Pfeiffer, Prof. Rob. Engels, Prof. Ederer, C. M. Porsche und W. Kiesgen. Die Anlagen verfolgen das Bestreben, bei aller Bedeutung, die den einzelnen Bauteilen an sich zukommt, diese doch in einen harmonischen Einklang mit den landschaftlichen Wirkungen des Stadtgartens zu bringen. Von den Neubauten erwartet die Stadt Aachen wohl mit Recht einen neuen Aufschwung als Kurstadt. —

**Fassadenmalereien von Kunstmaler August Brandes in München.** Hr. Kunstmaler August Brandes in München, Holbein-Str. 10, legt Wert auf die Feststellung, daß die Fassaden-Malereien sämtlicher Abbildungen, die von uns über das Weberhaus in Augsburg gebracht wurden, von ihm herrühren. Im Begleittext ist das wiederholt ausgeführt worden. Es liegt hier eine außerordentlich verdienstvolle Arbeit vor, denn bei der Neubemalung des Weberhauses handelt es sich um etwa  $\frac{3}{4}$  Neuschöpfungen, die nur zum geringsten Teil nach ungenügenden kleinen Kupfern oder nach alter Beschreibung in einer Vorbereitungszeit von 22 Monaten neu entworfen und gezeichnet werden mußten. So ist z. B. die Westseite völlig neu; von

der Ostseite waren mehr als  $\frac{3}{4}$  der Malereien neu zu entwerfen, besonders die obere Hälfte mit der Hunnenschlacht, ferner die Figuren, die Architekturteile, sowie das Portal im Erdgeschoß. Auch große Teile der Südseite sind völlig neu; am Altbau bestanden dort mehrere Fenster, die später eingebrochen worden waren, und leere Flächen, auf denen alte Anhaltspunkte nicht mehr zu finden waren. Für die Süd- und die Ostseite legte Brandes seine in den Jahren 1902—1903 gemachten Rekonstruktions-Versuche zugrunde, die Aufnahme gefunden haben in die Schrift von Friedrich von Thiersch in München über die Augsburger Fassadenmalereien. In der Wiedererweckung dieser Malereien liegt eine künstlerische Tat, an der August Brandes in hervorragendem Maße beteiligt war. Sie dürfte in anderen Städten Nachahmung finden. —

## Tote.

**Geh. Kommerz.-Rat Franz Haniel in Düsseldorf †.** Am 17. d. M. ist in Düsseldorf, der Hauptstätte seines einflußreichen Wirkens, der Geh. Kommerz.-Rat Franz Haniel im Alter von 74 Jahren gestorben, der Seniorchef der Familie Haniel, die in der rhein.-westf. Großindustrie eine führende Stellung inne hat, sowohl was Kohlenbergbau, Rheinschiffahrt wie Eisenindustrie und Maschinenbau anbetrifft. Er war Mitbesitzer der bekannten Maschinenfabrik Haniel & Lueg in Düsseldorf, die u. a. als einen Sonderzweig den Bau von Druckwasser-Betriebseinrichtungen für Häfen, Brücken usw. mit Erfolg betrieben hat und aus deren Werkstätten das Schiffshebewerk bei Henrichenburg hervorgegangen ist. Franz Haniel war ferner Vorsitzender des Aufsichtsrates der A.-G. Gute-Hoffnungshütte, die vor über hundert Jahren in den Besitz der Familie Haniel kam, i. J. 1873 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist und als einer der ersten gemischten Großbetriebe angesehen werden darf, die Kohlen- und Eisen-Gewinnung und Verwertung, sowie die Eisenverarbeitung bis zur fertigen Konstruktion in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen haben. Eine große Zahl bedeutender Brückenbauwerke des In- und Auslandes ist aus ihren Werkstätten hervorgegangen. Ist der hohe Entwicklungsstand dieser Werke nach der technischen Seite auch nicht Haniels persönliches Verdienst, so verdanken sie seiner Leitung doch ganz wesentlich die sicheren wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen sich diese Entwicklung vollziehen konnte. —

Inhalt: Der neue Bahnhof in Stuttgart-Cannstatt. — Akademie und Baukunst. — Vermischtes. — Tote. — Abbildungen: Skizzen im Stil der norddeutschen Backstein-Gotik des Mittelalters. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Wege zu erreichen ist.“ Gottfried Semper, der große Denker in baukünstlerischen Dingen, war freilich darüber anderer Meinung, wenn er ausführte: „Soll unsere Kunst den wahren Ausdruck unserer Zeit tragen, so muß sie den notwendigen Zusammenhang der Gegenwart mit allen Jahrhunderten der Vergangenheit, von denen keines, auch nicht das entartete, vorübergegangen ist, ohne einen untilgbaren Eindruck auf unsere Zustände zu hinterlassen, zu ahnen geben und mit Selbstbewußtsein und Unbefangenheit sich ihres reichen Stoffes bemächtigen.“ Wagner scheidet sich hier scheinbar von Semper. Allein für seine Idealentwürfe, bei denen er in Schinkel, dessen Größe von Jahr zu Jahr wächst, ein leuchtendes Vorbild fand — Wagner war einst auch Studierender der Berliner Bauakademie — hielt er nicht zu streng an den genannten Voraussetzungen. Er wußte zu unterscheiden zwischen Arbeiten für einen realen Zweck und zwischen Entwürfen als Verkörperungen für einen idealen Gedanken. Entwurf Schinkel seinen Königspalast für die Akropolis in Athen, seinen Kaiserpalast Orianda auf der Krim-Halbinsel, seine großen Bauten für Charlottenhof, so sehen wir in gleicher Idealität der Auffassung aus der Wagnerschule Entwürfe hervorgehen wie das „Denkmal menschlicher Arbeit“ (Forum orbis — Insula Pacis), den Idealentwurf zur Verlegung der päpstlichen Residenz von Rom nach Jerusalem, den Entwurf für den Ausbau der Wiener Hofburg jenseits der Museumsstraße, mit neuer Hofkirche und Kaisergruft, eine Thermenanlage für Vöslau oder ein Flugfeld in Aspern. Er wollte mit solchen Arbeiten schon in der Schule Persönlichkeiten erziehen, soweit das in diesem Stadium der Charakterbildung überhaupt schon möglich ist. „Nicht der Idealist steht höher als der Realist, sondern die Stärke der Phantasie macht den größeren Künstler“ schrieb in unbeirrter Weise Max Liebermann in „Die Phantasie in der Malerei“. Er versteht unter Phantasie „den belebenden Geist des Künstlers, der sich hinter jedem Stück seines Werkes verbirgt.“ Und „zwischen der Phantasie, die das Geistige

und als solches das Unsterbliche an den Werken der Kunst ist, und der Technik, die das Mittel ist, um der Phantasie des Künstlers einen möglichst vollendeten Ausdruck zu geben, kann es den so oft konstruierten Gegensatz nicht geben.“ Vom Gebiet der Malerei auf das der Baukunst übertragen, behalten diese Ueberlegungen Liebermanns ihre volle Geltung. Den technischen Hochschulen, die ja in Deutschland auf der höchsten Stufe der höheren Bildungsanstalten aller Nationen stehen, obliegt die Pflicht, in der Baukunst das Mißverhältnis zwischen der Größe der Aufgabe — der Idee — und zwischen den menschlichen Kräften — der Technik — zu beseitigen. Im Verhältnis zu den Akademien seien die technischen Hochschulen daher die Bilder, die Akademien aber die Vollender. Zur Erreichung dieses Zieles verfügen die technischen Hochschulen jetzt schon über die beste Organisation, den Akademien muß diese zur Erfüllung ihres höheren Zieles vielfach noch gegeben werden. Wir haben eine reiche Kultur. Aber keine Kultur ist so reich, daß sie nicht durch eine Vervielfältigung und Differenzierung der künstlerischen Bildungsanstalten gewinnen könnte. Erst kürzlich hat Wilhelm Trübner für Monumentalwerke der Kunst gefordert, ihr Entwurf müsse von einem überragenden Künstler herrühren, soll das Werk einen bleibenden Wert haben. Und wie Raffael, Michelangelo, Rubens und Schinkel aus Künstlerwerkstätten hervorgegangen, so mögen die Akademien wieder die Erziehungsstätten für leitende Künstler werden. Ein Wettbewerb zwischen technischen Hochschulen, die ihren Schwerpunkt in anderen Gebieten haben, und Akademien wäre weder in der Sache begründet noch fruchtbar.

Wir haben diese Ueberlegungen angestellt in der Erkenntnis, daß durch den Krieg und nach ihm, namentlich durch die von ihm veranlaßten monumentalen Aufgaben, so tiefgreifende Umwälzungen auf dem Gebiet der künstlerischen Erziehung in Deutschland sich einstellen werden, daß es einer näheren Charakterisierung der Arbeitsgebiete der Unterrichtsanstalten bedarf. — Albert Hofmann.